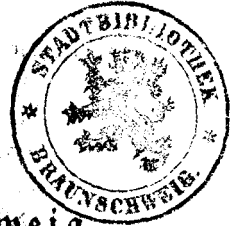


1871.

(Fortsetzung der Beilage zum 19. Stücke de 1871
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 1.



Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 26. Januar 1871.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Flagge, Reidemeister, Rimpau.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari eröffnet die Sitzung, indem er die neu eingetretenen Mitglieder willkommen heißt und den Wunsch ausdrückt, daß das bisher bestandene gute Einvernehmen sowohl innerhalb der Versammlung als zwischen dieser und dem Magistrate zum Besten der Stadt auch fernerhin möge erhalten bleiben.

Die hierauf angestellte Neuwahl des Vorsitzenden fällt mit allen Stimmen gegen zwei, deren eine für Herrn Schöttler, die andere für Herrn Lucius abgegeben wird, auf Herrn Haeusler.

Herr Haeusler erklärt sich bereit, dieser abermaligen Berufung, in welcher er mit Dank ein Zeichen theils der Billigung seiner bisherigen, theils des Vertrauens in seine künftige Amtsführung erkenne, Folge zu leisten.

Unter dem Voritze des Herrn Haeusler wählt sodann die Versammlung zu dessen Stellvertreter Herrn Schöttler,

welcher ebenfalls dankend seine Wiederwahl annimmt.

Hierauf werden zu Vertretern der Versammlung

bei der Armendeputation Herr Kellner,

beim Schulvorstande Herr Leo,

beim Kirchen- und Stiftungssassen Collegium Herr Kellner,

bei der Pflgehauscommission die Herren Flagge und Kellner

bestellt.

Es werden ferner gewählt

in die Baucommission und zu Beisitzern im Stadtbauamte die Herren
Flagge, Reidemeister, Reuter;

in die Commission für Statuten- und Rechtsachen die Herren Graf
Görz-Brissberg, Haeusler, Krone, Lucius, Peters,
Rimpau, Schöttler;

- in die Finanzcommission die Herren Graf Görz-Brisberg, Götte, Jasper, Overlach, Reidemeister, v. Sedenhof, Solmiz;
- in die Commission für Schulsachen die Herren Braes, Leo, Duenstedt, Steinmann, Vieweg;
- in die Commission für Wohnortsrechtsgesuche und Heimathssachen die Herren Flagge, Götte, Schöttler, Solmiz;
- in die Commission für Vollendung der Wasserwerke und Regulirung der Okeranäle die Herren Graf Görz-Brisberg, Haesler, Götte, Peters, Reidemeister;
- in die Quartierbehörde die Herren Leo und Krone, mit den Herren Braes und Struck als Stellvertretern;
- in die Deputation zur Abschätzung der Communalsteuer
 - für den Augustthorsdistrict die Herren Kellner, Bock, Lucius, Schöttler, Overlach,
 - für den Steintthorsdistrict die Herren Leo, Rimpau, Steinmann, Vieweg,
 - für den Wendenthorsdistrict die Herren Krone, Struck, Ehrenhard, Reidemeister,
 - für den Petritthorsdistrict die Herren Duenstedt, Reuter, Meyer, Peters,
 - für den Wilhelmitthorsdistrict die Herren Kloss, Flagge, v. Sedenhof, Faillard,
 - für den Hohethorsdistrict die Herren Jasper, Braes, Solmiz, Götte, Graf Görz-Brisberg.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß zufolge einer Mittheilung des Magistrats vom 21. d. M. von den zu Ende des vorigen Jahres ausgeschiedenen Mitgliedern der Versammlung die Herren

Jasper, Overlach, Peters, Reuter und Flagge wieder gewählt, hingegen anstatt der Herren Gravenhorst, Knoll, Rothdurst und Kloss die Herren

Kaufmann W. Kloss,

Obergerichtsbadvocat Lucius,

Haupt- und Generalagent Meyer, und

Brauereibesitzer Faillard,

sowie an Stelle des verstorbenen Herrn Rischbieter

der Wagenfabrikant Herr Bock

zu Stadtverordneten gewählt sind.

Nachdem hierauf die Versammlung
das Protocoll vom 29. December v. J. genehmigt und

einem nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Magistratsantrage vom 24. d. M. entsprechend, auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden den Erben des jüngst verstorbenen Armenboten Zimmermann zwei Gnadenmonate verwilligt hat, berichtet namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende über ein Magistratschreiben vom 10. d. M., laut dessen eine hier zusammengetretene Gesellschaft auf dem Raume der frühern Münze und eines der Nebengebäude des Bevernschen Schlosses eine Straße vom Damme zum Wilhelmsplatze zu führen beabsichtigt und für diesen Zweck beim Magistrate um verschiedene Begünstigungen eingekommen ist.

Um nämlich den Bauplätzen zu beiden Seiten der projectirten Straße eine genügende Tiefe geben zu können, beantragt die Gesellschaft einmal, ihr von den angrenzenden Okeranälen das erforderliche Terrain unentgeltlich zu überlassen, wogegen sie sich zur Abführung des Okerwassers mittels eines Plattencanals von 4 □' Lichtweite verpflichten würde. Zwar ist nun der Magistrat nicht in der Lage, allein diesem Gesuche zu willfahren, vielmehr muß unter diesseitiger Zustimmung die Entscheidung vom Herzogl. Staatsministerium abgegeben werden. Da jedoch einerseits die fraglichen Okeranäle in ihrem gegenwärtigen Zustande ohne jeglichen Nutzen für die Stadt sind, und ihr Werth durch die Kosten der Canalanlage vollständig ausgeglichen wird, andrerseits aber die Ausführung des Projects aus verschiedenen Gründen für sehr wünschenswerth zu halten ist, so giebt der Magistrat anheim,

ihn Herzoglichem Staatsministerium gegenüber zu der Erklärung zu ermächtigen, daß die städtischen Behörden gegen die unentgeltliche Abtretung der fraglichen Canalstrecke nichts einzuwenden haben, wenn die Gesellschaft sich verpflichtet, auf ihre Kosten und in der von Herzoglicher Baudirection vorgeschriebenen Weise einen Plattencanal herzustellen.

Ebenso hält der Magistrat auch den zweiten Antrag der Gesellschaft: die Pflasterung der neuen Straße sowie die Anlage der Gas- und Wasserleitung auf die Stadt zu übernehmen, für durchaus sachgemäß, sobald die Straße, wie dies selbstverständlich, als eine öffentliche der Stadt überwiesen wird. Zweifelhaft ist allerdings, ob Herzogliches Staatsministerium die Bestreitung der Pflasterungskosten aus dem allgemeinen Pflasterungsfond genehmigen und zu Behuf der Wasserleitung die gewöhnlichen Beiträge aus der Staatskasse verwilligen wird. Allein selbst in dem Falle, daß die Stadt allein die entstehenden Kosten zu tragen hätte, würde der Magistrat glauben empfehlen zu müssen,

daß die projectirte neue Straße als eine öffentliche Straße behandelt und demgemäß auf Kosten der Stadt gepflastert und mit Gas- und Wasserrohren belegt werde, vorausgesetzt, daß die Gesellschaft

- 1) das Planum der Straße herstelle,
- 2) der Stadt das Straßenterrain als freies Eigenthum unentgeltlich überlasse,

3) die Verpflichtungen übernimmt, welche den Anwohnern der übrigen Straßen durch das Statut vom 25. Juni 1860 auferlegt sind.

Die Statutencommission ist der Meinung, daß diese Anträge im wesentlichen zu empfehlen seien. Der Frage, welche sich zunächst aufgedrängt habe: ob eine Umgestaltung der in Betracht kommenden Canalstrecke nicht etwa störend in den Plan der definitiven Regulirung der Okeranäle eingreifen möchte? — sei bereits durch das Gutachten begegnet, welches der Baurath Hobrecht bei Gelegenheit der Veräußerung des Mauerngrabens dahin abgegeben, daß in jener Hinsicht auf eine Benützung der vorhandenen Wasserzüge überall kein Werth zu legen. Erheblicher scheine ein anderes aus der Rücksicht auf die Anwohner dieser Canalstrecke entspringendes Bedenken. Bekanntlich gehöre dieser Wasserarm zu dem eigentlichen alten Okerlaufe, und im Vertrauen auf dessen unveränderten Bestand habe man längs desselben von langer Zeit her Gebäude unterhalten, welche an Werth verlieren müssen, wenn ihnen durch dicht heranrückende Nachbarhäuser Licht und Luft benommen wird. Wenngleich nun ein eigentliches Privatrecht auf Beibehaltung der in Frage stehenden Fenster nicht könne geltend gemacht werden, so glaube die Commission den bestehenden Zustand, wenigstens doch einigermaßen respectiren zu müssen, und könne daher die freie und unbeschränkte Ueberweisung der betreffenden Canalstrecken an die Gesellschaft nicht empfohlen werden. Bestimmte Ausgleichungsvorschläge zu machen werde allerdings nicht leicht, und keinesfalls schon jetzt zu versuchen sein. Vielmehr glaube die Commission diesen Punkt zu späterer Verhandlung verstellen und einstweilen nur im allgemeinen die Beschränkung aussprechen zu sollen, daß die Gesellschaft bei Bebauung der erworbenen Canalflächen den durch die Rücksicht auf die Anlieger gebotenen Bestimmungen des Stadtbauamts, event. unter Vorbehalt einer Entscheidung der städtischen Behörden sich zu unterwerfen habe. Ganz bestimmt dagegen stelle sich die Nothwendigkeit heraus, den anliegenden Häusern ihre bisher in die Oker gehenden Wasserabzüge zu sichern, indem der Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt werde, dieselben auf ihre Kosten in den projectirten Plattencanal abzuführen. Die Pflasterung sowie die Gas- und Wasserleitung anlangend, sei die Commission mit der Auffassung des Magistrats völlig einverstanden, und das um so mehr, je dankbarer es anzuerkennen sei, wenn in hiesiger Stadt Unternehmer auftreten, welche eine so wünschenswerthe und lange als Bedürfnis empfundene Aufräumung unseres alten unzuweckmäßigen Straßengezirres anbahnen.

Indem die Herren Götte, Reuter und Schöttler, welche als Mitglieder der Baugesellschaft privatim an dieser Entscheidung theilhaftig sind, sich der Abstimmung enthalten, werden die Anträge des Magistrats mit den von der Commission empfohlenen Modificationen ohne Discussion von der Versammlung angenommen, und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. Februar 1871.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Kimpau, v. Seckendorf, Steinmann, Bieweg.

Nachdem das Protokoll vom 26. v. M. unter Berichtigung des am Schlusse des vorliegenden Protocolls bezeichneten Druckfehlers genehmigt ist,

macht der Herr Vorsitzende Mittheilung über einige neueingegangene Vorlagen. Ein Antrag des Magistrats, die Entschädigungen für Quartier- und Vorspannleistung während des laufenden Jahrs zu normiren, wird der Finanzcommission überwiesen. Zur Prüfung eines von Herzogl. Polizeidirection entworfenen und vom Magistrate genehmigten Projectes, die Einrichtung der Wochenmärkte im Hagen betreffend, schlägt der Herr Vorsitzende vor, eine besondere Commission aus solchen Mitgliedern zu bilden, welche mit der Beschaffenheit des Gegenstandes speciell vertraut sind, oder sich vertraut zu machen Gelegenheit haben.

Vor weiterm Fortgange der Tagesordnung wird Herrn Flagge das Wort ertheilt.

Herr Flagge trägt vor: Wie bekannt, habe eine Anzahl deutscher Städte von den gegen Frankreich errungenen wunderbaren Erfolgen unserer Waffen Anlaß genommen, den hervorragendsten Leitern dieses Krieges ihr Ehrenbürgerrecht zu ver-

leihen. Mit einem solchen Zeichen seines Dankes werde auch Braunschweig nicht zurückbleiben wollen; unter allen Führern des deutschen Heeres sei aber wohl keiner, welcher auf die Dankbarkeit gerade unserer Stadt ein näheres Anrecht habe, als der General von Voigts-Rheß, der, selbst einer altbraunschweigischen Familie entsprossen, als Befehlshaber des zehnten Armee-corps auch die Truppen unserer engen Heimath bei Orleans, Le Mans und auf anderen Schlachtfeldern zu ruhmreichen Waffenthaten geführt habe. So dürfe er denn hoffen, lediglich dem eignen Wunsche der städtischen Behörden Ausdruck zu geben, wenn er beantrage,

daß S. Excellenz, der Herr General der Infanterie Constantin Bernhard v. Voigts-Rheß unter die Ehrenbürger der Stadt aufgenommen werde.

Der Herr Vorsitzende fügt hinzu, daß er bereits Gelegenheit genommen habe, diesen Antrag zur Kenntniß sowohl des Magistrats als auch der Statuten-commission zu bringen. Letztere schließe sich demselben von ganzem Herzen an in der Ueberzeugung, daß es für unsere Stadt allerdings Ehrensache sei, durch ein Zeichen dieser Art ihre freudige Theilnahme an den großen Dingen, die sich in Frankreich ereignet haben, zu erkennen zu geben.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari kann ebenso auch das unbedingte Einverständnis des Magistrates aussprechen.

Der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden Folge leistend, erhebt sich die Versammlung zum Zeichen ihrer gleichen Gesinnung von den Sigen.

Hierauf verliest der Herr Oberbürgermeister Caspari die Entwürfe einer Zuschrift an den General v. Voigts-Rheß und des auszustellenden Bürgerbriefes. Die Fassung beider Schriftstücke glaubt namens der Versammlung der Herr Vorsitzende gutheissen zu dürfen.

Ferner nimmt Herr Lucius das Wort zu einer Anfrage. Bekanntlich habe schon vor längerer Zeit der hiesige Bürgerverein an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, um zu befrworten, daß bei Besetzung der Inspectorenstellen an den Bürger-schulen vorzugsweise deren Lehrer selbst möchten berücksichtigt werden. In seiner Antwort hierauf habe dann der Magistrat auf ein noch in Kraft stehendes Reglement vom Jahre 1839 verwiesen, durch welches den Schulinspectoren ein über die Vorbildung der Volksschullehrer hinausgreifendes Examen auferlegt wird. Zugleich aber sei auch vom Magistrate selbst anerkannt, daß dieses Examen den jetzigen Anschauungen über die Aufgaben der Volksschule nicht mehr entspreche. Herr Lucius bittet hiernach um Auskunft, ob inzwischen Schritte gethan seien, um eine zeitgemäße Aenderung des gedachten Reglements anzubahnen.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Allerdings habe der Magistrat sofort nach

jener Anregung gehörigen Orts den zweckentsprechenden Antrag gestellt und seitdem nicht nur selbst zweimal bei Herzogl. Consistorium um Beschleunigung der Angelegenheit gebeten, sondern auch veranlaßt, daß eine gleiche Erinnerung von Seiten des Herzoglichen Staatsministeriums erlassen worden. Sicherem Vernehmen nach sei nunmehr in den Herren Consistorialrath Staufebach, Schulrath Gravenhorst, Seminarinspector Boffe und Schuldirector Friedrichs eine Commission bestellt und von dieser mit Ausarbeitung eines neuen Reglements begonnen, sodaß man auf dessen baldige Publication werde rechnen dürfen. Seinerseits habe der Magistrat, mit Rücksicht auf diese Sachlage beschlossen, die demnächst zur Erledigung kommende Stelle des Inspectors Winneke ein halbes Jahr lang unbefetzt zu lassen, um Bewerbern aus dem Kreise der städtischen Lehrer Zeit zu geben, sich mit den Erfordernissen jenes Amtes, wie solche jetzt werden festgestellt werden, vertraut zu machen.

Herr Lucius findet durch diese Erklärungen seine Anfrage befriedigend erledigt.

Von Herrn Ehrenhard wird hierauf der selbstständige Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, Schritte zu thun, damit die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen in der Folge von allen öffentlichen Medizinalpersonen, die sich dazu bereit erklären, vorgenommen werden könne.

Zur Begründung führt der Herr Antragsteller aus, wie die gegenwärtig zu Recht bestehende Einschränkung dieser Befugniß auf den Kreis der Aerzte rechtlich sowohl als sachlich mit großen Unzuträglichkeiten verbunden sei. Rechtlich, sofern sie zu einer unmöglich zu rechtfertigenden Benachtheiligung der Thierärzte führe. Das Sanitätscollegium freilich habe auf eine Beschwerde derselben die bestehende Vorschrift mit der Unterscheidung geglaubt vertheidigen zu müssen, daß es sich in diesem Falle um eine Untersuchung nicht von Thieren als solchen, sondern von menschlichen Nahrungsmitteln handle. Gleichwohl aber werde die hierzu erforderliche Fähigkeit auch den Thierärzten umsoweniger abgesprochen werden können, als neuerdings die berechtigten Aerzte selbst sich einen Thierarzt als Gehülfen bei dieser Verrichtung beigelegt haben. Und abgesehen von dem allen: Sonderrechte, wie hier eins geschaffen worden, seien durch die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes ein für alle Mal aufgehoben, und daher kein Zweifel, daß die Thierärzte eine Abhilfe ihrer Beschwerden durch die Bundesbehörden würden erwirken können. Für sachlich unzweckmäßig müsse die Einrichtung gelten, weil augenscheinlich die Aerzte außer Stande, der übernommenen Verpflichtung so pünktlich und dem Reglement gemäß zu genügen, wie es geschehen müßte, um den beabsichtigten Erfolg zu sichern. Nach dem Gesetze solle der Arzt selbst die zur Untersuchung geeigneten Fleischstücke an

schneiden, dem entgegen aber sei es vorgekommen, daß ein Arzt Polizeidiener danach geschickt habe. Verspätungen der Untersuchung, auch bei rechtzeitiger Anmeldung, kommen häufig und zuweilen in dem Grade vor, daß der Arzt bei seinem Eintreffen das ganze Schwein bereits verarbeitet finde, wobei denn, ungerechnet den Verlust an Arbeit und Zeit, falls etwa hinterher noch Trichinen gefunden werden, jedenfalls doch der Schlachter und seine Leute selbst, welche während der Zubereitung nothwendig von dem Fleische kosten müssen, in großer Gefahr schweben. Endlich wolle er auch mit einer Wahrnehmung nicht zurückhalten, die sich ihm persönlich aufgedrängt habe. Bei einer armen Frau, die er kürzlich bei Gelegenheit der Holzvertheilungen habe aufsuchen müssen, sei ihm ein schwer erkranktes Kind begegnet, für welches seit fünf Tagen vergeblich ärztlicher Beistand gesucht worden war. Wenn aber die hiesigen Ärzte so sehr mit Arbeiten überhäuft seien, dann werde es auch im Interesse ihres eigentlichen Berufes dringend geboten erscheinen müssen, ihnen nicht länger ausschließlich die Trichinenschau aufzubürden.

Der Antrag des Herrn Ehrenhard wird der Statutencommission überwiesen.

Die Tagesordnung wieder aufnehmend,

I. trägt namens der Finanzcommission Herr Reibemeister vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 10. v. M. nach Herstellung der Mauersockel an der Süd-, West- und Nordseite der Katharinenkirche, wofür die Versammlung am 24. September 1868 die Summe von 325 \mathfrak{M} verwilligt hatte, nunmehr auch die Nord- und Südportale weiter heruntergeführt und in Folge dessen gänzlich umgearbeitet, die Thüren darin vollständig erneuert und ebenso wie jene anderen auch die Sockel an der Ostseite und am Chor von Grund aus hergestellt werden müssen — Arbeiten, deren Kosten zu bezw. 1360 und 330 \mathfrak{M} veranschlagt sind. Der Gemeindefirchencasse fehlen die Mittel zu dieser Aufwendung. In der Erwägung nun, daß jene Bedürfnisse durch die seitens der Stadt veranlaßte Tieferlegung des Katharinenkirchhofs hervorgerufen sind, hält der Magistrat für billig, dem Antrage des Kirchencassencollegiums zu entsprechen und jene Ausgabe auf die Stadtcasse zu übernehmen,

was demnach auch durch die Commission empfohlen und von der Versammlung genehmigt wird.

Nachdem weiter

II. auf den durch Herrn Graf Görz-Brisberg erstatteten Bericht der Commission für das Gas- und das Wasserwerk der Voranschlag des letztern auf das Jahr 1871 genehmigt ist,

III. berichtet namens der Finanzcommission Herr Götte über die Betriebsrechnung des Gaswerkes vom Jahre 1869/70, welche nebst dem autographisch vervielfältigten Geschäftsberichte der Direction mit einem Magistratschreiben vom 24. v. M. der Versammlung zugegangen ist.

Die Abweichungen der wirklichen Ausgaben und Einnahmeposten von den veranschlagten fallen theils unter die Competenz der Direction selbst oder der Verwaltungsdeputation, theils sind sie durch die von ersterer gegebenen Erläuterungen genügend gerechtfertigt, sodas der Magistrat anheimgiebt,

der Direction wegen ihrer Verwaltung in dem verflossenen Betriebsjahre, vorausgesetzt das die Rechnungen mit den Büchern übereinstimmen, Decharge zu ertheilen.

Während in dem Voranschlage eine Jahresproduction von 34 Millionen Cubifus Gas und ein Reinertrag von 29,313 \mathfrak{M} in Aussicht genommen war, sind in Wirklichkeit 35 Millionen 551,000 Cbfs. hergestellt und ein Reinertrag von 33,651 \mathfrak{M} 7 \mathfrak{S} 11 \mathfrak{A} erzielt worden. Werden hiervon, früheren Beschlüssen gemäs, 10 % des am 1. Juli 1869 gebliebenen Anlagecapitals mit 20,041 \mathfrak{M} 9 \mathfrak{S} 10 \mathfrak{A} abgesetzt, so stellt sich der eigentliche Gewinn zu 13,609 \mathfrak{M} 28 \mathfrak{S} fest. Zu einer Herabsetzung der Gaspreise kann dies Ergebnis nach der Meinung des Magistrates um so weniger auffordern, als die auf der Anstalt ruhende Schuldenlast noch sehr erheblich ist und den materiellen Werth des Werkes selbst bedeutend übersteigt, überdies aber für die nächsten Jahre wiederum bedeutende Auswendungen für dasselbe in Aussicht stehen. Hinsichtlich der Verwendung des Reingewinnes hat die Direction vorgeschlagen,

- 1) dem Gasmeister, den Controleuren und den übrigen Arbeitern des Werkes die übliche Gratification von 280 \mathfrak{M} zu gewähren;
- 2) für die bereits ausgeführten und zum Theil von den städtischen Behörden, zum Theil von der Verwaltungsdeputation genehmigten Erweiterungen des Werkes die Summe von 8987 \mathfrak{M} 20 \mathfrak{S} 8 \mathfrak{A} zur Verfügung zu stellen;
- 3) einen Ueberschuß von 383 \mathfrak{M} 17 \mathfrak{S} 2 \mathfrak{A} dem Betriebsfond zu überweisen;

und werden diese drei Vorschläge vom Magistrate wie von der Verwaltungsdeputation zur Genehmigung empfohlen. Wenn hingegen die Direction beantragt,

den Rest des Reinertrags mit 24000 \mathfrak{M} zur Amortisation von 240 Stück Gasobligationen zu verwenden,

die Verwaltungsdeputation hingegen vorschlägt,

hierfür nur 12,000 \mathfrak{M} auszusetzen und die gleiche Summe zum Reservefond zurückzulegen,

so glaubt der Magistrat diesem letztern Antrage den Vorzug geben zu müssen, da einerseits die vertragsmäßige Amortisationsquote nur 2000 \mathfrak{M} beträgt, andererseits aber nach dem Berichte der Direction im Laufe der nächsten Jahre ein zweites Reortenhäus und ein vierter Gasometer anzulegen und hierzu ein Capital von 80 bis 100,000 \mathfrak{M} erforderlich sein wird, welches dann entweder durch mehrjährige starke Einschränkung der Amortisationen oder aber durch eine Anleihe beschafft werden müßte, was man eins wie das andere wünschen muß vermieden zu sehen. Der Magistrat empfiehlt demnach,

- 4) den Antrag der Verwaltungsdeputation zu genehmigen und zu beschließen, daß die danach dem Reservefond zu überweisenden 12,000 \mathfrak{M} zunächst in Schuldverschreibungen des norddeutschen Bundes angelegt werden.

Ferner hat die Direction vorgeschlagen,

das Firum von 9840 \mathfrak{M} jährlich für die öffentliche Straßenbeleuchtung aufzuheben und dagegen für jede Abendlaterne jährlich 13 \mathfrak{M} , für jede Nachtlaterne 25 \mathfrak{M} , insgesammt also z. B. 11,488 \mathfrak{M} aus der Stadtkasse an die Kasse des Gaswerks zahlen zu lassen.

Auch mit diesem Antrag aber können Magistrat und Verwaltungsdeputation sich nicht einverstanden erklären. Es spricht dagegen einmal die Erwägung, daß auch an anderen Orten die Stadt vor den Privatconsumenten begünstigt wird, bei der guten Rente der hiesigen Gasanstalt aber um so weniger Anlaß ist, deren Einnahme auf Kosten der Stadt zu erhöhen, als die übrigen Consumenten eine weitere Herabsetzung des im Verhältniß zur Güte des Products schon jetzt keineswegs hohen Gaspreises für die nächste Zeit billigerweise nicht beanspruchen können. Bedenklich erscheint ferner, daß die vorgeschlagene Berechnungsweise einen steten Wechsel der Zahlungen herbeiführen müßte, nicht nur bei jeder Vermehrung der Laternenzahl, sondern auch bei jedem Schwanken der Kohlenpreise, da voraussichtlich Herzogliche Landesregierung eine Mehrverwilligung nicht ein für alle Mal eintreten lassen, sondern alljährlich einen Nachweis über die Fabricationskosten fordern würde. Endlich ist zu berücksichtigen, daß es die Aufstellung neuer Gaslaternen sehr erschweren müßte, wenn dadurch jedesmal die Ausgabe der Stadt sich vergrößerte, und daß insbesondere jeder Beleuchtung neuer Straßen vor den Thoren Verhandlungen mit Herzogl. Staatsministerium vorhergehen müßten, während das Stadterweiterungsstatut grade in dieser Richtung die freie Entscheidung der städtischen Behörden zur Voraussetzung hat. Wenn nun auch vorauszusehen, daß bei fortschreitender Ausdehnung der Stadt die jetzige Aversionalsumme in Zukunft einmal unzulänglich sein wird, so glaubt doch der Magistrat gegenwärtig diesen Zeitpunkt noch nicht gekommen und giebt da-

her anheim, es bis auf weiteres auch im Fall einer Vermehrung der öffentlichen Laternen bei der bisherigen Berechnung zu belassen.

An diese Vorschläge, welchen die Commission in allen Stücken beitrifft, knüpft Herr Boß folgenden selbständigen Antrag:

In Erwägung,

- 1) daß die siebenjährigen Betriebsergebnisse der Gasanstalt einen Reingewinn von 195,913 fl. 1 gr. 9 A ergeben haben, wovon 114,819 fl. 10 gr. 3 A auf Erweiterungen und Neuanlagen verwandt sind,
- 2) daß von dem Anlagekapital in gleichem Zeitraum die Summe von 79,500 fl. zur Amortisation gelangt ist,
- 3) daß durch Wegfall der Verzinsung des amortisirten Capitals in gleichem Maße der Reingewinn gesteigert wird,
- 4) daß der Reingewinn des letzten Betriebsjahres auf 55 % der Ausgaben gestiegen ist,
- 5) daß zur Amortisation die Summe von 16 — 18,000 fl. jährlich ausreichen möchte,
- 6) daß auf 1000 Cubikfuß Gas die Fabrikationskosten nur 1 fl. 21 gr. 5 A betragen, und somit bei den gegenwärtigen Preisen ein Reingewinn von 28 gr. 7 A erzielt wird,
- 7) daß nach dem Betriebsberichte für das Jahr 1867/68 pag. 26, 27 und 28 im Widerspruch mit dem gegenwärtig vorliegenden Berichte besondere Neuanlagen für die nächsten Jahre nicht nothwendig erscheinen, wolle die Versammlung beschließen, die Gaspreise vom 1. Januar d. J. von 2 fl. 20 gr. auf 2 fl. 10 gr. oder 2 fl. 5 gr. für 1000 Cbf. zu ermäßigen.

Es wird zunächst die Berathung über den Bericht der Direction und die Anträge des Magistrates eröffnet, und werden letztere ohne Einwand von der Versammlung genehmigt, nachdem

Herr Reuter dem modificirten Antrage hinsichtlich der Verwendung des Reinertrages sich jetzt selber um so entschiedener anschließen zu müssen erklärt hat, als inzwischen bei der ungewöhnlichen Kälte des verflossenen Winters ersichtlich geworden sei, daß die ins Auge gefaßten Erweiterungen des Werkes viel früher ausgeführt werden müssen als sich voraussehen ließ. Die Beibehaltung des bisher gezahlten Ubersums für die Straßenlaternen sei allerdings von keiner besondern Erheblichkeit. Da man jedoch seither consequent vermieden habe, irgend welche Erträge der Gasanstalt für anderweitige communale Zwecke zu verwenden, so habe er

darauf wenigstens hinweisen zu sollen geglaubt, wie sehr durch die vermehrte Laternenzahl das frühere Verhältniß zu Ungunsten der Anstalt verschoben sei.

Die Discussion richtet sich alsdann auf den Antrag des Herrn Vock.

Herr Götte. Die Verwaltungsdeputation habe die Frage, ob nicht schon jetzt eine Ermäßigung der Gaspreise zugestanden werden könne, eingehend erörtert, hiernach aber entschieden verneinen müssen, weil es nicht für zweckmäßig gelten könne, der Rentabilität eines Werkes, das noch im Entstehen begriffen, dessen Betriebskosten also noch nicht mit voller Sicherheit zu überschauen seien, einen Damm zu setzen. Werde so den Consumenten vielleicht ein kleines Opfer zugemuthet, so stehe diese Unannehmlichkeit doch in keinem Verhältniß zu der Enttäuschung, welche eintreten würde, wenn man die Preise jetzt etwa herabsetzte, dann aber in Folge unvorhergesehener Bedürfnisse über kurz oder lang wieder erhöhen müßte. Wenn hingegen unter den bisherigen Verhältnissen noch einige Jahre lang fortgefahren werde, so stehe außer Zweifel, daß alsdann eine Ermäßigung bis zum möglichsten Minimum thunlich sein werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Auch der Magistrat habe den Wunsch und werde dafür sorgen, daß eine Preisermäßigung eintrete, sobald man zu der Ueberzeugung gelangt, daß dies ohne Bedenken geschehen dürfe. Dazu gehöre aber einmal, daß die auf dem Gaswerk lastende Schuld bis zu einem Reste abgetragen sei, welchen der materielle Werth der Grundstücke und Anlagen decke, da andernfalls die Stadt eintreten müßte, falls etwa die Ertragsfähigkeit des Werkes genügende Sicherheit nicht mehr gewährte — ein Fall, auf welchen man bei der Möglichkeit einer Verdrängung des Gases durch andre Leuchtstoffe immerhin doch gefaßt sein müsse. Da ferner bisher immer sämtliche Revenüen des Werkes ausschließlich zur Amortisation verwandt worden, so werde nunmehr auch auf Ansammlung eines Reservesfond Bedacht zu nehmen sein, um zu verhüten, daß bei irgend einem Unglücksfalle neue Schulden entstehen, wofür wieder die Stadt aufkommen müßte, wenn inzwischen etwa die Rentabilität sich vermindert hätte. Endlich sei zu bedenken, daß die Gasanstalt, wie schon Herr Götte angedeutet, vorläufig noch keineswegs am Ziele ihrer nothwendigen Entwicklung angelangt sei, vielmehr binnen der nächsten drei Jahre eine Aufwendung von 80 — 100,000 $\text{\$}$ erheischen werde. Wolle man sich dem gegenüber auf die allerdings erheblichen Ueberschüsse des letzten Betriebsjahrs berufen, so sei zu erwidern, daß dieselben vielerlei Chancen unterworfen seien und in Folge der höheren Steinkohlenpreise wahrscheinlich schon im nächsten Jahre erheblich geringer ausfallen werden. Andererseits liege eine dringende Nothwendigkeit, auf Ermäßigung der Gaspreise Bedacht zu nehmen, keineswegs vor, da dieselben im Verhältniß zur Leuchtkraft des Gases nicht höher, sondern vielmehr geringer seien

als anderswo, wie u. a. durch Erkundigungen der Herzogl. Post-Direction an nicht weniger als zwölf Orten außer Zweifel gestellt sei. Aus allen diesen Gründen müsse der Magistrat bitten, einstweilen auf den Antrag des Herren Vost nicht einzugehen.

Herr Schöttler schließt sich dem an, indem er ausführt, daß seiner persönlichen Erfahrung nach in Magdeburg, wiewohl das Gas dort nominell billiger als hier, die Beleuchtung mit diesem Gase in der That doch theurer zu stehen komme. Einen fernerer Beweis für die Angemessenheit der hiesigen Gaspreise liefere übrigens auch das Bedürfniß einer Betriebserweiterung, welches nicht würde eingetreten sein, wenn der Consum durch übertriebene Kostspieligkeit des Productes gedrückt wäre.

Herr Reuter. Zur Beurtheilung der angeregten Frage sei ein Rückblick auf den historischen Verlauf derselben erforderlich. Man habe für das Gas gezahlt im Jahre 1853/54 $8\frac{1}{3}$ ₰, dann $6\frac{2}{3}$ ₰ bis zum 1. October 1857, 5 ₰ bis zum 1. Januar 1860, $4\frac{1}{2}$ ₰ bis zum 1. Juli 1861, 4 ₰ bis zum 1. Juli 1863. Ueber weitere Preisermäßigungen sei mit der früheren Gas-Beleuchtungs-Gesellschaft eine Verständigung nicht erzielt, da dieselbe nach erschöpfenden Verhandlungen den Preis auf $3\frac{1}{3}$ ₰ vom 1. Juli 1865 an nur unter der Bedingung habe herabsetzen wollen, daß dieser Preis bis zum Ablauf des Contractes, also bis zum Jahre 1878 bestehen bleibe. Nunmehr habe sich die Stadt entschlossen, das Werk anzukaufen, und um dies zu ermöglichen für 129,000 ₰ Stammactien ein Capital von 258,000 ₰ gezahlt. Die Folge sei gewesen, daß vom 1. Januar 1864 an das Gas zu $3\frac{1}{3}$ ₰, vom 1. Juli 1865 an zu 3 ₰ und vom 1. Januar 1869 an zu $2\frac{2}{3}$ ₰ geliefert sei. Es stehe also zuverlässig fest, daß den Gasconsumenten aus dem Ankaufe des Werkes seitens der Stadt ein großer Vortheil erwachsen sei. Letztere müsse dagegen ohne alle Frage darauf bedacht sein, den den früheren Actionairen gezahlten Gewinn zu amortisiren, oder was gleichbedeutend, nicht mehr Capital an dem Werke zu belassen, als dasselbe werth sei. Ein großer Theil des Anlagecapitals sei auf das Röhrennetz verwandt, welches fast werthlos, sobald das Gas nicht mehr als hauptsächlichster Beleuchtungsstoff diene; allerdings sei es augenblicklich unwahrscheinlich, daß das in großen Mengen bereitete und durch Röhren vertheilte Gas von einem anderen Beleuchtungsstoffe verdrängt werde, wiewohl z. B. durch die im Großen angestellten Versuche mit dem Jessié du Mothe'schen Beleuchtungsverfahren zu Paris im verfloffenen Sommer die Actien der dortigen Gasgesellschaften erheblich geworfen worden. — Es liege aber auch durchaus kein triftiger Grund vor, von dem die Stadt sichernden bishe-

rigen Grundsätze abzuweichen, da das Gas, oder richtiger das Licht, hier jetzt weniger koste als in den größten Städten. Es sei dies schon von den Vorrednern hervorgehoben, er wolle dafür einige Zahlen anführen. Im Jahre 1868 habe das Postamt in Cassel 868 fl. , das in Chemnitz 939 fl. mehr für Gas verausgabt, als das hiesige; das Berliner Opernhaus verbrauche für ca. 9100 fl. , das dortige königl. Schauspielhaus für ca. 6900 fl. , das hiesige herzogl. Hoftheater dagegen für ca. 2900 fl. Gas jährlich. Man brauche aber gar zu solchen Vergleichen nicht zu greifen, der Beweis sei mit positiven Zahlen zu führen. In Berlin koste das Gas $1\frac{1}{2}$ fl. , hier $2\frac{2}{3}$ fl. , man erhalte also für 100 fl.

in Berlin 66,666 $\frac{2}{3}$ Cbss. Gas,

in Braunschweig 37,500 " "

die contractliche, durch beeidigte Controleure beaufsichtigte Leuchtkraft sei

in Berlin für 5 Cbss. engl. pr. Stunde ein Licht = 12 Kerzen,

in Braunschweig " 4 " " " " " = 20 "

folglich erhalte man für 100 fl.

in Berlin eine stündliche Lichtmenge gleich 160,000 Kerzen,

in Braunschweig " " " " 187,500 "

Wie sehr übrigens auch das Interesse der Gasconsumenten gewahrt werde, erhelle schon daraus, daß der vorliegende Bericht selbst auf den nach der letzten Vermehrung der Anzahl der öffentlichen Laternen dem Gaswerke erwachsenen geringen Verlust hinweise. Die in den Motiven des Antrages angeführten Zahlen seien, soweit sie aus den Jahresberichten ausgezogen, richtig; nur trete nach den heutigen Beschlüssen in so fern eine Aenderung ein, als von den Gesamtüberschüssen 12,000 fl. mehr auf Erweiterungen und folglich 12,000 fl. weniger auf Amortisation zu verwenden beschlossen sei. Einzelne aus diesen Zahlen abgeleitete Schlußfolgerungen seien dagegen nicht richtig, und wenn man daraus, daß im Jahresberichte für 1867/68 auf die nächsten Jahre Erweiterungsbauten als nicht erforderlich bezeichnet sind, während solche im letzten Jahresberichte für die nächsten Jahre in Aussicht genommen werde, einen Widerspruch in den Berichten folgern wolle, so sei zu berücksichtigen, daß seit 1867/68 mehrere Jahre mit bedeutender Consumzunahme verfloßen seien.

Uebrigens ständen dem Antrage auch materielle Bedenken entgegen. Ganz abgesehen von der augenblicklichen enormen Conjunction in den Kohlenpreisen, schreibe die neue Maß- und Gewichtsordnung für den Bund die Einführung des Metermaßes vom 1. Januar 1872 an vor; und dies mache so wie so eine Abrundung des Gaspreises erforderlich. Ferner aber sei namentlich vor jeder neuen Preiserhöhung die Frage zu prüfen, wie es hinsichtlich der bisher bewilligten Rabatt-

säße gehalten werden solle. Diese Frage, auf die näher einzugehen jetzt zwar nicht an der Zeit sei, gewinne an Wichtigkeit um so mehr, je mehr man sich dem Zeitpunkt nähere, wo das Gas mit einem verhältnismäßig geringen Gewinn werde abgegeben werden. Aus allen diesen Gründen scheine sich die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Herr Reide meister bittet zu bedenken, daß es durchaus unsolide würde verfahren heißen, wenn die Stadt, ohne alles Grundvermögen wie sie ist, eine Schuldenlast für die Gasanstalt auf sich nehmen wollte.

Auch Herr Graf Görz-Brisberg constatirt als den für die Finanzcommission maßgebend gewesenen Gesichtspunkt, daß ein Geschäft von so unsicheren Chancen nicht mit Schulden von der Höhe belastet bleiben dürfe, wie solche auf dem Gaswerk zur Zeit lasten und noch Jahre lang lasten werden. Ob die vorgeschlagenen Erweiterungen nöthig, könne die Finanzcommission natürlich nicht beurtheilen; doch hege sie das zuversichtliche Vertrauen, daß die Direction dergleichen andernfalls nicht vorgeschlagen hätte.

Herr Bock hingegen vermag in diesen Erwägungen nur einen Grund mehr zu sehen, von den beabsichtigten Erweiterungen des Werkes Abstand zu nehmen.

Herr Reuter. Die Erweiterungen des Werkes müssen sich nach den Anforderungen richten, welche das Publikum an dasselbe stellt. Wenn wiederholt von Widerspruch zwischen dem vorliegenden Berichte und dem für das Jahr 18⁶⁷/₆₈ die Rede gewesen, so sei der Sachverhalt folgender. Im Jahresberichte für 18⁶⁷/₆₈ stehe, daß der Inhalt der drei Gasometer bis zu einer Jahresproduction von 45,000,000 Cbß. Gas ausreiche. Allerdings weise nun der Bericht für 18⁶⁹/₇₀ erst eine solche von 35,551,000 Cbß. nach, aber in dem Augenblicke, wo hier darüber verhandelt werde, sei schon zu übersehen, daß im Betriebsjahre 18⁷⁰/₇₁, welches bald zu Ende, diese fast 40,000,000 Cbß. betragen werde, und folgeweise sei im nächsten Jahre auf eine solche von 44,000,000 zu rechnen. Da einschließlich der Vorbereitungen über den Bau eines Gasometers ein Jahr vergehe, so sei es unter diesen Umständen gewiß doch an der Zeit, Bedacht darauf zu nehmen, daß mit dieser Erweiterung im nächsten Jahre begonnen werden könne. In Bezug auf das Retortenhaus sei 18⁶⁷/₆₈ die Leistungsfähigkeit auf 64,000,000 Cbß. Jahresproduction veranschlagt, es habe sich aber während der anhaltenden Kälte des letzten Winters herausgestellt, daß diese auf das ungünstig belegene Haus so nachtheilig einwirke, daß dadurch die Leistungsfähigkeit der Defen erheblich reducirt werde, und daß bei Inbetriebnahme einer größeren Anzahl Defen die Feuerzüge und der Schornstein ungenügend seien, so daß während eines Winters, wie der verfloßene, höchstens die für eine Jahresproduction von 50,000,000 Cbß.

Gas auf die kurzen Tage täglich entfallenden 250,000 Cbß. Gas zu beschaffen wären. Dieser Consum werde aber voraussichtlich in drei Jahren erreicht werden, und müsse also bis dahin Rath geschafft sein. Ob man durch entsprechende kostspielige Aenderungen das jetzige Retortenhause auf eine Leistungsfähigkeit von 64,000,000 Cbß. Gas jährlich bringen wolle, wodurch der Bau eines neuen allerdings noch um einige fernere Jahre hinausgerückt werde, oder ob es zweckmäßiger sich gleich zum Neubau eines größeren Retortenhause zu entschließen, müsse noch einer ferneren Prüfung unterzogen werden. Ein Widerspruch in den Berichten sei also durchaus nicht vorhanden, wenn man berücksichtige, daß 18^{67/68} der Consum 30,000,000 Cbß., im laufenden Jahre dagegen 40,000,000 Cbß. betrage. Diese rasche Steigerung vermehre nicht nur die Rentabilität, sondern rücke auf der andern Seite auch den Augenblick rasch näher, wo die Leistungsfähigkeit des Werkes erhöht werden müsse.

Nachdem der mitanwesende Ingenieur Herr Mitgau darauf hingewiesen, daß der Einfluß der bevorstehenden Stadterweiterungen auf den Gasverbrauch noch entfernt nicht zu übersehen ist, jedenfalls aber bei einigermaßen rascher Ausdehnung der Stadt, wie solche keineswegs unwahrscheinlich, die Leistungsfähigkeit der Anstalt in Bälde nicht mehr ausreichen werde,

wird der Antrag des Herrn Bock mit allen gegen eine Stimme von der Versammlung abgelehnt.

Es berichtet ferner

IV. namens der Schulcommisson Herr Leo, daß zufolge eines Magistrats-schreibens vom 29. v. Mts. die zunehmende Frequenz der dritten mittlern und der dritten untern Bürgerschule es nöthig mache, in jener eine zweite Knabenklasse, in dieser eine combinirte dritte Klasse einzurichten, wesswegen beantragt wird, zwei neue Lehrer mit dem Minimalgehalte von je 300 \mathfrak{M} jährlich anzustellen und für den Zeichnenunterricht der Knabenklasse 40 \mathfrak{M} , zur Anschaffung verschiedener Utensilien und Unterrichtsmittel 60 \mathfrak{M} zu verwilligen. Nach einer inzwischen eingegangenen mündlichen Nachricht wird ferner für erforderlich gehalten, eine neue Lehrerin mit einem Gehalte von 200 \mathfrak{M} anzustellen, da für die 73 Bürgerschulklassen, welche unter Leitung des Schuldirectors Friedrichs stehen, bislang nur über zwei Aushilfslehrer verfügt wird, und in Folge davon große Verlegenheiten entstehen, so oft ein Klassenlehrer erkrankt.

Seitens der Commission dringend empfohlen, werden diese Anträge insgesammt von der Versammlung genehmigt.

V. Wie auf Grund eines Magistrats-Schreibens vom 4. d. Mts. der Herr Vorsitzende mittheilt, haben sich um die Stelle des verstorbenen Armenboten Zimmermann die Lohndiener Mühlhausen, Amelung und Reichel beworben. Der Magistrat präsentiert dieselben zur Wahl, indem er beantragt, die Zahlung des Gehaltes von 12 fl monatlich vom 1. Januar ab zu verwilligen, da schon seit diesem Tage der an erster Stelle genannte Lohndiener Mühlhausen die Geschäfte des verstorbenen Zimmermann versehen habe und hierfür jedenfalls entschädigt werden müsse.

Herr Kellner giebt demselben das Zeugniß sehr eifriger und geschickter Dienstführung und bittet, ihm demnach die erledigte Stelle zu übertragen.

Die Versammlung entscheidet sich diesem Antrage gemäß und beschließt hinsichtlich der Gehaltserhöhung wie vom Magistrate beantragt ist.

Hierauf

VI. berichtet namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende über einen Antrag des Magistrats auf Abschaffung der Einzugsgebel. Seit Einführung der Freizügigkeit ist nämlich das Statut vom 24. März 1852, durch welches diese Abgabe auswärtigen auf ihren Antrag hier aufgenommenen Personen auferlegt war, ziemlich gegenstandslos geworden, und demzufolge auch die daraus fließende Einnahme, welche sich ursprünglich auf ca. 2500 fl jährlich belief, mehr und mehr gesunken, sodaß dafür im diesjährigen Etat nur 725 fl haben in Ansatz gebracht werden können. Andererseits hat die Fortdauer dieser Abgabe den Nachtheil, daß man dieselbe zu umgehen sucht, und daher Fremde, welche sich dauernd in hiesiger Stadt niederzulassen beabsichtigen, ihre Aufnahme überall nicht nachsuchen, wodurch dann ihre Domicilverhältnisse ungeordnet bleiben, die Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte gehemmt und mancherlei Verwickelungen veranlaßt werden. Da nun überdies andrer Orten und namentlich in Preußen das Einzugsgebel bereits abgeschafft ist, so scheint ein gleicher Beschluß auch für unsere Stadt geboten, und giebt denselben der Magistrat in einem Schreiben vom 1. d. M. in der Weise anheim, daß alle Diejenigen, deren Aufnahme noch nicht beschlossen ist, von der Abgabe befreit bleiben sollen.

Auf Empfehlung der Commission wird dieser Antrag sammt dem vorgelegten Statutsentwurfe genehmigt.

VII. In einem Schreiben vom 25. v. Mts. theilt der Magistrat mit, daß der Banquier Oppenheimer den sogenannten Anatomiegarten sowie das dahinter jenseits der Oker belegene Areal erworben hat und zwischen den zu beiden Seiten die-

ses Raumes zu bebauenden Grundstücken eine Straße von der Promenade am Wendthore ab nach dem Al.-Exercierplatze zu führen beabsichtigt. Eine Ueberbrückung der Oker ist ihm zu diesem Zwecke bereits gestattet worden; von Seiten der Stadt wünscht er die Chaufsurung und Canalisirung der Straße, die Unterhaltung der Brücke und des Weges, die Anlage der Gas- und Wasserleitung, sowie die öffentliche Beleuchtung übernommen zu sehen, wogegen er bereit ist, derselben unentgeltlich sowohl das Eigenthum der Brücke und des Straßenplanums abzutreten, als erforderlichen Fall auch die zur Erweiterung der Spielmannstwete wünschenswerthen Parcellen zu überlassen. In Anbetracht, daß so die Promenade nicht nur erheblich an Ausdehnung gewinne, daß der Al. Exercierplatz — der einzige in der näheren Umgebung, welcher zu öffentlichen Lustbarkeiten und Festen benutzt werden kann — mit der Stadt in bequemere Verbindung gesetzt, und daß insbesondere ein großes, gesund und schön belegenes, ohne jene Veranstaltungen aber unbenutzbar bleibendes Terrain für Neubauten gewonnen werden würde, hält der Magistrat die Ausführung des Projectes für sehr wünschenswerth. Von den auf die Stadt fallenden Kosten müßten 4200 \mathfrak{f} für Straßen- und Canalbauten sowie 600 \mathfrak{f} für Baumpflanzungen übernommen werden; dagegen würden 2685 \mathfrak{f} 25 gr für die Legung von Gas- und Wasserrohren aus der Kasse beider Werke zu bestreiten sein, letztere aber durch den zu erwartenden Gas- und Wasserconsum entschädigt werden. Da der Unternehmer durch Abtretung der mit einem Aufwande von 3200 \mathfrak{f} planirten Straße sowie der Brücke, deren Kosten sich auf 13000 \mathfrak{f} belaufen, einen sehr erheblichen Beitrag zu dieser Straßenanlage zu leisten bereit ist, scheint es billig und den Bestimmungen des Stadterweiterungsstatutes gemäß, auf den Antrag einzugehen. Der Magistrat giebt demnach dessen Genehmigung anheim, indem er vorschlägt, die Zahl der auf dieser Strecke aufzustellenden Laternen auf sechs zu bestimmen.

Die Statutencommission, für welche Herr Graf Götz-Wrisberg berichtet, kann den Ausführungen des Magistrats nur beistimmen. Hinzufügen lasse sich, daß die projectirte Anlage, im bequemsten Anschluß an die Promenade, die dem Bedürfnis der Außenwohner keineswegs genügende Zahl von Zugängen zur Stadt auf das wünschenswertheste vermehren würde. Erscheine schon durch diesen und andere Vortheile das der Stadt zugemuthete Opfer völlig aufgewogen, so werde eine solche Beihilfe billigerweise um so weniger versagt werden können, je fraglicher bei den ungleich bedeutendern Kosten, die der Unternehmer daran gebe, die Rentabilität des Projectes sein müsse.

Herr Lucius findet diese Entscheidung bedenklich. Man habe es hier mit einer Speculation zu thun, deren Chancen sich auch nur mit annähernder Sicherheit nicht übersehen lassen, die immerhin also als eine gewagte bezeichnet werden müsse. Eben

darum aber habe die Stadt alle Urfach, sich nur mit äußerster Vorsicht auf eine Bethheiligung daran einzulassen. Denn gesetzt, das Unternehmen mißglücke und die projectirte Straße käme nicht zu Stande, so würde man eine Strecke gepflastert und mit Gas und Wasser ausgestattet haben, die ihrer Beschaffenheit nach darauf keinerlei Anrecht habe. Eine solche Eventualität aber müsse um so sorgfamer vermieden werden, je strenger man hinsichtlich der vor den Thoren entstehenden Straßen auf Erfüllung der Bedingungen halte, an welche das Stadterweiterungsstatut jene Vergünstigung knüpfe. Unter diesen Umständen müsse er anheimgeben, die beantragten Verwilligungen erst dann eintreten zu lassen, wenn die Straße wirklich vorhanden sei, bis dahin aber den Antrag abzulehnen.

Eine Gewähr für den glücklichen Erfolg des Projectes erblickt Herr Flagge in der Brücke, welche an einer dem öffentlichen Bedürfnis so sehr entsprechenden Stelle eine neue Passage ermöglichen werde.

Der Herr Vorsitzende kann zu weiterer Unterstützung dieser Zuversicht hinzufügen, daß die aus dem Areal des Anatomiegartens parcellirten Grundstücke sämtlich bis auf ein einziges, und von den jenseits der Oker belegenen eine Anzahl bereits verkauft sind.

Herr Ehrenhard vermag überhaupt keinen Grund zu erkennen, aus städtischen Mitteln eine Privatspeculation zu unterstützen, am wenigsten, wenn dieselbe einen so guten Profit abzuwerfen verspreche, wie die in Frage stehende. Denn so müsse es ihm allerdings erscheinen, wenn er die enormen Preise bedenke, welche beim Wiederverkauf der Parcellen des Anatomiegartens gefordert seien. Wenn ja mit dem Gelingen des Projectes ein Vortheil für die Stadt verknüpft sei, so möge man allenfalls eine bestimmt fixirte Subvention gewähren, nicht aber Begünstigungen wie die geforderten, deren Kosten sich mit der wünschenswerthen Sicherheit nicht veranschlagen lassen.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Ueber die Rentabilitätsfrage erlaube er sich kein Urtheil, auf diese aber komme es hier auch gar nicht an. Die Versammlung könne nur der Gesichtspunkt leiten, daß es im hohen Grade wünschenswerth, eine Straße ins Leben zu rufen, die den Außenwohnern einen bequemen Eingang zur Stadt eröffnet, und gleichzeitig eine Anzahl neuer Bauplätze zu gewinnen, welche gesund belegen sind und ohne allen Zweifel gesucht sein werden. Diesem mehrfältigen Interesse gegenüber werde das geforderte Opfer nicht in Anschlag kommen. Die Straße zu pflastern, wie Herr Lucius annehme, liege übrigens nicht in der Absicht: das würde das Fünffache des geforderten Betrages kosten. Wollte man etwa eine Ersparnis ins Auge fassen, so werde allenfalls der Kosten für die Bepflanzung der Straße mit Bäumen vorläufig gestrichen werden können.

Herr Ehrenhard glaubt, daß es den Bestimmungen des Stadterweiterungsstatuts schnurstracks zuwider laufe, wenn man einer Straße, noch ehe sie vorhanden, alle die communalen Bequemlichkeiten zuwende, welche soviel Außenwohner schmerzlich entbehren.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Thatsache sei, daß die Bebauung der projectirten Straße bereits ihren Anfang genommen habe, und ebenso unterliege denn auch ihr Fortgang keinem Zweifel. Aber eben um diesen zu sichern sei es von Wichtigkeit, daß man schon jetzt wisse, wie weit die Stadt sich theiligen werde, da die Ungewißheit hierüber das Unternehmen verzögern, wo nicht in Frage stellen müßte. Denn allerdings könne vom Standpunkte des Unternehmers aus doch die Möglichkeit gesetzt werden, daß die Stadt, wenn einmal die Straße ohne Mitwirkung ihrerseits zu Stande gekommen, zu solcher keine Nothigung mehr haben werde, und diese Möglichkeit würde ihn dann natürlich von weiterm Vorgehen abhalten müssen. Andererseits aber dürfe angenommen werden, daß sich der Unternehmer nicht soweit wie er es bereits gethan, würde eingelassen haben, wenn er der Bedingungen des Gelingens nicht sicher wäre. Ob er dabei gewinne oder verliere, könne man auf sich beruhen lassen. Dem Prognosticon übrigens, welches im vorliegenden Falle Herr Ehrenhard stelle, lasse sich wenigstens entgegenhalten, daß hohe Preisforderungen keineswegs immer einen günstigen Verkauf bedingen. Ueber die Bestimmungen des Stadterweiterungsstatutes gehe der Vorschlag des Magistrates mit nichts hinaus, da die dort gestellten Bedingungen hier eben von dem Unternehmer erfüllt werden. Die ebenfalls von Herrn Ehrenhard geltend gemachte Möglichkeit einer Ueberschreitung des Kostenanschlages sei nicht zu besorgen, da es sich nicht um einen Hausbau oder ähnliche unvorhergesehenen Zwischenfällen unterworfenen Anlagen, sondern um Dinge handle, die sich ganz bestimmt übersehen lassen. Statt der Anlagen selbst Abfindungssummen zu gewähren, werde deshalb nicht für zweckmäßig gelten können, weil alsdann voraussichtlich an der Herstellung gespart werden und so die Anlagen ungenügend ausfallen würden. In Betreff der auf Kosten des Unternehmers herzustellenen Brücke sei alles geschehen, um deren zulängliche Beschaffenheit zu sichern, indem bei Feststellung des Planes sowohl die Herzogl. Baudirection, als auch der Stadtbaumeister zu Rathe gezogen worden. Das Opfer auf Seiten der Stadt sei im Vergleich zu den gebotenen Vortheilen nicht bedeutend, zumal wenn man erwäge, was bei anderer Gelegenheit, z. B. an der Bertramstraße, habe geleistet werden müssen, nur um Calamitäten abzuwenden, die der Stadt mit einer ohne ihr Zuthun entstandenen und von Anfang an verfehlten Anlage überkommen waren. Schon aus diesem Gesichtspuncte müsse das Interesse der Stadt einleuchten, zur Entstehung von Straßen mitzuwirken, die von vornherein

zweckmäßig gerichtet und geordnet werden können. Das Interesse für dergleichen Unternehmungen aber werde es unstreitig befördern, wenn die städtischen Behörden denselben entgegenkommen.

Herr Schöttler wird für den Magistratsantrag stimmen und zwar im Hinblick auf den bei Abfassung des Stadterweiterungsstatuts zur Sprache gekommenen Wunsch, daß bestimmte Straßen auf einem von der Stadt zu erwerbenden Terrain hergestellt und mit allen städtischen Bequemlichkeiten versehen werden möchten, um so dem Umfuge unzumuthiger Straßenanlagen entgegen zu wirken — ein Wunsch, welchem durch die in Frage stehende Straße in jeder Weise werde entsprochen werden.

Herr Lucius will nicht in Abrede stellen, daß das Project im öffentlichen Interesse wünschenswerth und einer Unterstützung immerhin werth sei; nur dazu könne er keine Nothigung sehen, diese Unterstützung noch ehe die Straße vorhanden sei eintreten zu lassen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari macht aufmerksam, daß es einen Fiskus ohne Ausweg geben müßte, wenn die Stadt ihre Beihülfe von dem Vorhandensein der Straße abhängig machte, da andererseits ohne Zweifel mehr oder weniger die Entstehung der Straße von dem Eintreten der Stadt bedingt sei, sofern sich wohlhabende Leute schwerlich zum Anbau an einer Stelle bewogen fühlen würden, deren Eigenschaft als Straße noch nicht sicher gestellt erscheine.

Herr Graf Görz-Brisberg verwahrt sich gegen die Auffassung des Herrn Ehrenhard, als enthalte der vorliegende Antrag eine Uebertretung des Stadterweiterungsstatuts, da doch in § 28 desselben ausdrücklich dem Magistrate und den Stadtverordneten die Bestimmung darüber vorbehalten werde, ob und unter welchen Bedingungen eine neue Straßenanlage genehmigt werden solle.

Herr Reuter. Bisher sei von keiner Seite eine Aeußerung gegen die Zweckmäßigkeit der Straßenanlage selbst und einer Unterstützung derselben gefallen; eine Differenz bestehe nur über den geeigneten Zeitpunkt dieser Unterstützung, Unter diesen Umständen aber werde man noch einer andern Rücksicht ihr Gewicht einräumen müssen. Bekanntlich seien die Versuche, der Stadt die dringend erforderliche Vermehrung an Thoreingängen zu schaffen, bei der Landesregierung bisher auf große Abneigung gestoßen. Diese Stimmung aber könnte es nur bestärken, wenn in einem Falle, wie er hier jetzt vorliege, von den Vertretern der Stadt selbst Schwierigkeiten erhoben würden.

Die Debatte wird damit geschlossen. Es werden mit großer Mehrheit die Anträge des Magistrates und der Commission angenommen.

Schließlich

VIII. erstattet ebenfalls namens der Statutencommission Herr Graf Görz-Brissberg Bericht über ein Magistratschreiben vom 23. Januar, laut dessen der Rittmeister Brauns die von ihm erworbene sogenannte Parkstraße seitens der Stadt übernommen und straßenmäßig hergestellt zu sehen wünscht, und zwar unter annehmbarer Modification der Bedingungen, wegen deren 1863 ein eben dahin zielender Antrag des damaligen Eigenthümers zurückgewiesen werden mußte. Die Behandlung dieses Weges als öffentliche Straße ist sehr wünschenswerth und daher auch in den Stadterweiterungsplan aufgenommen. Seine künftige Breite ist dort zu 3 Ruthen festgestellt, einstweilen jedoch und solange er nur auf einer Seite bebaut ist, wird die gegenwärtige Breite beibehalten werden können und nur ein Stück des Herzogl. Küchengartens zu erwerben sein, um eine bessere Ausmündung in die Kasernenstraße zu gewinnen. Die Kosten der Chauffirung und Canalisirung, zu 1325 $\text{\$}$ veranschlagt, müßten aus der Stadtkasse verwilligt werden, während die Legung der Gas- und Wasserröhren mit bezw. 264 und 363 $\frac{1}{2}$ $\text{\$}$, wozu dann noch die Unterhaltung von zwei Abendlaternen kommen würde, auf die Kasernen der beiden Werke zu übernehmen wären. Der Magistrat empfiehlt, diese Verwilligungen unter der Bedingung zu gewähren, daß der Rittmeister Brauns das Eigenthum des jetzigen Straßenterrains sowie die kleine zur Beseitigung eines Winkels erforderliche Fläche unentgeltlich an die Stadt abtritt und sich anheischig macht, bei dem Verkaufe des Terrains an der Westseite der Straße einen Streifen von 1 Ruthe Breite zu reserviren oder auszubedingen, daß die zu errichtenden Gebäude 1 Ruthe von dem Weg entfernt bleiben müssen und das leergelassene Terrain auf Verlangen gegen Erstattung des Kaufpreises gleichfalls abzutreten ist.

Die Commission hält diese Anträge für sachentsprechend, da auch in dem Stadterweiterungsstatut die Ausstattung schon bestehender Straßen mit städtischen Bequemlichkeiten an mildere Bedingungen geknüpft ist.

Demgemäß werden die angeforderten Verwilligungen von der Versammlung ausgesprochen.

Nachdem hierauf noch in die Commission zur Prüfung des Entwurfs einer Verkehrsordnung für den Hagenmarkt die Herren Faillard, Flagge, Krone, Reuter und Struck gewählt sind, wird die Sitzung geschlossen.

B e r i c h t i g u n g .

In dem Protocolle vom 26. Januar ist S. 2 im dritten Absatz von oben nach dem Worte »Heimathsachen« ausgelassen:

»die Herren Bock, Ehrenhard, Jasper, Kloss, Leo
in die Verwaltungs-Deputation für das Gas- und Wasserwerk«
worauf dann die an der bezeichneten Stelle folgenden Namen sich anzuschließen haben.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 30. März 1871.

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Jasper, Overlach, Reidemeister, Struck.

Vor Eintritt der Tagesordnung

macht der Herr Vorsitzende Mittheilung von einer Zuschrift, welche der Magistrat mit Bezug auf die unterm 10. Februar v. Jrs. an ihn ergangene Aufforderung:

Bestimmungen darüber ausarbeiten und vorlegen zu wollen, wie das Publicum beim Besuch von Theatern und sonstigen Schaustellungen gegen die Gefahren ausbrechender Schadenfeuer geschützt werden könne,

unterm 27. d. M. an die Versammlung gerichtet hat. Der Magistrat weist darauf hin, daß § 20 des Gesetzes vom 22. December v. J. die Veranstaltung oder Gestattung von Lustbarkeiten, Schaustellungen und öffentlichen Versammlungen in Localen, deren Stabilität oder Feuericherheit noch nicht ortspolizeilich geprüft und zulänglich befunden ist, und ebenso die Ueberschreitung der hierfür aus Sicherheitsgründen auferlegten Bedingungen mit Geldstrafen bis zu 20 \mathfrak{M} bedroht. Da somit Herzogl. Polizeidirection in den Stand gesetzt ist, alle zur Sicherung des Publicums erforderlichen Anordnungen zu treffen, und zu dem Ende denn auch den

Stadtbaumeister und den Commandeur der Gesamtfeuerwehr bereits zu gutachtlicher Aeußerung über die Beschaffenheit der öffentlichen Locale in hiesiger Stadt aufgefordert hat, scheint der Zweck des angeregten Statuts vollständig erreicht, und wird demnach der Versammlung anheimgegeben, damit die Angelegenheit als erledigt gelten zu lassen.

Der Herr Vorsitzende glaubt, daß unter diesen Umständen die Versammlung allerdings in der Lage sein werde, der Ansicht des Magistrates beizupflichten.

Da kein Widerspruch erfolgt, wird das Schreiben des Magistrats zu den Acten genommen.

Nachdem hierauf, der Tagesordnung gemäß,

I. auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden für sieben gemeindeangehörige Corrigenden die übliche Beihilfe zur Auswanderung verwilligt ist,

II. trägt der Herr Vorsitzende Folgendes vor.

Nach Ablauf der dreijährigen Periode, für welche der Herr Oberbürgermeister Caspari mit Einwilligung der städtischen Behörden seinen Sitz im Directorium der hiesigen Bank 1868 nochmals beibehalten, hat denselben der Aufsichtsrath der Bank abermals zu diesem Amte gewählt. Der Herr Oberbürgermeister wünscht, seine Kraft dem für Braunschweig so wichtigen Institute noch ferner widmen zu können, da er sich schmeicheln dürfe, daß seine Mitwirkung demselben nicht ohne Nutzen gewesen, die Vereinbarkeit dieses Amtes mit dem Vorstehe im Stadtmagistrate principiell anerkannt worden und eine Benachtheiligung der städtischen Interessen durch diese doppelte Wirksamkeit in keiner Weise erwiesen oder auch nur behauptet sei. Der Magistrat schließt sich diesen Erwägungen an und empfiehlt die Genehmigung des Antrags unter Hinweis auf die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters, für die Dauer jener Nebenfunction auf 500 ₰ seines Gehaltes verzichten zu wollen. In Anbetracht, daß die Principienfrage durch den Beschluß der Versammlung am 12. März 1868 erledigt ist und neue Gesichtspunkte für den vorliegenden Fall nicht in Betracht kommen, hat der Herr Vorsitzende eine Vorberathung der Statutencommission nicht für erforderlich gehalten, vielmehr ohne weiteres geglaubt, die Entscheidung der Versammlung eintreten lassen zu können.

Herr Lucius erklärt, aus principiellen und persönlichen Gründen gegen den Antrag stimmen zu müssen. Principiell, weil seiner Ueberzeugung nach jede Betheiligung des Vertreters einer Commune an industriellen Unternehmungen grade so unzulässig sei, wie dergleichen für unverträglich mit der Amtsehre eines Ministers oder anderer hoher Beamter gelte. Sein persönlicher Grund sei, daß grade bei der hervorragenden Capacität und Arbeitskraft des Herrn Oberbürgermeisters nur um

so mehr zu wünschen sei, daß diese Gaben den städtischen Angelegenheiten ungetheilt erhalten bleiben.

Herr Reuter. Vor drei Jahren habe er den gleichen Antrag mit der Minorität abgelehnt; heute werde er in entgegengesetztem Sinne stimmen, nicht weil inzwischen seine Grundsätze andere geworden, sondern weil er diesmal die Sache vorwiegend von einem realen Gesichtspunkte aus ansehen müsse. Als das Wünschenswerthere gelte ihm nach wie vor, daß der Herr Oberbürgermeister solche Nebenämter nicht bekleide, die unter ungünstigen Umständen ihm eine große Mitverantwortlichkeit aufbürden, ohne daß deren Abwendung in seiner Macht liege. Wenn es der Stadt möglich wäre, den Gehalt ihres ersten Vertreters so zu normiren, daß derselbe seinen Leistungen und den heutigen Verhältnissen entspräche, dann würde das Festhalten an jenem Grundsatz richtig sein. Leider aber sei die Stadt Braunschweig nicht in der Lage, den großen Verdiensten des Herrn Oberbürgermeisters durch einen angemessenen Gehalt gerecht zu werden, wie ein Vergleich der hiesigen Gehaltsätze mit denen anderer Städte, z. B. Berlins, wo der zweite Bürgermeister 5000 \mathfrak{M} Gehalt beziehe, auf den ersten Blick darthue. Allerdings seien die Verhältnisse dort überhaupt andere, als hier; ebenso gewiß jedoch, daß unter allen Communalbeamten Berlins keiner in dem Maße wie unser Herr Oberbürgermeister mit Arbeiten beladen sei: mit Arbeiten nicht nur wie sie jeder Tag mit sich bringe, sondern auch mit solchen, die er in weitausblickender Sorge für die Entwicklung aller städtischen Angelegenheiten freiwillig auf sich nehme. Unter diesen Umständen, und da zugleich allgemein anerkannt werde, daß der communalen Thätigkeit des Oberbürgermeisters durch seine Function bei der Bank nicht der mindeste Abbruch geschehe, müsse man in diesem Falle, analog wie in vielen anderen Städten, von dem früher hinsichtlich der Nebenämter aufgestellten Grundsatz absehen.

Herr Bock. Wenn sich ein Bürgermeister dieser Stadt durch Gründung gemeinnütziger Institute um die öffentliche Wohlfahrt verdient gemacht habe, so erscheine es nicht allein als eine Pflicht der Dankbarkeit, es erscheine als eine Ehrenpflicht, ihn an der Leitung derselben nicht zu hindern. Aus voller Ueberzeugung stimme er daher für die Genehmigung des Antrags.

Auf Anregung des Herrn Lucius wird namentliche Abstimmung beschlossen, und hierauf der vorliegende Antrag mit allen Stimmen gegen die eine des Herrn Lucius angenommen.

III. In einem Schreiben vom 22. v. M. trägt der Magistrat vor, daß der Schuldirector Friedrichs in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande den cand. theol. Erb, welcher bisher an der höhern Töcherschule zu Verleberg als erster Lehrer gewirkt, provisorisch an der hiesigen höhern Töcherschule anzustellen vorge-

schlagen hat, und zwar dessen Ansprüchen gemäß mit einem Gehalt von 600 \mathfrak{M} , während sein Vorgänger allerdings nur 500 \mathfrak{M} bezogen. Da ein gleich tüchtiger und geübter Lehrer anders nicht wohl zu gewinnen sein dürfte, giebt der Magistrat und mit ihm die Schulcommission, für welche Herr Leo berichtet, die Genehmigung jener Gehaltserhöhung anheim.

Herr Bieweg macht das Bedenken geltend, daß dadurch das gegenseitige Verhältniß der hier üblichen Lehrergehälter würde verschoben und damit Consequenzen hereingezogen werden, die man besser vermeide.

Herr Leo macht dagegen bemerklieh, daß bei einem Gehalte von nur 500 \mathfrak{M} Herr Erb sich gegen seine bisherige Stellung gradezu verschlechtern würde. Wollte man also auf die Heranziehung dieses allem Anschein nach sehr tüchtigen Lehrers nicht verzichten, so werde die Verwilligung nicht zu umgehen sein. Was dies Zugeständniß übrigens sehr erleichtern müsse, sei der Umstand, daß die Töchter Schule allein unter allen städtischen Unterrichtsanstalten einen jährlichen Reinertrag abwerfe.

Herr Seckendorf hält die Lehrer der hiesigen höhern Töchter Schule im Vergleich zu denen ähnlicher Bildungsanstalten überhaupt für gering besoldet. In Folge hiervon aber werde es von Jahr zu Jahr schwerer halten, wirklich gute Kräfte hier dauernd zu fesseln und die Schule auf ihrer Höhe zu erhalten, wobei direct allerdings nur gewisse Klassen der Bürgerschaft, indirect aber alle hiesigen Einwohner interessirt seien, sofern eine gute Anstalt alljährlich eine Anzahl auswärtiger Schülerinnen herbeiziehe.

Die Versammlung beschließt hiernach den Anträgen gemäß.

Ferner

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über Vorschläge des Magistrats in Betreff der diesjährigen Quartier- und Vorspannentschädigungen.

Bei der im August v. J. vorgenommenen Normirung derselben waren Magistrat und Stadtverordnete von der Ansicht ausgegangen, daß die Einquartierungen nach dem Ausmarsch der Mobiltruppen und bei der in Aussicht stehenden Casernirung der Ersatzmannschaften nicht von allzulanger Dauer sein würden. In dieser Erwartung beschloß man, Quartier und Verpflegung zu gewähren, weil damit für die Hauseigenthümer sowohl wie für die Truppen wesentliche Vortheile verknüpft zu sein schienen: für erstere, sofern der Sak von bzw. 2 und 10 $\%$ ihnen eine angemessene Vergütung sicherte. Als dann aber die Kasernen zu Lazarethen eingerichtet werden mußten, das Ende des Krieges sich über Erwarten hinauszog und bei den somit erheblich gesteigerten Lasten der Stadtkasse die Verpflegung weggelassen mußte, konnte die Quartierentschädigung von 2 $\%$ namentlich während der Winter-

monate nicht mehr für ausreichend gehalten werden. Es wurde demnach deren Erhöhung auf 3 \mathfrak{g} beschlossen und zwar zunächst so, daß diese denjenigen Soldaten, die für ihre Unterkunft selbst Sorge trugen, sowie den Inhabern der Ausmiethequartiere, welche die Mannschaften auf deren eigene Kosten für 3 \mathfrak{g} täglich zu verpflegen übernahmen, unverkürzt ausgezahlt, hingegen da, wo nur Quartier gegeben wurde, für dieses 2½ \mathfrak{g} und die übrigen 6 \mathfrak{d} den Mannschaften als Beihilfe zu ihrer Verpflegung gewährt wurden. Bei den hiermit verbundenen Rechnungsschwierigkeiten aber sind diese Unterscheidungen dann nur bis zum Ausmarsche des Ersatzbataillons beibehalten und vom November ab die Quartierleistung in allen Fällen mit 3 \mathfrak{g} vergütet worden. Die Sätze von 2 \mathfrak{g} für den Sommer, 3 \mathfrak{g} für den Winter empfiehlt denn der Magistrat auch ferner beizubehalten. Da jedoch, wenn 3 \mathfrak{g} etatmäßig angesetzt würden, nach § 18 des Statuts auch die Vergütungen für Quartierung chargirter Militärpersonen entsprechend erhöht werden mußten, diese Vergütungen aber sich schon nach dem Minimalfalle von 2 \mathfrak{g} hinlänglich hoch berechnen, so geht der Vorschlag des Magistrates dahin, formell den letztern beizubehalten, während der Wintermonate aber für die Quartierung Gemeiner eine Extravergütung von 1 \mathfrak{g} pro Tag und Mann eintreten zu lassen. — In Betreff der Quartierleistung mit Verpflegung hat sich herausgestellt, daß die bisherige Entschädigung mit 10 \mathfrak{g} zu hoch bemessen war und der Stadt eine allzu große Last aufbürdete. Obwohl nun dieselbe künftig nur selten, beim Durchmarsche von Truppen oder am Tage ihres Einrückens, vorkommen wird, so glaubt der Magistrat doch eine Abminderung dieses Satzes auf 6 \mathfrak{g} beantragen zu müssen. — Als durchaus zutreffend hat sich die für voriges Jahr festgestellte Vergütung für Vorspanngestellung u. s. w.: 7½ \mathfrak{g} für das Pferd, 2½ \mathfrak{g} für den Wagen, 5 \mathfrak{g} für den Begleiter und 10 \mathfrak{g} für das Reitpferd, alles für die Meile, bewährt, weswegen der Magistrat die Beibehaltung dieser Sätze anheimgiebt.

Ebenso seitens der Commission empfohlen, werden diese Anträge insgesammt von der Versammlung genehmigt.

Es folgt

V. durch den Herrn Vorsitzenden erstattet, der Bericht der Statutencommission über den Antrag des Herrn Ehrenhard:

dahin zu wirken, daß die Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen inskünftige von öffentlichen Medicinalpersonen, die sich dazu bereit erklären, vorgenommen werden dürfen.

Die Commission ist zu einem etwas abweichenden Votum gelangt, diesem dann aber auch der Herr Antragsteller beigetreten. Zu berücksichtigen ist nämlich, daß man mit diesem Antrage einem Landesgesetze gegenübersteht, welches dem städtischen

seits alsbald nach dem Ausbruche der Trichinenepidemie erlassenen Statute sich anschließend, dieses aufgehoben hat, und mit klaren Worten die Befugniß zur Trichinenuntersuchung auf die von den Polizeibehörden nach Communication mit dem Ober-sanitätscollegium dazu besonders anzustellenden und zu verpflichtenden Personen beschränkt, womit denn die Tendenz des vorliegenden Antrags, diese Untersuchung zu einem freien Gewerbe zu machen, sich in keiner Weise vereinbaren läßt. Eine fundamentale Aenderung des Gesetzes aber scheint durch die von Herrn Ehrenhard geltend gemachten Erwägungen um so weniger angezeigt, je schwerere Bedenken sich gegen solche Aenderung selbst erheben mußten. Die Beschwerden über laze Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen dagegen und den Wunsch, hierin eine Abhilfe geschafft zu sehen, hat die Commission als begründet anerkennen müssen. Sie beantragt demnach:

den Magistrat zu ersuchen, durch Verhandlung mit Herzogl. Polizeidirection dahin wirken zu wollen, daß

- 1) mit den Trichinenuntersuchungen in hiesiger Stadt unter Vermehrung der Bezirke eine größere Anzahl Sachverständiger als bisher (etwa 12) beauftragt,
- 2) auf die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Vornahme der Untersuchungen mit größerer Strenge gehalten,
- 3) bei Auswahl der Sachverständigen eine Berücksichtigung der Thierärzte nicht ausgeschlossen werde.

Dem gegenüber vertritt Herr Ehrenhard die Ansicht, daß die Trichinenuntersuchung sich ihrem Wesen nach als gewerbliche Thätigkeit darstelle, für welche man Freiheit der Concurrenz in Anspruch nehmen dürfe. Daß die Interessenten jedes Bezirks nur auf den einen Berechtigten angewiesen bleiben sollen, während andere Sachverständige um ein Billigeres dasselbe leisten würden, sei als eine Unbilligkeit zu betrachten, zumal wenn man die Möglichkeit in Betracht ziehe, daß jener Berechtigte dem einen oder andern der Interessenten persönlich mißliebig sein könnte. Daß ferner auf Grund des Reichsgewerbegesetzes eine Abänderung der entgegengesetzten Bestimmungen des angeführten Landesgesetzes zu erreichen sein würde, könne kaum bezweifelt werden. Uebrigens sei auch die hier bestehende Beschränkung thatsächlich schon durch eine Entscheidung des Obergerichts illusorisch gemacht worden, indem dieses ein Strafurtheil gegen Jemand, der die Untersuchung durch einen andern als den in seinem Bezirke berechtigten Sachverständigen hatte vornehmen lassen, wieder aufgehoben habe. Nach dem allen müsse er beantragen, den Magistrat zu ersuchen, eine Abänderung des Gesetzes wenigstens dahin zu befürworten,

daß dem Publikum, abgesehen von der Bezirkseinteilung, die Auswahl unter den Sachverständigen freistehe.

Der Herr Vorsikende glaubt nicht, daß die Versammlung sich zur Annahme dieses Antrags bewogen finden werde, da die Unzuträglichkeiten, auf welche sich derselbe gründe, ebenfalls weder häufig, noch ernst genug seien, um ihretwegen eine Aenderung des Landesgesetzes wünschenswerth erscheinen zu lassen. Illusorisch werde letzteres durch jenes Urtheil des Cassationshofes keineswegs, da, wenn dadurch auch der Urheber der Uebertretung straflos ausgegangen, doch das Obersanitätscollegium in der Lage gewesen wäre, den Sachverständigen, welcher außerhalb seines Bezirkes untersucht hatte, auf disciplinarischem Wege zu belangen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat die Anträge der Commission zu befördern geneigt sein werde, nicht aber, wie dies Herrn Ehrenhards Antrag bezwecke, auf eine Aenderung des Gesetzes hinwirken könne. Was Herr Ehrenhard geltend mache, seien einzelne Mißbräuche und Unzuträglichkeiten, zu deren Abstellung das Gesetz selbst die Handhabe biete. Als gewerbliche Thätigkeit aber könne die Trichinenschau keineswegs angesehen werden, vielmehr sei dieselbe eine polizeiliche Einrichtung, und müsse daher den Behörden überlassen bleiben, sie so zu organisiren, wie es ihnen am besten zu sein scheine.

Die Commissionsanträge werden genehmigt, der des Herrn Ehrenhard abgelehnt.

Hierauf

VI. berichtet namens der Statutencommission Herr Lucius über einen Magistratsantrag vom 28. v. M., die zwischen der Landesregierung und der Stadt schwebenden Rechtsansprüche an den hiesigen Ofercanälen betreffend.

Als Eigenthum des Staats ist seitens der Stadt von jeher das eigentliche Oferebett anerkannt, welches mit zwei Armen am Tummelplatz und bei der Südmühle in die Stadt eintritt, sich zunächst dann in jenem das Waisenhaus und die Münze entlang, in diesem hinter dem Kohlmarkte, den Gutfiltern, und dem Damme, und nach ihrer Vereinigung beim Bevernschen Schlosse an der Burgcaferne vorüber und unter der Hagenbrücke hindurch zieht, bis es bei der vormaligen Wendenmühle das Stadtgebiet verläßt. Rücksichtlich der übrigen Canäle sowie der Umflutgräben haben die städtischen Behörden wiederholt Veranlassung gehabt, die Meinung geltend zu machen, daß dieselben in den Zeiten der städtischen Selbstherrlichkeit künstlich angelegt und demnach Eigenthum der Stadt seien. Während dieser Anspruch nun aber bei Gelegenheit der gegen die regellose Verfüllung der Ofercanäle erhobenen Reclamationen auf keinen Widerspruch stieß, hat neuerdings Herzogl. Staatsministerium die Rechtsverwahrung, unter welcher die städtischen Behörden ihre Zustimmung zu den wegen Canalisirung des Mauergrabens geschlossenen Verträgen ertheilt, mit der Erklärung beantwortet, daß die Infragestellung des Rechtsverhältnisses in Betreff

der Okeranäle nicht gebuldet werden könne, vielmehr in Erwägung zu ziehen sei, ob nicht die bis dahin auf Staatskosten beschafften Vorarbeiten bis zur Feststellung jenes Rechtsverhältnisses zu sistiren; daß jedenfalls aber Anträge wie der des Waisenhausdirectoriums auf Ueberlassung eines Theils von dem östlichen Okerbette inzwischen unerledigt bleiben werden. Zum Behuf weiterer Beschlußfassung hat Herzogl. Staatsministerium den Magistrat gleichzeitig aufgefordert, die Ansprüche der Stadt an den Canälen und dem durch Eindämmung derselben zu gewinnenden Terrain näher zu formuliren. Der Magistrat ist nun der Ansicht, daß der Stadt zur Zeit allerdings Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechte an den fraglichen Canälen nicht zustehen. Denn wenn auch für unzweifelhaft gelten darf, daß dieselben, soweit sie während der Zeit der Selbstständigkeit Braunschweigs angelegt sind, einstmals Eigenthum der Stadt waren, so wird andererseits doch einmal die Zeit ihrer Entstehung sich nicht mit Sicherheit nachweisen lassen; sodann aber hat die Herzogl. Landesregierung seit Unterwerfung der Stadt die gesammten bis dahin vom Rath ausgeübten Hoheitsrechte und darunter auch die Flußhoheit an sich gezogen und jedenfalls länger als 30 Jahr von dem ersten nachweisbaren Proteste der Stadt an rückwärts gerechnet, ungehindert über die Canäle verfügt, wie denn ihr Eigenthumsrecht auch seitens der Stadt eine gewisse Anerkennung gefunden hat, indem durch die Verträge von 1832 und 1858 der Regierung die Unterhaltung der Canäle nebst Zubehör auferlegt ist. Selbst in dem Falle aber, daß man den Nachweis des Eigenthumsrechtes der Stadt für möglich hielte, würde der Magistrat den Versuch nicht für rathsam halten, da, abgesehen von den Kosten, der Dauer und dem ungewissen Ausgange eines dieserhalb anzustreitenden Processes, auch im günstigsten Falle kein Vortheil für die Stadt in Aussicht stände. Denn eine Benachtheiligung der städtischen Interessen ist von der bisherigen Dispositionsbefugniß der Herzogl. Baudirection ebenfalls nicht zu besorgen, da nach § 8 der Bauordnung bei jeder Veränderung am Okerbette und an den Canälen die Stadt gutachtlich zu hören ist; die Unnehmlichkeiten aber, welche es haben könnte, wenn dießseits frei darüber zu verfügen wäre, würde durch die damit verbundenen, unter Umständen sehr namhaften Geldopfer für die jährlichen Ausbringungen, die früher oder später nicht zu umgehenden und auch von Herzogl. Baudirection bereits in's Auge gefaßte Einengung und Ueberwölbung der Canäle und der Pflasterung des so erworbenen Terrains, mehr als aufgewogen werden. Unter diesen Umständen giebt der Magistrat anheim zu genehmigen, daß seitens der Stadt auf Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechtsansprüche an den Okeranälen gegenüber der Herzogl. Landesregierung Verzicht geleistet und solches dem Herzogl. Staatsministerium in einem die früheren Rechtsvorbehalte motivirenden Schreiben kund gegeben werde.

Diese Auffassungen des Magistrates vermag indessen die Commission nicht in

allen Stücken zu theilen. Was zunächst die Frage anlangt: ob und welche Rechte an den Okeranälen der Stadt zustehen? so scheint kein Zweifel möglich, daß Gräben, von einer Commune in ihrem Interesse und mit ihren Mitteln angelegt, auch deren Eigenthum sind, und aus den vorhandenen Archivnachrichten scheint wenigstens soviel mit Sicherheit hervorzugehen, daß der Rath gewisse Wasserläufe innerhalb und außerhalb der Stadt in Anspruch genommen und diesen Anspruch durch gütliche Vereinbarung mit anderen Berechtigten sicher gestellt hat. Die Verjährung ferner ist deswegen nicht anzunehmen, weil die Staatsbehörden sich ihrer Seite im unbestrittenen Eigenthumsbesitze nicht befunden, auch den wiederholten Rechtsverwahrungen der Stadt gegenüber sich bis auf die neueste Zeit passiv verhalten haben. Wenn der Berufung hierauf Herzogl. Staatsministerium mit der Drohung entgegentritt, die begonnenen Correctionsarbeiten sistiren zu wollen, würde man es darauf immerhin können ankommen lassen, da die Verpflichtungen der Regierung auch in dieser Hinsicht vertragsmäßig festgestellt sind. Endlich die Frage, wie weit es im Interesse der Stadt liege, diese Rechte aufzugeben oder durch einen Proceß sicher zu stellen. Nach einem Berichte des Stadtbauemeisters und des städtischen Ingenieurs enthält das Areal der Okeranäle soweit es durch Veräußerung nutzbar gemacht werden könnte, einen Flächenraum von 1085 □ Ruthen und repräsentirt somit, die Ruthe zu 25 \mathcal{P} veranschlagt, einen Werth von 27125 \mathcal{P} : einen Werth also, den man der möglicherweise hohen Unterhaltungskosten wegen ohne Weiteres aufzugeben kaum berechtigt sein dürfte. Indessen will die Commission die Werthfrage keineswegs in den Vordergrund stellen, sondern in Anbetracht der Mißlichkeit eines Processus der proponirten Verzichtleistung zustimmen. Für unumgänglich nöthig aber muß sie dann halten, daß eine Vorkehrung getroffen werde, damit nicht etwa bei definitiver Regulirung der Canäle in einer Weise vorgegangen werde, welche den Interessen der Stadt zuwider. Die Commission schlägt demnach vor:

zu genehmigen, daß die Stadt auf Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechtsansprüche an den Okeranälen der Herzogl. Landesregierung gegenüber Verzicht leiste, jedoch nur unter der Bedingung, daß, wenn Dispositionen über das Flussbett der Canäle getroffen werden, durch welche dasselbe wesentlich verändert und insbesondere seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen wird, zu solchen Dispositionen die Genehmigung der städtischen Behörden erforderlich sei.

Herr Graf Görz-Brissberg kann sich für diesen Antrag im Augenblicke wenigstens nicht entscheiden, da ihn der Commissionsbericht nicht völlig überzeugt habe, daß man jene Erklärung ohne Gefahr abgeben könne. Den ersten Theil werde die Landesregierung acceptiren; die gestellten Bedingungen aber werde sie nicht

annehmen können, weil dies nichts anderes sein würde, als einen Besitz mit allen seinen Lasten antreten und gleichzeitig sich in der Verfügung darüber die Hände binden. Diesen Unklarheiten gegenüber müsse er den reglementarischen Antrag stellen, die Beschlussfassung über diesen Gegenstand bis zur nächsten Versammlung auszusetzen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari, im Uebrigen mit dem Commissionsantrage einverstanden, wünscht nur dessen Fassung in einem Puncte modificirt zu sehen. Wenn man nämlich jede wesentliche Veränderung an den Canälen von der Genehmigung der städtischen Behörden abhängig gemacht wissen wollte, so würde allerdings zu fürchten sein, daß die Landesregierung auf diese Bedingung nicht eingehen werde, weil es sehr fraglich, was als wesentliche Veränderung zu betrachten und inwieweit somit die Herzogliche Landesregierung an die Einwilligung der städtischen Behörden gebunden. Daher werde sich die Beseitigung des bezüglichen Passus empfehlen, wodurch denn auch das Bedenken des Herrn Graf Wrisberg zu erledigen sein dürfte. Die Möglichkeit einer Einrede der städtischen Behörden in den Fällen, wo etwa ein Canalbett seiner ursprünglichen Bestimmung entzogen würde — eine Bedingung, auf welcher städtischerseits allerdings unter allen Umständen gehalten werden müsse — könne weniger Bedenken erregen. Was gütliche Verhandlungen in dieser Sache überhaupt wünschenswerth erscheinen lassen, sei die Unklarheit der in Betracht kommenden Verhältnisse. Auch nach Uebergabe der Stadt, und namentlich in Verlauf der späteren Fortificationsarbeiten, seien mancherlei Veränderungen an den Canälen vorgenommen, so daß es im Einzelnen schwer nachzuweisen sein würde, welche Strecken auf Kosten der Stadt, welche auf Kosten der Regierung angelegt sind. Jedenfalls sei letztere einstweilen im Besitz, der Proceß hierüber würde also mindestens sehr langwierig werden. Was übrigens die Arbeiten betreffe, deren eventuelle Einstellung Herzogliches Staatsministerium angedroht habe, so seien dies nicht solche, zu deren Uebernahme bestehende Verträge die Landesregierung verpflichten, sondern Canalisirungen und sonstige Arbeiten, deren Erledigung im Interesse der Stadt sehr wünschenswerth.

Der reglementarische Antrag des Herrn Grafen Görk-Wrisberg wird abgelehnt.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß die Commission bei ihren Clauseln allerdings nicht ausschließlich an solche Eventualitäten gedacht habe, durch welche die Afercanäle ihrer ursprünglichen Bestimmung entzogen werden könnten.

Herr Graf Görk-Wrisberg bedauert, daß hiernach die eigentliche Absicht des Commissionsantrages dunkel und folglich die Vorlage eines bestimmter formulirten Antrags wünschenswerth bleibe.

Herr Lucius. Die Commission selbst habe die Fassung ihres Antrages nicht

festgestellt, diese vielmehr dem Referenten überlassen. Ihre Meinung aber sei allerdings gewesen, einen Vorbehalt dahin geltend zu machen, daß wesentliche Veränderungen an den Okerkanälen nicht ohne Zustimmung der städtischen Behörden angeordnet werden dürften.

Herr Schöttler kann dem Verzicht auf die fraglichen Rechtsansprüche um so eher beistimmen, als nach dem Gutachten des Oberbauraths Hobrecht die Okerkanäle für ein künftiges Canalisirungsunternehmen ganz ohne Werth sein würden. Das Interesse der Anlieger aber werde hinlänglich gesichert sein, wenn man bis dahin einer solchen Umgestaltung der Canäle, welche sie ihrer ursprünglichen Bestimmung entfremden würde, vorbeuge.

Herr Graf Görz-Brisberg erklärt, daß er kein Bedenken trage, den nach dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters modificirten Commissionsanträgen beizustimmen.

Auch Herr Lucius ist mit dieser Fassung einverstanden, und werden sonach die Commissionsanträge in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Nach Feststellung der Tagesordnung

VII. ist ein Schreiben des Magistrates eingegangen, laut dessen der hiesige Handwerkerverein, welchem in den Jahren 1869 und 1870 eine Beihilfe von je 50 ₡ aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde bewilligt war, abermals um eine solche von 100 ₡ gebeten und diese Bitte damit motivirt hat, daß der zunehmende Umfang des Vereins eine Vermehrung seiner Lehrkräfte nöthig mache, eben so auch eine Erhöhung der Lehrerhonorare unvermeidlich geworden und andererseits in Folge des Krieges mancher Ausfall an seinen Mitteln eingetreten sei. Bei aller Anerkennung für die Tendenz und praktische Wirksamkeit des Vereins trägt der Magistrat doch Bedenken, auf das Gesuch in seinem ganzen Umfange einzugehen, da derlei einmalige Bewilligungen erfahrungsmäßig leicht den Character dauernder Zuschüsse annehmen, und solche die gedachte Kasse nicht auf sich nehmen könnte. Demnach beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß dem Handwerkervereine nochmals eine Beihilfe von 50 ₡ aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde gewährt werde.

Seitens der Finanz-Commission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, empfohlen, wird diese Bewilligung von der Versammlung ausgesprochen.

Schließlich

VIII. berichtet namens der Finanzcommission Herr Götte über einen Antrag, den zu dem Hause A 1959 auf dem Bohlwege gehörigen Abfindungsplan aus der

der Stadt zustehenden ersten Hypothek zu entlassen. Dem Vorschlage des Magistrats und der Commission entsprechend,
spricht sich die Versammlung für Gewährung desselben aus,
worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden eine Anzahl Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 31. Mai 1871.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Jasper, Kellner, Rimpau, Bieweg.

Bei Beginn der Sitzung erinnert der Herr Vorsitzende an Herrn Dverlach, dessen Tod seit der letzten Zusammenkunft abermals eine Lücke in die Reihen der Versammlung gerissen. Wie der Verewigte, seit ihn das Vertrauen seiner Mitbürger an diese Stelle berufen, mit Hingabe und einsichtsvollem Rathe an den Arbeiten der Versammlung theilgenommen, so werde diese sein Andenken fort und fort in Ehren halten.

Die Versammlung bekräftigt dies, indem sie, der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden folgend, sich von den Sitzen erhebt.

Zur Genehmigung liegen die Protocolle vom 23. Februar und 30. März vor.

Herr Bock beschwert sich, daß sein am 23. Februar bei Gelegenheit der Verhandlungen über den Betrieb des Gaswerks schriftlich eingebrachter Antrag nur in sehr verkürzter Form, so daß namentlich seine Motivirung nicht zu voller Geltung gelangen könne, in das Protocol aufgenommen sei.

Der Herr Vorsitzende hält dem entgegen, daß es bisher nicht üblich gewesen, die Aeußerungen der Mitglieder in extenso wiederzugeben, hiervon aber in dem vorliegenden Falle um so eher Abstand genommen werden konnte, als die moti-

virenden Betrachtungen bei den einzelnen Punkten des Antrags selbst recapitulirt seien.

Der Herr Vorsikende stellt übrigens den Wunsch des Herrn Bock, die weggelassenen Ausführungen seines Antrags nachträglich in dem Protocolle mitzutheilen, zur Entscheidung der Versammlung, welche sich durch Abstimmung gegen denselben ausspricht.

Herr Flagge erbittet das Wort, um eine Angelegenheit zur Sprache zu bringen, welche die Aufmerksamkeit der städtischen Behörden in hohem Grade zu verdienen scheine. Wie bekannt, seien die meisten Kirchhöfe unserer Stadt allmählig unzureichend geworden, und werde daher gegenwärtig von mehreren Kirchengemeinden auf die Anlage neuer Begräbnißplätze Bedacht genommen. Lasse man aber der Sache ihren Lauf, so dürfte es bei der steten Zunahme der Einwohnerschaft Braunschweigs leicht dahin kommen, daß nach wenigen Jahrzehnten zwanzig und mehr neue Friedhöfe entstanden wären, und zwar alle, ebenso wie die bereits vorhandenen, inmitten oder in nächster Nachbarschaft bewohnter Grundstücke. Daß dies schon aus Sanitätsrückichten eine wirkliche Calamität sein würde, liege auf der Hand; derselben vorzubeugen stellt Herr Flagge den Antrag:

die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dahin zu wirken, daß für sämtliche Kirchengemeinden hiesiger Stadt ein gemeinschaftlicher Begräbnißplatz in angemessener Entfernung von den bebauten Gärten der Stadt hergestellt werde.

Der Herr Vorsikende überweist diesen Antrag der Statutencommission.

Andererseits macht der Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung, daß der Magistrat bereits Veranlassung genommen habe, die hier berührte Frage bei sämtlichen Kirchenvorständen in Anregung zu bringen und die Ernennung einer Deputation vorzuschlagen, welche darüber mit dem Magistrate in Berathung trete. Durch diese Verhandlungen, deren Ergebnisse der Magistrat s. B. vorlegen werde, sei die Grundlage für weitere Beschlußfassung zu gewinnen; schon jetzt geeignete Vorschläge zu machen, dürfte auch die Versammlung schwerlich in der Lage sein.

Der Herr Vorsikende glaubt, daß es sich einstweilen allerdings nur um Ermittelungen hinsichtlich des Wünschenswerthen handle, eben solche aber sehr wohl neben den vom Magistrate angeregten Verhandlungen hergehen können.

Einen Ausspruch an dieser Stelle wünscht Herr Flagge schon deswegen, weil es von Wichtigkeit scheine, daß die Kirchenvorstände von den Wünschen der Versammlung unterrichtet werden.

Herr Reuter beantragt, auch die Frage wegen Errichtung eines Leichenhauses in den Kreis der Erwägung zu ziehen, welchen Antrag der Herr Vorsikende ebenfalls der Statutencommission überweist.

Hierauf trägt Herr Göt te vor: Nachdem durch den Landtagsabschied von 1867 über die Amortisation der Landesschulden Bestimmung getroffen, welche mit ausdrücklichen Worten als feste und unwiderrufliche bezeichnet worden, müsse jede Aenderung in dieser Sache dem schlichten Menschenverstande für unzulässig gelten. Daß aber die entgegengesetzte Auffassung nicht ausgeschlossen sei, beweise die allbekannte der jezt tagenden Landesversammlung zugegangene Regierungsvorlage. Da von den hiernach beabsichtigten Maßregeln in erster Linie Cautionen, Stiftungsvermögen und Pupillengelder würden betroffen werden, so erscheine es als eine Pflicht der städtischen Behörden, die Frage in Erwägung zu ziehen, wieweit die mit seltener Bestimmtheit auftretende Befürchtung begründet, daß dadurch die Interessen der Inhaber von Landesschuldverschreibungen eine schwere Schädigung erleiden würden. Demnach stellt Herr Göt te den Antrag:

die Versammlung wolle eine Commission wählen, welche diese Angelegenheit unverzüglich einer genauen Prüfung unterziehe und über deren Resultate baldmöglichst Bericht erstatten.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß er, wie selbstverständlich, gegen einen solchen Beschluß im mindesten nichts einzuwenden habe, daß aber nach einer am heutigen Tage ihm zugegangenen Mittheilung das Herzogl. Staatsministerium die fragliche Proposition zurückzuziehen entschlossen sei —

eine Eröffnung, welche von der Versammlung mit lautem Beifall entgegengenommen wird,

und nach welcher Herr Göt te seinen Antrag für erledigt hält.

Es folgt, der Tagesordnung gemäß,

I. von Herrn Graf Görk-Brisberg erstattet der Bericht der Statutencommission über den vom Magistrate unterm 2. April empfohlenen Plan einer Straßenanlage vor dem Steinhore.

Es wünscht nämlich der Commerzienrath v. Voigtländer als Eigenthümer eines Complexes von Grundstücken östlich und westlich der Helmstedter Straße dieselben parcellirt als Baustellen zu verkaufen und zu dem Ende über dies Terrain verschiedene neue Straßen zu führen. Mit dem nach § 25 des Stadterweiterungsstatuts eingereichten Plane ist das Stadtbauamt im wesentlichen einverstanden, auch über die von dem Stadtbaumeister aufgestellten und vom Magistrate im Interesse der Stadt in einigen Punkten verschärften Bedingungen ein Einvernehmen mit dem Unternehmer bereits erzielt. In Erwägung, daß durch die Ausführung des Projectes eine erhebliche Anzahl wohlgelegener Bauplätze in einer gesunden und an Wichtigkeit für den Verkehr namentlich durch die bevorstehende Ausdehnung der hiesigen Eisenbahnetablissemens stets zunehmenden Gegend geschaffen würden, glaubt

der Magistrat die Genehmigung desselben dringend befürworten zu müssen. Die Commission, über das Project an sich durchaus derselben Meinung, hat gleichwohl in der in Betreff der Ausführung vorgeschlagenen Bestimmung Anlaß zu zweierlei Bedenken gefunden. Wenn einmal der Magistrat in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte für eine der projectirten Straßen eine Breite von nur $2\frac{1}{2}$ Ruthen zu gestatten geneigt ist, und zwar mit Rücksicht darauf, daß dieselbe zu einem Theile über ein fremdes Grundstück zu führen ist, dessen Eigenthümer sich zu einer Abtretung wie sie erforderlich sein würde, um die statutenmäßige Minimalbreite von 3 Ruthen herzustellen, schwerlich verstehen dürfte: so hat die Commission diese Schwierigkeit nicht für so erheblich halten können, um ihretwegen eine Abweichung von dem Statute zu rechtfertigen, zumal da der fehlende Raum an der gegenüberliegenden Seite von dem Grund und Boden des Unternehmers zur Straße gelegt werden kann, ohne die verbleibenden Baustellen an der erforderlichen Tiefe zu schädigen. — Ein zweites Bedenken trifft die Eintheilung der projectirten Straßen. Magistrat und Stadtbauamt wünschen in allen 16' zur Fahrbahn und 6' zu den Gassen, zu den Fußwegen aber in den Straßen von 3 Ruthen Breite 13', in der von $2\frac{1}{2}$ Ruthen 9' auf jeder Seite gelegt zu sehen. Die Commission hingegen hält neben der Fahrbahn auch einen Sommerweg von 8' für wünschenswerth, wonach denn für die Fußwege in den breiteren Straßen nur 9', in der einen engeren 5' übrig sein würde. Die hierüber mit dem Stadtbauamte gepflogenen Verhandlungen haben zu einem Ausgleich noch nicht geführt, indem letzteres die Ansicht aufrecht erhält, daß Sommerwege bei dem voraussichtlich nie sehr frequenten Wagenverkehr in diesen Straßen nicht erforderlich, wohl aber breitere und mit Bäumen zu besetzende Fußwege dem Interesse der Anwohner sehr entsprechen würden.

Ueber diese Punkte zunächst wird auf Antrag des Herrn Referenten die Discussion eröffnet.

Hinsichtlich des erstern bemerkt der Herr Oberbürgermeister Caspari: Das Stadtbauamt sei bei Zulassung der Straßenbreite von $2\frac{1}{2}$ Ruthen davon ausgegangen, daß die betreffende Straße Fortsetzung einer andern, welche ebenfalls nicht breiter ist, diese also, wenn jene in größerer Breite angelegt würde, gleichfalls erweitert werden müsse, was sich schon deswegen nicht empfehlen dürfte, weil es sich immer nur um eine Strecke von geringerer Bedeutung handle. Da nun, wie die Dinge liegen, durch eine strenge Anwendung des Statuts leicht das ganze Project in Frage gestellt werden könnte, so müsse er anheimgeben, daß nicht ohne Weiteres in diesem Sinne Beschluß gefaßt, sondern dem Magistrat Auftrag gegeben werde, erst noch einmal mit dem Unternehmer ins Vernehmen zu treten, ob die statutenmäßige Breite nicht doch ohne allzugroße Schwierigkeit sich erzielen lasse.

Gegen jene Rücksicht des Stadtbauamtes macht Herr Graf Görh-Wrisberg

geltend, daß es kein großer Nachtheil sein würde, wenn der in Frage stehende Weg an seinem einen Ende 3, an dem andern $2\frac{1}{2}$ Ruthen breit würde.

Herr Schöttler weist an der Hand des Situationsplans nach, daß ein berechtigter Grund, die Straße auf $2\frac{1}{2}$ Ruthen einzuengen, nicht vorliege, da die anstoßenden v. Voigtländer'schen Grundstücke sehr wohl noch acht Fuß zur Straße abgeben können, ohne dadurch selbst auf die geringere Tiefe beschränkt zu werden, welche der Plan bei einigen anderen Grundstücken ausweist.

Der Herr Vorsitzende macht aufmerksam, daß der vorgeschlagene Ausweg deswegen unpraktikabel erscheinen dürfte, weil dabei der Wegbruch eines vorhandenen Hauses nicht zu vermeiden sein würde.

Herr Schöttler wendet ein, daß diese Schwierigkeit sich umgehen lasse, indem dem gedachten Hause gegenüber der erforderliche Raum der Straße auf der andern Seite zugelegt werde.

Nachdem Herr Flagge noch darauf hingewiesen, wie bedenklich es sein würde, wenn die Versammlung die Hand bieten wollte, gegen ein von ihr selbst beschlossenes Statut Bestimmungen zu treffen,

beschließt die Versammlung, dem Commissionsantrage gemäß, eine Straße von $2\frac{1}{2}$ Ruthen Breite nicht zuzulassen.

In Betreff der Eintheilung des Straßenraumes führt Herr Schöttler aus, daß eine Fahrbahn von nur 16' Breite bei irgend frequentem Wagenverkehr unfehlbar zur Ruinirung der Gassen ausschlagen müßte, die Stadt also, wenn sie über kurz oder lang diese Straße übernehmen sollte, unverhältnißmäßig frühe und kostspielige Reparaturkosten würde zu tragen haben. Aus diesem Grunde habe sich ein Theil der Commission für die Anlage eines Sommerweges ausgesprochen, während von andrer Seite, in der Absicht, den Fußwegen möglichst wenig zu entziehen, der Vorschlag gemacht sei, den Sommerweg ausfallen zu lassen, die Fahrbahn aber auf 20' zu verbreitern und dann die hieraus erwachsenden Mehrkosten, welche sich für die in Betracht kommende Strecke auf 700 \mathfrak{M} belaufen, auf die Stadtkasse zu übernehmen. Diesem Vorschlage schließt Herr Schöttler sich an.

Herr Flagge erkennt eine derartige Abänderung der Magistratsvorlage nicht für angezeigt, da einmal der Wagenverkehr in dieser Gegend voraussichtlich nur ein sehr geringer sei, 16' Fahrbahn also hier mindestens ebenso wohl dem Bedürfniß genügen werde wie z. B. die 9' auf einer so frequenten Straße wie die Goslarsche; sodann aber auf alle Fälle auch Gassen mit den Hilfsmitteln der modernen Technik so hergestellt werden können, daß sie durch den Contact mit Fuhrwerk nicht so sehr leiden. Gegen Sommerwege vollends erhebe sich auch das Bedenken, daß sie vermöge ihres Staubes den Anwohnern ebenso lästig zu sein pflegen, wie breite Fußwege und Alleen angenehm.

Rücksichtlich des muthmaßlichen Wagenverkehrs hält Herr Götte andere Erwartungen für gerechtfertigt; jedenfalls werde es wohlgethan sein, auf ein größeres Bedürfniß Vorsehrung zu treffen.

Der gleichen Ansicht ist Herr Schöttler, welcher demnach auch daran erinnert, daß bei irgend lebhaftem Wagenverkehr die Unterhaltung einer 20' Fahrbahn billiger zu stehen kommen als die einer 16'.

Herr Overbürgermeister Caspari. Wenn die Versammlung auf den Vorschlag des Stadtbauamts nicht eingehe, so werde es zweckmäßig sein, sich für den Antrag Herrn Schöttlers zu entscheiden, da Sommerwege allerdings lästig und die Unterhaltung von 20' Fahrbahn nicht theurer als von 16'.

In diesem Sinne beschließt dann auch die Versammlung.

Der Herr Referent fährt hierauf mit dem Berichte über die Vorlage fort, deren übriger Inhalt zu keinerlei Bedenken Anlaß bietet und demnach ohne Discussion von der Versammlung genehmigt wird.

II. In einem Schreiben vom 28. April führt der Magistrat eine Reihe von Fällen vor, bei denen es zweifelhaft erscheint, ob das am 17. März beschlossene Statut, die Aufhebung des Einzugs gelbes für Aufnahme in die städtische Gemeindegemeinschaft auf dieselben Anwendung findet oder nicht. Um den Uebergang zu erleichtern, wird beantragt, auf Erhebung der gedachten Abgabe in allen diesen Fällen zu verzichten.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

III. Schließlich schreitet die Versammlung in Gemäßheit von § 5 des Reglements vom 31. December v. J., das Verfahren bei Veranlagung der Steuerpflichtigen betreffend, zur Bildung der Abschätzungscommissionen und zur Wahl von deren Beisitzern,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurde eine außerordentliche Unterstützung verwilligt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 22. Juni 1871.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Flagge, Meyer, Peters, Reidemeister, Rimpau, Bieweg.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er den mitanwesenden Herrn August Haake, welcher einer Mittheilung des Magistrats zufolge in dem am 17. Mai abgehaltenen Wahltermine an Stelle des verstorbenen Herrn Overlach für die Zeit bis Ende des Jahres 1876 zum Stadtverordneten gewählt ist, willkommen heißt und an den Arbeiten der Versammlung theilzunehmen ersucht.

Der Eintritt des Herrn Haake in die durch den Tod des Herrn Overlach unvollzählig gewordene Deputation für Steuerabschätzungen und Reclamationen wird, dem Antrage des Herrn Vorsitzenden gemäß, sofort genehmigt, die Ergänzung der Finanzcommission auf eine Wahl am Schlusse der Sitzung verstellt.

Nachdem hierauf das Protocoll der Sitzung am 11. Mai genehmigt, eröffnet Herr Oberbürgermeister Caspari, daß zuverlässigem Vernehmen nach die Rückkehr des Herzogl. Husarenregiments zugleich mit dem Einrücken des Königl. Preuss. Infanterieregiments N^o 67, welches ebenfalls in hiesiger Stadt garnisoniren werde, für künftigen Montag bevorstehe. Wie an allen übrigen Orten Deutschlands den von schwerer Kriegsarbeit heimkehrenden Kriegern Festlichkeiten veranstaltet worden, ebenso werde man auch hier ein solches Zeichen der Dankbarkeit und Theilnahme nicht wollen vermissen lassen und in erster Linie die städtischen Behörden

für berufen halten, dieser Gesinnung zu angemessenem Ausdruck zu verhelfen. Ohne darin etwa mit anderen größeren Städten rivalisiren zu wollen, sei der Magistrat seinerseits der Ansicht, daß man zunächst auf eine Ergögllichkeit für die Truppen selbst Bedacht zu nehmen habe. Herzogl. Landesregierung habe zu diesem Zwecke 1000 \mathfrak{R} zur Verfügung gestellt: aus städtischen Mitteln wünsche der Magistrat die Summe von 1500 \mathfrak{R} beisteuern zu dürfen. Außerdem werde beabsichtigt, die Straßen und Plätze, welche die einziehenden Truppen passiren werden, in passender Weise zu decoriren. Die Kosten dieser Veranstaltungen seien zum Voraus nicht anzuschlagen, jedenfalls werde der Magistrat dieselben wenn auch in anständiger Weise doch ohne übertriebenen Luxus treffen. Eine ordnungsmäßige Vorlage dieser Anträge sei bei der Kürze der für die Vorbereitungen übrigen Zeit unmöglich gewesen; indessen habe er Gelegenheit genommen, der Statutencommission bei ihrer gestrigen Sitzung die gleiche Eröffnung zu machen und so dieselbe zu einer Meinungsäußerung in den Stand zu setzen.

Namens der Commission giebt der Herr Vorsitzende die Erklärung ab, daß diese einen feierlichen Empfang der heimkehrenden Truppen ebenfalls für eine Ehrenpflicht halte, die angeforderte Summe zweckentsprechend befinde und demgemäß den Antrag des Magistrats von ganzem Herzen empfehle.

Auf die Anfrage des Herrn Solmig: ob an den beabsichtigten Festlichkeiten nicht auch die gleichzeitig heimkehrenden Reservisten des hiesigen Infanterieregiments theilnehmen werden?

bemerkt der Herr Vorsitzende, daß hierauf allerdings Bedacht genommen sei, indem an sie die Einladung ergangen, sich dem Festzuge mit dem Kreislandwehrvereine anzuschließen.

Herr Götte stellt den Antrag: daß jedem heimgekehrten Braunschweiger, der vor dem Feinde gestanden, für den Tag des Truppeneinzuges eine Beihilfe an Geld aus städtischen Mitteln verabreicht werde.

Herr Schöttler. Eine Geldverwilligung werde sich immerhin empfehlen, und ausdrücklich wolle er sich gegen die Auffassung verwahren, als sei er für seine Person einer solchen abgeneigt. Gleichwohl müsse er daran erinnern, daß den Braunschweigischen Truppen insgesammt bereits eine durch Sammlungen aufgebrachte Gratification zu Theil geworden sei, von einer Zurücksetzung derselben also auch in dem Falle keine Rede sein könnte, wenn etwa diesmal von einer solchen Vergünstigung müßte abgesehen werden.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari berichtigt die Auffassung, als seien die angeforderten Gelder zu einer Vertheilung bestimmt. Die Absicht gehe vielmehr dahin, ein Tanzvergnügen womöglich mit Bewirthung zu veranstalten, und zwar durch Vermittlung der Truppencommandos, da nach früheren Erfahrungen wenn etwa

seitens der Stadt selbst das Erforderliche angeordnet würde, keine Vorkehrung möglich wäre, daß das Gewährte auch wirklich den Truppen zu statten käme. Eine Betheiligung der Reservisten werde sich ohne Zweifel durch Uebereinkunft mit den Truppencommandos ermöglichen lassen; hingegen müsse eine besondere Verwilligung für sie schon deshalb unthunlich erscheinen, weil dieselbe für den Einzelnen natürlich nur eine kleine Summe ergeben könnte, und, da unter diesen Umständen an eine Einladung der auswärtigen Reservisten nicht zu denken wäre, die Vergünstigung wieder auf die Stadtkinder beschränkt bleiben würde. Zu bedenken sei übrigens auch, daß unter die Braunschw. Truppen, wie der Herr Vorredner ganz richtig bemerkt habe, schon nicht unerhebliche Summen vertheilt seien, darunter 10,000 fl , welche zu diesem Zwecke durch Beschluß der Landesversammlung aus der Hauptfinanczasse verwilligt worden. Nach dem allen dürfe er bitten, es bei den beantragten Verwilligungen bewenden zu lassen.

Herr Reuter. Auch in dem Committee für Extraverpflegung der durchmarschierenden Truppen sei die vorliegende Frage zur Sprache gekommen, dabei aber geltend gemacht, daß von den 1864 Reservisten, um die es sich handle, nur etwa der fünfte Theil in Braunschweig heimisch sei, die übrigen aber so rasch als möglich ihrer Heimath zueilen werden, und daß sie jedenfalls, da sie schon in Frankreich entlassen, ohne Waffen und meist in Civilkleidern sein werden, als Truppenkörper also sich nicht am Einzuge betheiligen könnten. Für die am Einzugstage hier Anwesenden aber werde man allerdings etwas thun müssen, sei es auf dem durch den Herrn Oberbürgermeister angedeuteten Wege, oder indem man dem Kreislandwehverein für Veranstaltung einer Festlichkeit die Mittel gewähre. Auf jeden Fall werde es sich empfehlen, die angeforderten Gelder entsprechend, etwa um 300 fl , zu erhöhen.

Gegen eine bestimmte Mehrverwilligung sprechen sich der Herr Vorsitzende und der Herr Oberbürgermeister Caspary aus, da der Magistrat, zumal nach den hier kundgegebenen Auffassungen, eine Ueberschreitung der verwilligten Summen nöthigenfalls ohne Bedenken würde auf sich nehmen können — eine Eventualität, welche ebenso auch dann eintreten würde, wenn sich etwa die Gelegenheit bieten sollte, den Officieren der einrückenden Truppen und den etwa vom Generalcommando zu Hannover herüber kommenden Officieren einen festlichen Empfang zu bereiten.

In der von dem Herrn Vorsitzenden beantragten Formulirung beschließt hierauf die Versammlung:

- 1) die angeforderten 1500 fl zur Verfügung zu stellen,
- 2) falls den Braunschweigischen Reservisten die Theilnahme an den zu veranstaltenden Festlichkeiten ermöglicht werden könnte, eine etwaige Ueberschrei-

tung dieses Betrages zum Voraus gutzuheissen, andernfalls aber denselben bis auf 1800 \mathfrak{M} zu erhöhen,
 B) die Decorationskosten zu verwilligen.

Hierauf, der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Schulcommission Herr Leo, daß nach einem Magistratschreiben vom 18. v. M. das neue Bürger Schulhaus an der Friesenstraße zu Michaelis d. J. wird in Benutzung zu nehmen sein, zuvor aber noch für das Schulinventar zu sorgen und verschiedene Nebenarbeiten vorzunehmen sind. Die Kosten hierfür werden sich nach dem Anschlage auf 12110 \mathfrak{M} belaufen: 1510 \mathfrak{M} mehr als im Voranschlage vom 7. Febr. 1869 angesetzt war, eine Ueberschreitung, welche sich durch höhere Aufwendungen für das Inventar, für Instandsetzung des Hof- und Spielplatzes, sowie für Einfriedigungen genügend rechtfertigen, weswegen der Magistrat um Genehmigung der Anschläge und um Verwilligung der Bekker bittet.

Ebenso seitens der Commission dringend empfohlen, wird dieser Antrag von der Versammlung genehmigt.

Desgleichen

II. wird einem Antrage des Magistrats vom 28. v. M. gemäß und nach dem Berichte des Herrn Leo als Referenten der Schulcommission dem Gemeindefchullehrer Bohm die auf Grund seiner geschwächten Gesundheit nachgesuchte Pensionirung unter Anerkennung seiner mehr als dreißigjährigen treuen Amtsführung verwilligt.

III. Nach einem Berichte des Schuldirectors Friedrichs ist es bei der wachsenden Zahl der Gemeindefchullehrer nicht mehr möglich, Aushülfe bei Erkrankungen fallen durch die beiden Seminaristen zweiter Klasse zu beschaffen, welche bis jetzt zu diesem Zwecke angestellt sind. Dem hierauf gegründeten Antrage, fernere zwei Seminaristen als Aushülfslehrer anzustellen und mit je 180 \mathfrak{M} jährlich aus der Gemeindefchulkasse zu remuneriren, wird vom Schulvorstande, vom Magistrate und ebenso von der Schulcommission, für welche Herr Leo berichtet, dringend befürwortet,

und demnach auch von der Versammlung genehmigt.

Ferner

IV. berichtet namens der Statutencommission Herr Lucius über den Erfolg der Verhandlungen, in welche der Magistrat mit Herzogl. Staatsministerium auf Grund des Beschlusses vom 30. März d. J. eingetreten ist:
 auf Eigenthums- oder sonstige dingliche Rechte an den Mercanälen zu

Gunsten Herzogl. Landesregierung Verzicht zu leisten unter der Bedingung, daß zu solchen Dispositionen, durch welche dieselben ihrer ursprünglichen Bestimmung würden entzogen werden, die Genehmigung der städtischen Behörden erforderlich bleibe.

Der Herr Referent erinnert daran, daß bei dieser Angelegenheit theils der Werth des Areals der Canäle, theils das Dispositionsrecht an denselben in Betracht zu ziehen gewesen. Ersterer, von Sachverständigen auf mehr als 27,000 fl veranschlagt, werde von anderer Seite zwar bedeutend niedriger taxirt; diese Meinung aber ohne weiteres als maßgebend gelten zu lassen, müsse um so bedenklicher erscheinen, je augenfälliger sich gerade in neuester Zeit an naheliegenden Beispielen — man werde sich erinnern, wie die Harzer Hüttenwerke zu einem Preise losgeschlagen worden, welchen die Käufer, glaubhaftem Vernehmen nach, hinterher allein durch das Material und Inventar gedeckt fanden — exemplificirt habe, welcher ungeahnten Werth dergleichen Objecte in rechter Hand gewinnen können. Wenn sich die Stadt gleichwohl zum Verzicht bereit gezeigt, so werde jener eine Vorbehalt, an welchem nach dem Beschlusse der Versammlung dies Zugeständniß geknüpft war, gewiß nur für äußerst mäßig und billig erachtet werden können. Dessen ungeachtet und wider alles Erwarten seien diese Vorschläge von Herzogl. Staatsministerium abgelehnt worden.

Der Herr Referent theilt das bezügliche Rescript in extenso mit. Es wird darin ausgeführt, daß eine gänzliche Beseitigung der Canäle entweder gar nicht oder doch nur in Ausnahmefällen eintreten und dann selbstverständlich auch für Abzug des Himmels- und Schmutzwassers zu sorgen sein werde, daß vielmehr die Canäle in der Regel nur werden verdeckt oder verengt und so ein Terrain zwischen den Ufern oder an beiden Seiten desselben werde gewonnen werden. So wenig aber Herzogl. Landesregierung sich die Disposition über das so durch Aufwendung von Staatsmitteln gewonnene Terrain könne entziehen lassen, ebenso wenig könne sie ihre Dispositionen über das durch gänzliche Beseitigung von Canälen freigelegte Terrain von einer Genehmigung der städtischen Behörden abhängig werden lassen, obgleich sie andererseits immer bereit sein werde, deren berechtigten Wünschen geeignete Berücksichtigung widerfahren zu lassen. Herzogl. Staatsministerium spricht schließlich die Hoffnung aus, daß hiernach die Stadtverordneten jene Verzichtbedingungen fallen lassen und die Landesregierung nicht in die Lage versetzt werden, die Regulierungsarbeiten an den Canälen bis zur Erledigung der ohne zureichenden Grund hervorgerufenen Differenz zu führen.

Der Magistrat, wennschon der Ueberzeugung, daß der beanstandete Vorbehalt keinen Nachtheil für staatliche Interessen involvire, hält nach diesen bestimmten Erklärungen eine nochmalige Vorstellung für vergeblich. Da hiernach die bisherigen

Intentionen der Versammlung sich nur im Wege eines langwierigen, kostspieligen und ungewissen Processes durchsetzen ließen, inzwischen aber und ebenso nach einem günstigen Ausgange desselben die Landesregierung nicht mehr geneigt sein würde, auf Verfüllung und Regulirung der Okeranäle Kosten zu verwenden, zugleich auch für alle berechtigten Wünsche rücksichtlich der künftigen Verwendung des Terrains eine billige Rücksichtnahme zugesagt sei: so giebt der Magistrat anheim, jene Bedingungen fallen zu lassen.

Einen andern Ausweg, berichtet weiter der Herr Referent, habe die Statutencommission ins Auge gefaßt. Durch den 1858 zwischen der Landesregierung und der Stadt geschlossenen Vergleich sei eine Reihe von Lasten, welche — wie dort ausdrücklich bemerkt worden — ihrer Natur nach zu den städtischen zu rechnen, auf die Staatskasse übernommen, darunter neben Beiträgen zu den Kosten für Pflasterung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen, für die Feuerpolizei, für das Armenschulwesen und die Armenverwaltung, die vollen Kosten für Erhaltung der Wallpromenade, für Bau und Erhaltung der Brücken, der Oker und der damit in Verbindung stehenden Canäle. Müße nun im Interesse einer kräftigen Entfaltung des communalen Lebens schon an sich für wünschenswerth gelten, diese Gegenstände insgesammt unter die ausschließliche Competenz der städtischen Behörden zu ziehen, so könne die gegenwärtige Differenz diesen Wunsch nur noch steigern; vielleicht aber werde sich damit zugleich eine passende Gelegenheit darbieten, diese wichtige Frage zur Entscheidung zu bringen. Nachdem die wesentlich communale Natur der bezeichneten Angelegenheiten im Vertrage selbst ausdrücklich anerkannt worden, werde Herzogliches Staatsministerium ein principiellcs Bedenken gegen deren Ueberlassung an die Stadt nicht haben können. Noch weniger dürfte bei der bekannten glücklichen Finanzlage des Landes die Ablösung der daraus bisher der Staatskasse zugefallenen Lasten auf Schwierigkeiten stoßen. Demnach gehe die übereinstimmende Meinung der Statutencommission dahin, daß es sich empfehlen werde, Vorschläge in diesem Sinne an Herzogl. Staatsministerium gelangen zu lassen. Hinsichtlich der zweckmäßigen Art und Weise dieses Vorgehens aber seien einander zwei Meinungen gegenübergetreten. Die Majorität der Commission schlage vor:

unter Vorbehalt der sonstigen namentlich in § 8 der Bauordnung vom 12. März 1863 der Stadtverwaltung verliehenen Rechte auf das Eigenthum an den Okeranälen zu Gunsten der Landesregierung Verzicht zu leisten, zugleich aber dem Magistrate anheimzugeben, mit dieser wegen Ablösung der ihr nach Art. 3, 4, 5, 6, 7 und 10 des Vertrages vom 10. August 1858 obliegenden Leistungen in Unterhandlung zu treten und dabei den Rückerwerb der Okeranäle für die Stadt im Auge zu behalten.

Die Minorität beantrage:

daß der Magistrat ersucht werde mit Herzogl. Landesregierung Verhandlungen der bezeichneten Art anzuknüpfen und derselben anheimzugeben, bis zu Erledigung dieser Verhandlungen die Frage wegen des Eigenthumsrechts an den Okeranälen in suspenso zu lassen.

Herr Graf Götz-Wrisberg motivirt das Majoritätsvotum. Ohne Zweifel würde es unbillig sein, das Ministerium als den Theil, welchem die Lasten der Okeranäle obliegen, in die Lage versetzen zu wollen, bei irgend welchen Dispositionen über dieselben die Zustimmung der städtischen Behörden einholen zu müssen. Mit dem Magistrate sei er daher der Ansicht, daß wenn die Versammlung bei ihren früheren Beschlüssen verharre, kein Ausgleich zu erzielen sei und nichts übrig bleiben werde als der Rechtsweg. Diesen aber zu beschreiten, werde immer für einigermaßen bedenklich gelten müssen, da die Eigenthumsfrage in diesem Falle eine sehr zweifelhafte sei. Allerdings stehe das Eigenthum an dem eigentlichen Flußbette ohne Zweifel dem Staate, das an den künstlichen Canälen ebenso gewiß der Stadt zu. Die Frage aber sei eben, welche Wasserläufe als das natürliche Flußbette, welche als Canäle anzusehen; und diese Frage werde keineswegs leicht zu entscheiden, der Ausgang eines Processes also jedenfalls zweifelhaft sein. Abgesehen hiervon aber: der Besitz der Canäle würde, wie schon bei den Commissionsverhandlungen ganz richtig bemerkt worden, ein Danaergeschenk sein, ein Besitz, dessen Werth die damit verbundenen Lasten schwerlich aufwiegen dürfte. Man rechne darauf, daß die Regierung geneigt sein werde, die Stadt für die Uebernahme dieser Lasten zu entschädigen. Wie aber wolle man eine derartige Entschädigung feststellen? Bei dem gänzlichen Mangel an gesetzlichen Normen hierfür würde dies nur durch freie Vereinbarung geschehen können, über Aufstellung der gegenseitigen Forderungen und Anerbietungen aber werde jedenfalls lange Zeit hingehen und ein schließliches Uebereinkommen doch nur schwer zu erzielen sein. Hinzu komme noch, daß ein nothwendiges Anhängsel der Oker die Neustadtmühle sei: wer die eine besitze müsse auch Herr der andern, oder stete Collisionen würden unvermeidlich sein. So würde man denn auch die Erwerbung der Neustadtmühle ins Auge fassen müssen, dabei aber um so größere Bedenken finden, als diese Mühle mit Recht oder Unrecht dafür gelte, die 70,000 \mathfrak{R} , welche sie gekostet, wirklich mit 5 % zu verzinsen — ein Preis, für welchen die städtischen Behörden sie zu übernehmen schwerlich geneigt sein würden. Unter diesen Umständen müsse Redner für das zweckmäßigste erachten, dem Antrage des Magistrats entsprechend ohne allen Vorbehalt auf das Eigenthumsrecht an den Canälen zu verzichten. Könne die Gelegenheit benützt werden, um durch Verhandlungen, wie in den Commissionsanträgen ins Auge gefaßt worden, mit den Okeranälen alle übrigen dem Staate

überwiesenen städtischen Angelegenheiten wieder in die Hand zu bekommen, so werde dies allerdings ein Vortheil sein, welchen er im Hinblick auf die Unzuverlässigkeiten des gegenwärtigen Verhältnisses namentlich in Betreff der Straßenpflasterung keineswegs gering anschlage.

Herr Schöttler schließt sich ebenfalls den Majoritätsvotum an. Sei auch nicht zu verkennen, daß die Regierung von dem uneingeschränkten Dispositionsrechte an den Oftercanälen möglicherweise einen Gebrauch machen könne, welcher einzelnen Interessenten unliebsam, so werde doch eine wesentliche Schädigung der städtischen Interessenten nicht zu besorgen sein. Den Besitz der Oftercanäle halte auch er nicht für wünschenswerth. Dagegen scheine ihm die angeregte allgemeine Auseinandersetzung zwischen der Stadt und der Landesregierung so sehr im Interesse der Stadt zu liegen, daß er bei solcher auch den Besitz der Canäle gern mit in den Kauf nehmen würde, wenn durch dieses Zugeständniß der Landesregierung die Ablösung der übrigen bezeichneten Obliegenheiten etwa erleichtert werden könnte; doch würde er es vorziehen, wenn davon die Oftercanäle könnten ausgeschlossen bleiben.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Er habe gewünscht und gehofft, daß Herzogl. Staatsministerium die diesseits ausbedungene Erklärung abgeben werde, welche allerdings ganz unbedenklich zu sein scheine, da die Zustimmung der städtischen Behörden nur bei Beseitigung und Verlegung von Canälen in Betracht gekommen, in allen anderen Fällen dagegen, und namentlich bei Verschmälerung derselben nicht erforderlich gewesen wäre. Tiefer Auffassung bei den Mitgliedern des Herzogl. Staatsministeriums Eingang zu verschaffen, und namentlich der Besorgniß zu begegnen, als werde jener Vorbehalt ein Keim steter Differenzen sein, habe er sich auch privatim bemüht, allein vergeblich, und nach den ihm gewordenen Mittheilungen müsse er annehmen, daß eine nochmalige amtliche Vorstellung ebenso wenig fruchten werde. Andererseits sei dann zu erwägen, daß ein unbedingter Verzicht in der That keinem wesentlichen Interesse der Stadt widerstreite. Für die künftige Entwässerung der Stadt seien die Canäle nach dem Gutachten aller Sachverständigen ohne jede Bedeutung, der Geldwerth des etwa zu gewinnenden Areals mit 27000 \mathfrak{f} viel zu hoch veranschlagt, was sofort einkuchten werde, wenn man erwäge, daß das Terrain meist nur an die Anlieger zu verkaufen und die vorausgehenden Regulierungskosten keinesfalls unbedeutend sein werden: im allgemeinen werde man sehr zufrieden sein können, wenn die Anlieger diese Kosten gegen Abtretung des entstehenden Terrains übernehmen mögen. So komme denn nur noch die Möglichkeit einer Benützung der Canäle zu neuen Straßenanlagen in Betracht. Daß vorkommenden Falls die Herzogl. Landesregierung eine den Bedürfnissen und Interessen der Stadt zuwiderlaufende Disposition treffen sollte, stehe in

keiner Weise zu befürchten. Bestehe man dennoch seitens der Stadt auf jenem Vorbehalte, so müsse man nach den vernommenen Erklärungen erwarten, daß die Regierung sich rücksichtlich der Ofercanäle streng nach dem Buchstaben des Vertrages von 1858 verhalten, also die Regulierungsarbeiten einstellen, die Absicht, das Terrain gewisser Canäle, z. B. die Strecke zwischen der Burgmühle und der Stecherstraße, zu einer Straßenanlage abzutreten, fallen lassen, endlich jede Verhandlung mit Anliegern, welche dergleichen Terrain für ihre Grundstücke zu erwerben wünschen, sistiren werde: Störungen, deren Nachtheile für die Stadt wie für einzelne Interessenten Niemand unterschätzen werde. Mit der Regierung wegen nachträglicher Abtretung der Canäle in Unterhandlung zu treten, werde der Magistrat gern bereit sein. Indessen werde diese Unterhandlung nicht so einfach und keinesfalls bis zum Zusammentritt des nächsten Landtages auch nur bis zur Formulirung bestimmter Anträge gediehen sein. Wenn es aber gelinge, die übrigen Angelegenheiten, welche der Commissionsantrag ins Auge fasse, wieder in die Hand der städtischen Behörden zu bringen, so werde man die Abtretung der Ofercanäle ebenfalls erwirken können. Freilich aber werde man mit den Canälen nicht auch zugleich die Verfügung über das Wasser erworben haben, die Wasserhoheit vielmehr bei der Regierung verbleiben, auch die Neustadtmühle also alle ihre jetzigen Befugnisse beibehalten und eine Aenderung hierin nur durch deren Erwerb zu ermöglichen sein, welchen auch der Magistrat für sehr mißlich halten müsse.

Der Herr Vorsitzende legt den Standpunkt der Minorität der Commission dar. Zweck ihres Votums sei, einen Ausweg aus der Zwangslage zu eröffnen, in welche die städtischen Behörden durch die seitens der Regierung gestellte Alternative versetzt seien, entweder auf das Eigenthumsrecht an den Canälen zu verzichten oder einen Stillstand aller Meliorationen des jetzigen unerträglichen Zustandes derselben zu gewärtigen. Die Minorität gehe dabei von der Zuversicht aus, daß man sich bis zur Erreichung eines Definitivums über Beibehaltung des gegenwärtigen Verhältnisses werde verständigen können. Andererseits glaube die Minorität fürchten zu müssen, daß auf dem von der Majorität empfohlenen Wege die Ofercanäle nicht wieder in den Besitz der Stadt kommen werden, in dieser Beziehung also die städtische Selbständigkeit nicht werde herzustellen sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Allerdings würde durch Annahme des Minoritätsvotums nicht sofort die Anstrengung eines Processes nothwendig werden. Noch weniger aber sei zu erwarten, daß die Regierung in die längere Beibehaltung eines Rechtszustandes willigen werde, welcher Situationen herbeiführen könne, wie sie beim Verkauf des Mauerngrabens stattgefunden, wo bekanntlich die Verlassung nur dadurch zu ermöglichen war, daß die Stadt die erlassenen Edictalien ohne Anmeldung ihrer Ansprüche vorübergehen ließ.

Es wird hiernach zur Abstimmung geschritten und der Majoritätsantrag von der Versammlung angenommen.

V. Nach Beschluß vom 30. März d. J. hatte die Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, bei Herzogl. Polizeidirection dahin wirken zu wollen, daß

- 1) mit den Trichinenuntersuchungen in hiesiger Stadt unter Vermehrung der Bezirke eine größere Anzahl Sachverständiger als bisher, etwa 12, beauftragt werden,
- 2) auf Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Vornahme der Untersuchungen mit größter Strenge gehalten,
- 3) bei Auswahl der Sachverständigen eine Berücksichtigung der Thierärzte nicht ausgeschlossen werde.

Der Magistrat hat diese Anträge bei Herzoglicher Polizeidirection befürwortet, worauf diese mit einer ausführlichen Darlegung geantwortet hat, laut welcher die bestehenden Einrichtungen sich im Ganzen bisher außerordentlich bewährt haben, die namentlich zu Anfang sehr häufigen Beschwerden über verzögerte Untersuchung, welche jedesmal genau geprüft wurden, meist aber auf übertriebene Ansprüche des Publicum zurückzuführen waren, seit längeren Jahren nicht mehr vorgekommen sind. Die Polizeidirection schöpft hieraus die Ueberzeugung, daß gegenwärtig zwischen Aerzten und Interessenten ein allseitig befriedigender modus vivendi sich gebildet hat, und die jetzige Zahl der mit der Untersuchung betrauten Aerzte dem Bedürfnis entspricht. Eine mögliche Beschränkung dieser Zahl scheint im Interesse ordnungsmäßiger Controle sehr wünschenswerth; eine Vermehrung derselben wird keineswegs den gehofften Erfolg haben, in jedem beliebigen Augenblicke Jedermann einen Trichinenschauer zur Verfügung zu stellen. Gleichwohl ist die Polizeidirection einer solchen Vermehrung nicht durchaus abgeneigt, vorausgesetzt daß passende Personen zu finden. Eben hier aber liegt eine große Schwierigkeit. Wundärzte haben sich überhaupt noch nicht zur Trichinenschau gemeldet oder als qualificiert ausgewiesen. Von den Thierärzten sind einige durch ihre Landpraxis, andere — die Regimentsthierärzte — wegen ihrer Dienstgeschäfte nicht geeignet; von einem ist die Aufforderung, als Substitut die Trichinenschau vor den Thoren zu übernehmen, auf das Bestimmteste abgelehnt. Andererseits haben die Aerzte die Erklärung abgegeben, daß sie sich dieser Arbeit nur in Ausübung der ihnen obliegenden Sorge für die menschliche Gesundheit sowie im Interesse der Wissenschaft unterziehen, und zwar nichts dagegen hätten, wenn ihnen Thierärzte als Substituten beigegeben würden, daß sie sich umgekehrt aber niemals als Substituten der Thierärzte betrachten würden, um so weniger, als diese voraussichtlich oft durch ihre auswärtige Praxis behindert sein dürften

und dann vielleicht zu sehr unpassender Zeit deren Vertretung ihnen zur Last fallen würde. Bedarf hiernach die vorliegende Frage einer discreten Behandlung, wenn man nicht schließlich auf Sachverständige will angewiesen sein, welche die nöthigen Garantien nicht gewähren und das gerechte Vertrauen in die hier bestehenden Controleeinrichtungen aufrecht zu erhalten außer Stande sind: so glaubt andrerseits Herzogl. Polizeidirection auch die Ansicht genügend begründet zu haben, daß die befolgten Grundsätze einer wesentlichen Aenderung nicht bedürfen.

Der Magistrat giebt seinerseits ferner zu bedenken, daß nach dem Gesetze vom 15. März 1866 die zu treffenden Anordnungen unzweifelhaft Herzogl. Polizeidirection allein zustehen, Abänderungen gegen deren Willen nur im Wege der Beschwerde bei den vorgesetzten Behörden zu erreichen sein würden, wozu um so weniger Veranlassung vorzuliegen scheine, als die Zuverlässigkeit der Untersuchungen immer die Hauptsache bleibe, der gegenüber auch an sich nicht unbillige Wünsche Einzelner zurücktreten müssen, die Entscheidung aber über das was nothwendig vornehmlich der verantwortlichen und ausführenden Behörde überlassen bleiben müsse. Der Magistrat giebt demnach anheim, nach den vorgetragenen Erklärungen der Polizeidirection die Angelegenheit als erledigt anzusehen.

Die Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, hat mit Befriedigung vernommen, daß Herzogl. Polizeidirection die Frage wegen Vermehrung der Trichinenschauer prüfen will, die bestehenden Vorschriften mit Strenge handhabt und auf principieller Ausschließung der Thierärzte nicht besteht. In der Voraussetzung, daß dieselbe auch thatsächlich nicht eintreten wird, beantragt die Commission, die Mittheilungen des Magistrats ad acta zu nehmen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Eine Vorlage des Magistrates, die Anlage eines Centralfriedhofs und Leichenhauses betreffend, hat durch die Statutencommission noch nicht genügend zur Berathung vorbereitet werden können und wird deshalb zur nächsten Tagesordnung gestellt.

Nachdem schließlich an Stelle des verstorbenen Herrn Overlach in die Finanzcommission Herr Haake gewählt ist,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurden eine Reihe von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts sowie einige Steuererlassgesuche erledigt.

Berichtigung.

B e r i c h t i g u n g.

Das Datum des Protokolls **N** 4 ist nicht der 31, sondern der **11.** Mai.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 1. August 1871.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Jasper, Lucius, Peters, Quenstedt, Schöttler, Struck und Bieweg.

Nachdem das Protocoll der letzten Sitzung genehmigt ist, theilt

I. der Herr Vorsitzende mit, daß schon vor längerer Zeit der Statutencommission die Frage, ob die Aufhebung oder Beibehaltung der Bordelle in hiesiger Stadt im öffentlichen Interesse geboten erscheine, zur Prüfung überwiesen sei. Diese Prüfung sei jetzt nicht mehr erforderlich, da zufolge einer Zuschrift des Magistrats vom 11. v. Mts. nach einer Mittheilung der Herzoglichen Polizeidirection hieselbst die Herzogliche Oberstaats-Anwaltschaft in einem an Herzogliches Staatsministerium unterm 23. Juni d. J. erstatteten Berichte sich dahin geäußert habe, daß die Fortdauer der öffentlichen Prostitutionshäuser nach §. 180 des Reichsstrafgesetzbuches für unzulässig gehalten werden müsse, und die Herzogliche Oberstaats-Anwaltschaft nach §. 3 der Strafproceßordnung sich für verpflichtet erachte, dagegen einzuschreiten und davon nur einstweilen Abstand nehme, damit Uebergangs-Einrichtungen getroffen werden könnten. Zugleich sei in dem gedachten Magistratschreiben bemerkt, daß Herzogliche Polizeidirection durch Ministerialrescript vom 29. Juni d. J. angewiesen sei, sich über die Uebergangs Einrichtungen und überhaupt darüber zu äußern, welche Anordnungen und Maßregeln zu treffen resp. zu ergreifen seien, um den von

dem Oberstaats-Anwalte über die Nothwendigkeit der Unterdrückung der Vorbelle entwickelten Rechtsansichten zu entsprechen.

Hiernächst

II. weist der Herr Vorsitzende darauf hin, daß bei der bevorstehenden Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Communalsteuer für das Jahr 1872 das neue Reglement vom 31. December v. J. in Wirksamkeit trete, und fordert derselbe die zu diesem Zwecke gebildeten Deputationen zum Beginne ihrer Thätigkeit unter Berücksichtigung einiger vom Stadtmagistrate gemachten, auf die Ordnung dieses Geschäfts bezüglichen Mittheilungen auf.

Derselbe theilt sodann

III. mit, daß von dem Stadtmagistrate mit dem Hôtelbesitzer Christian Schrader in Betreff des von diesem erkauften Grundstücks, der Neue Hof genannt, unterm 28. v. Mts. ein notarieller Contract unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordneten abgeschlossen sei, welcher eine Abweichung von dem von den Stadtverordneten früher gefaßten Beschlusse enthalte. In der Sitzung am 28. April v. J. sei beschlossen worden, daß Seitens der Stadt dem p. Schrader verschiedene Leistungen bezüglich des gedachten Grundstücks zugesichert werden sollten, falls der p. Schrader den Durchgang auf diesem Grundstück von der Görtelinger- bis zur Breitenstraße in einer Breite von 16 Fuß der Stadt unentgeltlich zum Eigenthume abtrete. Der p. Schrader hat sich in einer Eingabe an den Stadtmagistrat vom 1. Juni d. J. zu solcher Eigenthumsabtretung bereit erklärt jedoch mit dem Vorbehalte, daß ihm gestattet werde, über den fr. Durchgang ein Glasdach und im Souterrain in der Mitte des Weges einen gewölbten Keller in einer Länge von 48 Fuß und in einer Breite von 30 Fuß im Lichten mindestens 10 Fuß tief unter der Oberfläche anlegen zu lassen.

Der Stadtmagistrat habe gegen diese Anlagen nichts zu erinnern gefunden, zugleich aber für zweckmäßig erachtet, daß dem p. Schrader das Eigenthum an dem Grund und Boden des fr. Durchganges belassen, von demselben dagegen der Stadtgemeinde an solchem Durchgange nicht nur eine Wegegerechtigkeit in vollem Umfange, sondern auch ein dingliches Recht für die Anlegung und Beibehaltung eines einfüßigen Plattenkanals und von Gas- und Wasserröhren bestellt werde. Diese Ordnung der Sache sei in dem notariellen Contracte vom 28. v. Mts. niedergelegt und von dem Stadtmagistrate beantragt, solchen Contract unter Modificirung des obgedachten Beschlusses zu genehmigen.

Nach Ansicht der Statutencommission werde die Passage weder durch die intendirte Vorrichtung eines Glasdaches über dem Durchgange, noch durch die beab-

sichtige Anlage eines Kellergewölbes unter demselben gefährdet, vorausgesetzt, daß das Kellergewölbe solide hergestellt werde, und würden durch den in Rede stehenden notariellen Contract vom 28. v. Mts. die Interessen der Stadt vollständig gewahrt; insbesondere entspreche die Constituirung der vorbemerkten Servituten dem vorliegenden Sachverhältnisse mehr, als die Erwerbung des Eigenthums an dem Durchgange Seitens der Stadt, welche letztere Ansicht auch von dem Beamten der Verlass- und Hypothekenabtheilung des hiesigen Herzoglichen Stadtgerichts getheilt wird. Die Statutencommission gebe daher anheim, die in dem erwähnten notariellen Contracte geschehene Ordnung der Sache zu adoptiren.

Die Versammlung genehmigt den Inhalt dieses Contracts und zwar auf Antrag des Herrn Graf Görz-Wrisberg mit dem Hinzufügen, daß ihrerseits nichts dagegen eingewendet werden solle, falls das Kellergewölbe weniger als 10 Fuß unter das Pflaster zu liegen komme, insofern dadurch nicht die Sicherheit der Passage beeinträchtigt und ebensowenig die Gas- und Wasserrohren-Anlage geschädigt werde.

IV. Herr Götte erstattet Namens der Finanzcommission Bericht über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 19. v. Mts., die Wegebau-Cassen-Rechnung und die Stadtcassen-Rechnung betreffend. Nach dem §. 16 des Statuts vom 20. November 1851, die Herstellung und Unterhaltung der Wege in der hiesigen Feldmark betreffend, sollen die Einnahmen der städtischen Wegebau-Casse unter Anderen in den nöthigen Zuschüssen aus der Stadtcasse behuf Unterhaltung eines zureichenden technischen Personals mit Einschluß der nöthigen Wegewärter bestehen, und seien demgemäß zuerst im Etat für das Jahr 1852 zur Deckung

1) der Remuneration für den Wegebaubeamten	120 ₰
2) der Büreaufkosten für denselben	30 ₰
3) der Remuneration zweier Wegewärter	240 ₰
3) unvorhergesehener Ausgaben	60 ₰
mithin überhaupt 450 ₰	

als Zuschuß zu der Wegebau-Casse in Ausgabe und in der Wegebau-Casse in Einnahme gestellt. Es sei derzeit dieser Ansaß von den Stadtverordneten genehmigt und unverändert beibehalten, obwohl die Remuneration des Wegebaubeamten erhöht worden, und statt zweier Wegewärter deren vier gegen Tagelohn angenommen seien, welcher unter den gewöhnlichen Wegebaufkosten berechnet würde. Nachdem in der neuesten Zeit zur Leitung der städtischen Wegebauten der Bahn-Calculator Deneke mit einem jährlichen Gehalte von 500 ₰, welcher unmittelbar aus der Stadtcasse gezahlt werde, engagirt worden, und auf den Antrag des Stadtmagistrats von den Stadtverordneten in der Sitzung vom 9. December 1869 beschlossen sei, daß das am Schlusse eines jeden Jahres vorhandene Deficit der städtischen Wegebau-Casse

jedes Mal aus der Stadtcasse gedeckt werden solle, diene es zur Vereinfachung der Rechnungsführung, wenn der Zuschuß von 450 \mathfrak{M} im Laufe des Jahres wegsalle, und die Frage, ob und was aus der Stadtcasse zugeschossen werden müsse, auf den Jahresabschluß verstellt und eintretenden Falls der Zuschuß am Schlusse des Jahres unter Eins geleistet werde. Da nach dem Vorfürhalten des Stadtmagistrats hierin eine Verletzung des obgedachten Statuts nicht zu finden sei, habe derselbe beantragt, sich einverstanden damit zu erklären,

daß der feste Zuschuß von 450 \mathfrak{M} zu der Wegebau-Casse unter den Ausgaben der Stadtcasse und unter den Einnahmen der Wegebau-casse künftig wegbleibe, und die Frage wegen des aus der Stadtcasse zu leistenden Zuschusses auf den jährlichen Abschluß der Wegebau-Rechnung verstellt bleibe.

Die Finanzcommission pflichte der Ansicht des Stadtmagistrats bei und empfehle den gestellten Antrag zur Annahme, worauf solcher von der Versammlung ohne Discussion genehmigt wird.

Hiernächst

V. berichtet Herr von Seckendorf Namens der Finanzcommission über einen Antrag des Stadtmagistrats, den Ausbau des sogenannten Fechtsaals in der Turnhalle betreffend. Bei der Regulirung der Verhältnisse der Turnhallen-Gesellschaft in den Jahren 1866 und 1867 habe die Stadt sich verbindlich gemacht, ein zur Vollendung des Baues und Befriedigung der Gläubiger noch anzuleihendes Capital von 6000 \mathfrak{M} mit 5 pc. zu verzinsen und mit 1 pc. zu amortisiren, während die Turnhallen-Gesellschaft sich verpflichtete, von den Einnahmen aus der Turnhalle die außerdem vorhandenen Hypothekschulden zu 8000 \mathfrak{M} zu verzinsen und zu amortisiren, auch die regelmäßigen Unterhaltungskosten zu tragen, außerordentliche Verwendungen aber nicht ohne Zustimmung des Stadtmagistrats und derjenigen Personen zu machen, welche zur Erfüllung der Verpflichtungen der Gesellschaft ein den Hypothekschulden nachstehendes Capital von 2500 \mathfrak{M} unverzinslich hergeliehen hätten. Auf die vorbemerkte Schuld von 6000 \mathfrak{M} seien inzwischen von der Stadt 300 \mathfrak{M} abgetragen, und sei die Turnhallen-Gesellschaft den ihr obliegenden Verbindlichkeiten gleichfalls nachgekommen, habe aber erhebliche Ueberschüsse nicht erzielt.

Von dem hiesigen Handwerkervereine sei nun an den Vorstand der Turnhallen-Gesellschaft das Ansuchen gestellt, ihm den sogenannten Fechtsaal in der Turnhalle, nachdem solcher heizbar gemacht worden, zur Abhaltung der regelmäßigen Unterrichtsstunden im Handwerkervereine gegen eine jährliche Miete von 120 \mathfrak{M} zunächst auf 5 Jahre zu überlassen. Der Vorstand der Turnhallen-Gesellschaft habe sich be-

reit erklärt, auf diese Offerte einzugehen, wenn ihm zu den auf 662 fl 22 gr 6 d veranschlagten Kosten aus der Stadtcasse 500 fl gegen eine Verzinsung von 4 pc. vorgeliehen würden, da die Gesellschaft nur zur Bestreitung des Restes der Kosten aus eigenen Ueberschüssen im Stande sei, habe versprochen, auf das Capital einen jährlichen Abtrag von 70 fl zu leisten, so lange der Vertrag mit dem Handwerkervereine dauere, und zugleich um Ertheilung der Genehmigung zu der projectirten Anlage selbst gebeten. Für die Stadt liege kein Grund vor, diese Anlage zu beanstanden, da durch dieselbe der Werth und die Nutzbarkeit der Turnhalle nur gewinne. Andererseits handele es sich, da durch den Abschluß eines fünfjährigen Contracts mit dem Handwerkervereine die Rückzahlung von 350 fl auf das Capital gesichert sei, für die Stadt nur um ein Risiko von 150 fl . Dasselbe werde von ihr, nach dem Dazurhalten des Stadtmagistrats, mit Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit des Handwerkervereins, für welchen die Erlangung eines guten Unterrichtslocals eine Lebensfrage sei, um so eher übernommen werden können, als es wahrscheinlich sei, daß der gedachte Verein und die Turnhallen-Gesellschaft nach 5 Jahren noch bestehen, und alsdann auch die Rückzahlung des Restcapitals zu gewärtigen stehe. Die Finanzcommission halte es unter diesen Umständen für durchaus unbedenklich, auf den Antrag des Stadtmagistrats:

die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der sogenannte Fechtsaal in der Turnhalle heizbar gemacht werde, und zu genehmigen, daß zu den dadurch entstehenden Kosten 500 fl aus der Stadtcasse hergeliehen werden unter der Bedingung, daß dieses Capital mit 4 pc. verzinst und darauf 70 fl abgetragen werden, so lange der Fechtsaal an den Handwerkerverein vermiethet ist, bis das ganze Capital getilgt worden; einzugehen, und erfolgt die Annahme dieses Antrags Seitens der Versammlung ohne weitere Debatte.

VI. Herr Graf Götz-Brisberg berichtet Namens der Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 17. v. Mts., die Veranlagung der Actiengesellschaften zur Communalsteuer betreffend.

In diesem Schreiben theilt der Stadtmagistrat zuvörderst mit, daß er in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Juni d. J. zur Declaration ihres Reineinkommens die Braunschweigische Bank und die Directionen 1) der Actien-Zucker-Raffinerie, 2) der Actien-Zuckerfabrik, 3) der Braunschweigischen Maschinen-Bau-Gesellschaft, 4) der Actien-Gesellschaft für Mühlen-Fabrikate und 5) der Eisemaschinen-Gesellschaft bereits aufgefordert habe und die Eisenbahn-Gesellschaft dazu gleichfalls auffordern werde, sobald vom Herzoglichen Staatsministerium in Gemäßheit des §. 3 des gedachten Gesetzes die bereits in Antrag gebrachte Feststellung der communalsteuerpflichtigen

Stationenorte erfolgt sei. In dem Magistratschreiben seien weitere 13 Actiengesellschaften namhaft gemacht, welche zur Communalsteuer nicht heranzuziehen seien, weil sie theils auf einen Gewinn überhaupt nicht berechnet worden, theils einen dauernden Geschäftsbetrieb nicht beabsichtigten, theils erst im Entstehen begriffen seien und einen Gewinn nicht gewähren könnten, und wünsche der Stadtmagistrat zunächst die Ansicht der Versammlung darüber kennen zu lernen, ob außer den obengedachten 7 Actiengesellschaften noch andere zur Declaration ihres Reineinkommens aufzufordern seien.

Zunächst erklärt

Herr Oberbürgermeister Caspari, daß die bei Aufstellung des betreffenden Verzeichnisses übersehene, auf städtischem Gebiete belegene Actien-Zuckerfabrik Eichthal annoch in dasselbe aufgenommen werden solle.

Bei der Discussion über die Vollständigkeit des gedachten Verzeichnisses, bei welcher sich außer dem Herrn Referenten die Herren Oberbürgermeister Caspari, Reidemeyer, Flügge, Solmiz, Reuter, Haacke und der Herr Vorsitzende betheiligen, kommt zur Sprache, daß bei der Veranlagung zur Communalsteuer auch die hier bestehende Spargelbaugesellschaft und die Actiengesellschaft der Getreide- und Produkten-Börse, welche beide neben dem Interesse der bei den Gesellschaften Betheiligten die Erzielung eines Gewinnes bezweckten, sowie die Baubank, da dieselbe bereits vor einiger Zeit in Thätigkeit getreten und mit dem Ablaufe dieses Jahres in der Lage sei, Mittheilung über ihren Reingewinn zu machen, zu berücksichtigen seien, und

beschließt die Versammlung, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die ebengedachten Actiengesellschaften in das fr. Verzeichniß aufzunehmen.

In dem Magistratschreiben vom 17. v. Mts. sei ferner um Mittheilung der Ansicht der Versammlung über die Frage, ob fremde Versicherungsgesellschaften zur Communalsteuer heranzuziehen seien und event. ob nur solche, welche ein bestimmtes Reineinkommen, etwa von 1000 \mathfrak{M} jährlich hätten, gebeten, und angeführt, daß eingezogenen Erkundigungen zufolge in Hannover, wo die Frage principiell noch nicht entschieden sei, Versicherungsgesellschaften bei der Veranlagung zur Communalsteuer ganz unberücksichtigt geblieben, daß in Cöln und Magdeburg die Versicherungsgesellschaften, welche von dortigen Einwohnern als General- und Hauptagenten vertreten würden, nicht besteuert seien und daselbst nur eine Besteuerung derjenigen Gesellschaften stattfinde, welche eigene Comtoire unterhielten.

Die Statutencommission halte dafür, daß dieser letzte Umstand ein Criterium für die Heranziehung zur Communalsteuer nicht abgeben könne, da auswärtige Versicherungsgesellschaften in hiesiger Stadt namhafte Geschäfte betrieben, ohne ein eige-

nes Comtoir zu halten, und es vorkommen könne, daß solche Gesellschaften ein eigenes Comtoir gerade deshalb nicht einrichteten, um der Veranlagung zur Communalsteuer zu entgehen, welchenfalls dieselben es in ihrer Hand hätten, die fr. gesetzlichen Bestimmungen für sie nicht in Kraft treten zu lassen.

Herr Reidemeister. Das Verhältniß der Versicherungsanstalten bedürfe einer näheren Prüfung. Unterhalte eine solche Gesellschaft ein eigenes Comtoir, so sei deren Vertreter als Beamter der Gesellschaft anzusehen; welcher einen festen Gehalt beziehe. In diesem Falle befände sich die Gesellschaft in einer weit günstigeren Lage, als wenn sie ihre Geschäfte gegen Provision durch Agenten betreiben lasse, welche einer Concession bedürften. Er könne nur annehmen, daß die Verfahrungsweise in Cöln und Magdeburg auf gründlichen Erwägungen beruhe und gebe anheim, über die Heranziehung der gedachten Gesellschaften zur Communalsteuer heute noch nicht Beschluß zu fassen.

Der Herr Vorsitzende erachtet die die Besteuerung der Versicherungsgesellschaften betreffende gesetzliche Bestimmung nicht für correct, da die Communalsteuer nur eine Abgabe derjenigen Personen sein solle, welche sich unter dem Schutze der Gemeinde wirklich aufhalten. Sollte durch das Gesetz der Grundsatz zur Geltung gebracht werden, daß alle Personen, welche hier Geschäfte betreiben, auch ohne hier den eigentlichen Sitz ihres Geschäfts zu haben, bei der Communalsteuer zu berücksichtigen seien, so müßten consequent auch alle auswärtigen Handelshäuser, die hier durch Agenten Geschäfte abschließen ließen, zu solcher Steuer herangezogen werden. Dieses werde indessen nach Ansicht des Gesetzes offenbar nicht intendirt, und hätten daher die Versicherungsgesellschaften, welche ihre Geschäfte nur durch Agenten, also ohne eigene geschäftliche Niederlassung betreiben, Veranlassung, die Aufhebung der sie betreffenden Gesetzesvorschrift herbeizuführen. So lange das Gesetz bestehe, werde die Sache allerdings nur so behandelt werden können, wie die Statutencommission es vorschlage.

Herr Graf Görz-Wrisberg erwidert hierauf, daß das in Frage stehende Gesetz hauptsächlich in Folge von Beschlüssen dieser Versammlung erlassen sei. Die Landesregierung habe in Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, welche bei der Veranlagung von Gesellschaften, welche, wie z. B. Eisenbahngesellschaften an verschiedenen Orten ihren Sitz hätten, entstehen, vielfach Bedenken getragen, das fr. Gesetz der Landesversammlung vorzulegen, und sei solches auch erst nach langen Erwägungen und auf wiederholtes Verlangen des Stadtmagistrats geschehen. Das Gesetz beziehe sich auf Versicherungsgesellschaften mit, und könne er den von Herrn Reidemeister für erheblich erklärten Umstand, daß eine solche Gesellschaft am hiesigen Orte ein eigenes Comtoir habe und dadurch günstiger gestellt sei als andere Gesellschaften, für welche Agenten gegen Provision thätig seien, als maß-

gebend für die Veranlagung zur Communalsteuer nicht halten. Die Frage, ob eine Versicherungsgesellschaft einen größeren oder geringeren Gewinn erziele, sei eine rein factische und komme erst bei Feststellung des Steuerbetrages in Betracht. Uebrigens gebe das Gesetz keinen Anhalt dafür, daß nur solche Gesellschaften, welche bestimmtes Reineinkommen, z. B. 1000 \mathfrak{M} jährlich, haben, zur Communalsteuer heranzuziehen seien. Versicherungsgesellschaften dagegen, welche auf Gegenseitigkeit beruheten, würden allerdings von der Communalsteuer freizulassen sein, weil dieselben keine stehende, auf Erreichung eines Gewinnes gerichtete Gewerbe betrieben, und gingen demgemäß die Anträge der Commission dahin:

dem Stadtmagistrate auf dessen Schreiben vom 17. v. Mts. zu erwiedern:

- 1) daß die Stadtverordneten die Haltung eigener Comtoire Seitens der auswärtigen Versicherungsgesellschaften nicht als ein maßgebendes Kriterium für deren Veranlagung zur Gemeindesteuer ansehen könnten, vielmehr der Ansicht seien, es seien nach Maßgabe des Gesetzes vom 5. Juni d. J. alle diejenigen auswärtigen Versicherungsgesellschaften zur Gemeindesteuer heranzuziehen, welche hier factisch Geschäfte betrieben resp. durch ihre Agenten betreiben ließen;
- 2) daß kein genügender Grund vorliege, nur diejenigen Gesellschaften zur Gemeindesteuer heranzuziehen, deren Einkommen einen gewissen Betrag z. B. 1000 \mathfrak{M} jährlich erreiche, daß vielmehr die Heranziehung vorzunehmen sei, wenn das Einkommen der Gesellschaften aus ihrem hiesigen Geschäfte überhaupt den steuerpflichtigen Betrag von jährlich 100 \mathfrak{M} erreiche und
- 3) daß die auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften nicht zur Steuer heranzuziehen seien.

Diese Anträge werden, nachdem Herr Reuter noch bemerkt hatte, daß das Bedenken einer Doppelbesteuerung derjenigen auswärtigen Versicherungsgesellschaften, welche ihre Geschäfte hier durch Agenten betreiben ließen, leicht dadurch beseitigt würde, daß die Besteuerung von dem Reingewinn einer Gesellschaft nach Abzug der von ihr an ihren Agenten gezahlten Provision erfolge, von der Versammlung angenommen.

VII. Der Herr Vorsitzende erstattet für den abwesenden Herrn Peters Namens der Statutencommission Bericht über den Antrag des Stadtmagistrats, den Nachlaß der unverehelichten Amalie Kriewitz von hier betreffend.

Die genannte Erblasserin habe in ihrem gerichtlichen Testamente vom 5. Mai d. J., publicirt am 16. ejusd., unter anderen der Ehefrau des Eisenbahnbuchhalters Rosenfranz, Emma geb. Kriewitz, ein Legat von 50 \mathfrak{M} vermacht und die hie-

sige Stadt zur Erbin ihres Vermögens eingesetzt mit der Bestimmung, daß an dem nach Berichtigung der ausgesetzten Legate übrig bleibenden Theile des Nachlasses die genannte Ehefrau Rosenfranz den lebenslänglichen Nießbrauch haben, nach deren Tode aber die Stadt als Erbin die Zinsen des Nachlasses zur Anschaffung von Brennmaterial für verarmte hiesige Einwohner verwenden solle. Nach dem gerichtlich bestätigten Inventare bestche die Erbschaft in 2 Leihhausobligationen je über 200 \mathfrak{R} und in Möbeln und anderen Effecten im Werthe von 197 \mathfrak{R} 5 \mathfrak{g} , und verbleibe nach Abführung der Legate ein Ueberschuß von 336 \mathfrak{R} 25 \mathfrak{g} . Gegen den fr. Nachlasse hätten nun die Rosenfranz'schen Eheleute eine Alimentenforderung von 750 \mathfrak{R} geltend gemacht unter der Behauptung, daß sie etwa vor 5 Jahren die Erblasserin gegen die Zusage: daß ihnen deren demnächstiger Nachlaß zufallen solle, in ihre Familie aufgenommen und bis zu ihrem Tode in allen Lebensbedürfnissen unterhalten hätten, wofür sie pro Jahr 150 \mathfrak{R} zu fordern berechtigt seien. Die Stadt habe die ihr deferirte Erbschaft mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten, und würde dieselbe daher über den Bestand des Nachlasses etwaigen Gläubigern, insbesondere den Rosenfranz'schen Eheleuten gegenüber nicht zu haften haben. Indessen sei es mindestens unangenehm, wegen der fr. Erbschaft zumal bei deren geringen Werthbeträge in einen Proceß verwickelt zu werden, in welchem voraussichtlich die Begründetheit der Alimentenforderung von einer Eidesleistung der Rosenfranz'schen Eheleute und die Höhe der Forderung von dem richterlichen Ermessen abhängen würde, und habe demnach der Stadtmagistrat beantragt, sich mit der nachträglichen Ausschlagung der fr. Erbschaft einverstanden zu erklären, event. aber zur Anstellung einer Klage gegen die Rosenfranz'schen Eheleute auf Herausgabe des in ihrem Besitze befindlichen Kriewitz'schen Nachlasses die Genehmigung zu ertheilen.

Die Statutencommission könne den vorgedachten principalen Antrag zur Annahme nicht empfehlen. Da die Stadt die fr. Erbschaft einmal angetreten habe, sei ein Verzicht derselben auf dieselbe nur im Wege der Restitution möglich, und könne der Restitutionsantrag nur durch eine Uebereilung des Stadtmagistrats motivirt werden. Ent sage aber die Stadt der Erbschaft, so würde das fr. Testament wegen Mangels eines Erben hinfällig, und fielen damit auch die ausgesetzten Legate, was gegen den Willen der Testatrix sei. Nach Inhalt des fr. Testaments sei nicht anzunehmen, daß die Behauptung der Rosenfranz'schen Eheleute, die genannte Erblasserin habe ihnen als Gegenleistung für die Alimentation ihren Nachlaß zugesichert, in Wahrheit beruhe, gleichwohl halte die Commission es für angemessen, den Rosenfranz'schen Eheleuten eine mäßige Vergütung für die der Erblasserin prästirten Alimente im Wege des Vergleichs zuzubilligen, sei aber zugleich der Meinung, daß, da ein bündiger Alimentenvertrag von den betreffenden Per-

sollen nicht abgeschlossen sein werde, und die geforderten Elemente in Berücksichtigung, daß die Erblasserin schon in höherem Lebensalter gestanden und stets in bescheidenen Verhältnissen gelebt habe, zu hoch seien, ein Proceß mit den Rosenfranz'schen Eheleuten nicht gescheut zu werden brauche und gebe daher der Versammlung anheim, unter Ablehnung des principalen Antrags des Stadtmagistrats zu beschließen,

daß, falls mit den Rosenfranz'schen Eheleuten ein gütliches Arrangement nicht erreicht werden könnte, gegen dieselben eine Klage wegen Herausgabe des fr. Nachlasses anzustellen sei, womit sich die Versammlung ohne Discussion einverstanden erklärt.

Hiernächst

VIII. berichtet der Herr Vorsitzende Namens der vereinigten Statuten- und Schulcommission über den Antrag des Stadtmagistrats, die Gründung eines Realgymnasiums zweiter Ordnung betreffend.

Bereits im Jahre 1868, als die Ueberzeugung Platz gegriffen habe, daß die Preussische Gesetzgebung, so weit sie sich auf das Schulwesen beziehe, für ganz Deutschland mehr und mehr maßgebend werden würde, hätten die hiesigen Schullehren die Frage in Erwägung gezogen, inwiefern das hiesige Realgymnasium den bestehenden Anforderungen bereits entspreche oder zur Erfüllung derselben der Ergänzung oder Umgestaltung bedürfe, und habe sich eine zur Prüfung dieser Frage eingesetzte Commission nach eingehenden Erwägungen dahin ausgesprochen, daß, wenn man nur zwischen der Beibehaltung des Realgymnasiums als einer Realschule II. Ordnung oder Erhebung desselben zu einer Realschule I. Ordnung die Wahl habe, der letzteren Entscheidung der Vorzug zu geben, daß jedoch die am meisten zu wünschende und ohne zu große Schwierigkeit ausführbare Einrichtung die Combination eines Realgymnasiums I. und II. Ordnung nach preussischem Muster und Lehrplane sein würde, welcher Ansicht sich auch das Herzogliche Consistorium angeschlossen hat. Diese Behörde hat demgemäß die Errichtung eines combinirten Realgymnasiums bei Herzoglichem Staatsministerium in Antrag gebracht und mehrmals dringend befürwortet.

Herzogliches Staatsministerium hat indessen diesen Antrag wiederholt abgelehnt, weil es beim Mangel ausreichender Erfahrungen fraglich erscheine, ob die in Antrag gebrachte umfassende Gymnasialeinrichtung unter den Bedingungen einer Combination zweier ihrem Lehrziele nach so verschiedenen Anstalten sich bewähren, hauptsächlich aber, weil die Herzogliche Landesregierung sich außer Stande sehe, nachdem eben erst der Bau des Gymnasialgebäudes in hiesiger Stadt beendet sei, bei der Landesversammlung die Bewilligung von Baukosten zu beantragen, und hat Herzog-

liches Staatsministerium zuletzt in dem Rescripte vom 25. Mai d. J. von der Stadt eine bestimmte Erklärung darüber gefordert, ob dieselbe die Gründung einer Realschule II. Ordnung auf städtische Kosten übernehmen wolle, in welchem Falle die Regierung das jetzige Realgymnasium in eine Realschule I. Ordnung umgestalten werde, während im Fall der Ablehnung dieser Forderung die Regierung die Anstalt nur als Realschule II. Ordnung fortbestehen lassen werde. Nach sorgfältiger Prüfung sei der Stadtmagistrat zu der Ansicht gelangt, daß für eine Stadt, wie Braunschweig, die Einrichtung einer Realschule I. Ordnung, welche nicht die Vorbildung für bestimmte Berufsfächer, sondern nur eine höhere allgemeine wissenschaftliche Bildung gebe, sehr wünschenswerth erscheine, daß daneben aber die Gründung einer Realschule II. Ordnung ein dringendes Bedürfnis sei, da in hiesiger Stadt stets eine sehr große Anzahl von Schülern vorhanden sein würde, welche eine höhere Bildung zu erhalten wünschten, als auf den mittleren Bürgerschulen gegeben werden könne, aber keine Realschule I. Ordnung besuchen wollten, weil diese theils wegen des Lehrziels der oberen Classe, theils wegen des Umfangs des Unterrichts einen längeren Besuch voraussetze, als für die meisten jungen Leute dieser Lebensverhältnisse möglich sei. Unter diesen Umständen und da auf Grund des Art. 8 des Interimisticums vom Jahre 1832 nach dem Dafürhalten des Stadtmagistrats die Stadt von der Landesregierung die Unterhaltung zweier Realschulen nicht zu fordern berechtigt sei, vielmehr die letztere ihren Verpflichtungen durch Unterhaltung einer Realschule — wozu sie sich bereit erklärt habe — genüge, habe sich der Stadtmagistrat dafür entschieden, auf den Vorschlag des Herzöglichen Staatsministeriums einzugehen und glaube, daß die zu gründende Realschule II. Ordnung abgesehen von dem aufzuwendenden Baucapitale von den aufkommenden Schulgeldern vollständig erhalten werden könne, oder doch wenigstens keinen zu großen jährlichen Zuschuß aus der Stadtcasse nöthig machen werde, wenn gleich sich allerdings jetzt, wo weder ein Lehrplan für die fr. Anstalt, noch ein Etat für dieselbe vorliege, die pecuniäre Seite der Sache nicht mit Sicherheit beurtheilen lasse.

Die vereinigte Commission habe nach eingehender Prüfung den Anschauungen des Stadtmagistrats sich nur anschließen können; auch sie erachtet es für junge Leute im höchsten Grade für wünschenswerth, daß sie sich auf einer Realschule I. oder II. Ordnung in hiesiger Stadt diejenige Vorbildung verschaffen könne, welche für den von ihnen gewählten Lebensberuf erforderlich sei. Es könne zwar in Frage kommen, ob es nicht der Privatindustrie zu überlassen sei, diesem Unterrichtsbedürfnisse in hiesiger Stadt zu genügen. Allein es sei fraglich, ob wegen des bedeutenden Kostenaufwandes und des ungewissen Gewinns die Privatindustrie ihr Augenmerk auf die Begründung einer Schule der in Rede stehenden Art, bei welcher es

sich nicht um die Vorbildung für bestimmte Fächer handle, richten werde. Die Erfahrung habe wenigstens gelehrt, daß die Privatindustrie sich stets mehr auf die Ausbildung für bestimmte einzelne Berufsweige beschränke, und stehe auch in hiesiger Stadt ein Privatinstitut, welches dieses Ziel verfolge, in bester Blüthe.

Aus der Stadtcasse werde allerdings wohl ein nicht unerheblicher Zuschuß zu den Kosten der Unterhaltung einer von der Stadt zu errichtenden Realschule II. Ordnung nothwendig werden, da in derselben das Schulgeld nicht so hoch, als in der höheren Töcherschule, gestellt werden dürfe, auch die Besoldung des Lehrpersonals eine höhere Summe erfordern werde, als das in der Töcherschule. Indessen dürfe in Berücksichtigung des Zweckes, der Jugend eine möglichst gute Bildung zu verschaffen, die Nothwendigkeit eines Zuschusses zu den Unterhaltungskosten der fr. Schule, wenn er die Mittel der Stadt nicht überschreite, kein Grund sein, den obgedachten Vorschlag des Herzoglichen Staatsministeriums abzulehnen. Die Commission proponire daher, das Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. Juli d. J., in welchem die Ansicht der Versammlung darüber erbeten werde, ob dieselbe es im Allgemeinen für angemessen halte, auf die Anforderungen des Herzoglichen Staatsministeriums einzugehen, dahin zu beantworten:

Die Versammlung erkenne das Bestehen eine Realschule II. Ordnung neben einer regierungsseitig zu errichtenden Realschule I. Ordnung als ein Bedürfnis an und erkläre sich bereit, die dazu erforderlichen Geldmittel, vorausgesetzt, daß solche nicht zu große Opfer Seitens der Stadt erheischen, zu bewilligen; zugleich ersuche sie den Stadtmagistrat, zur Vorbereitung eines definitiven Beschlusses die Organisationspläne und Kostenanschläge für Errichtung einer derartigen Schule ausarbeiten zu lassen.

Nachdem Herr Flagg e darauf aufmerksam gemacht hat, daß er in der Versammlung schon vor mehreren Jahren auf die Nothwendigkeit der Errichtung einer höheren Knabenschule hingewiesen habe, erklärt

Herr Oberbürgermeister Caspari, daß der Stadtmagistrat mit den Vorschlägen der Commission einverstanden sei und bemerkt, daß nach Ansicht des Herzoglichen Consistoriums sowohl, als auch der hiesigen Schul-Ephoren und des Directors des Realgymnasiums das Bedürfnis nach Errichtung einer Realschule I. und II. Ordnung nach preussischem System in hiesiger Stadt in der That vorhanden sei. Wie die pecuniäre Seite der Sache sich demnächst gestalten werde, lasse sich aus den von den Herrn Vorsitzenden bereits hervorgehobenen Gründen zur Zeit nicht mit Bestimmtheit angeben. Er bezweifle aber zumal mit Rücksicht auf die Summe von 375,000 \mathfrak{M} , welche der Stadt von den Kaufgeldern für die Braunschweigischen Eisenbahnen werde zur Verfügung gestellt werden, nicht, daß

die Stadt in der Lage sei, eine Realschule II. Ordnung zu gründen und zu unterhalten.

Hiernächst werden die obigen Vorschläge der Commission, nachdem solche von dem Herrn Graf Görz-Wrisberg und dem Herrn Vorsitzenden nochmals befürwortet sind, von der Versammlung genehmigt.

IX. Herr Graf Görz-Wrisberg erstattet sodann Namens der Statutencommission Bericht über einen erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Antrag des Stadtmagistrats vom 25. v. Mts., die Erwerbung der Fläche, welche vor den auf dem an der Wolfenbüttler Straße belegenen Grundstücke des Particuliers Hartig errichteten Neubauten unbebaut gelassen ist, als öffentliche Straße.

In einer Eingabe vom 17. v. Mts. habe sich der p. Hartig bereit erklärt, das vorbezeichnete Terrain an die Stadt abzutreten, auch an dieselbe zu den Kosten der Instandsetzung der Straße sofort 350 \mathfrak{R} zu zahlen, wenn die Stadt dieselbe als öffentliche übernehme, selbst in Stand setzen und die Anlage von Gas- und Wasserrohren ausführen lassen, zwei öffentliche Laternen in der Straße aufstellen und die Unterhaltung eines von ihm aufzustellenden Brunnens übernehmen wolle. Von dem Stadtbaumeister Tappe seien die Kosten der zur ordnungsmäßigen Herstellung der fr. Straße erforderlichen Vorrichtungen auf 455 \mathfrak{R} veranschlagt, und würden daher durch die von dem p. Hartig offerirte Summe nicht vollständig gedeckt. Der Stadtmagistrat halte jedoch gleichwohl für angemessen, auf die Offerte des p. Hartig einzugehen, und schließe sich die Commission dieser Ansicht an, da die fr. Straße durch die vielen an derselben errichteten Neubauten den Character einer Privatstraße factisch bereits verloren, auch der p. Hartig zu den Kosten der Instandsetzung der Straße einen sehr bedeutenden Beitrag angeboten habe, und es nicht unmöglich sei, daß die Herstellungskosten die Anschlagssumme nicht erreichen, da solche Kosten nicht ganz genau veranschlagt werden könnten. Die Commission beantrage daher:

zu der Erwerbung des fr. Terrains als öffentlicher Straße unter den obgedachten Modalitäten die Genehmigung zu ertheilen und die durch die Instandsetzung der Straße über den Betrag von 350 \mathfrak{R} hinaus etwa entstehenden Kosten aus der städtischen Wegebau-Casse zu bewilligen:

und wird dieser Antrag, nachdem von dem Herrn Reuter noch bemerkt war, daß p. Hartig die Bedingungen bezüglich der Gas- und Wasserleitung erfüllt habe, welche das betreffende Statut vorschreibe, von der Versammlung ohne Discussion genehmigt.

Sobann

X. berichtet Herr Graf Görz-Brisberg Namens der Statutencommission über die in der Sitzung am 31. Mai d. J. von den Herren Flagge und Reuter gestellten Anträge, die Anlage eines Centralfriedhofes und Leichenhauses betreffend.

Es sei bekannt, daß einzelne Friedhöfe wegen ihrer Lage vor hiesiger Stadt gegenüber deren steter Erweiterung zu großen Unzuträglichkeiten Veranlassung geben. Mehrere Begräbnisplätze böten auch bald nicht mehr den genügenden Raum für die Bestattung der Todten, und werde die Frage, wie dem Bedürfnisse nach geeignetem Terrain für Begräbnisplätze abzuhelpen sei, immer dringender. Bei der Prüfung dieser Frage tauchten vielfache formelle und materielle Bedenken auf. In ersterer Beziehung komme in Betracht, daß in früherer Zeit die Begräbnisplätze in der Nähe der Kirchen sich befunden hätten, und als Zubehör derselben angesehen seien. Hieraus erkläre es sich, daß, als man späterhin die Friedhöfe aus Sanitätsrücksichten außerhalb der Stadt angelegt habe, von den Kirchenvorständen bei den einzelnen Kirchen die Verwaltung der Begräbnisplätze nach wie vor besorgt sei. Dieses Verwaltungsbrecht werde denselben auch jetzt nicht abgesprochen werden können, so lange die Friedhöfe ihrem Zwecke gemäß zu benutzen ständen, und aus dieser Benutzung keine Gefahr für die Gesundheit zu befürchten sei. Komme aber die Anlage eines neuen Friedhofes oder die Erweiterung eines alten in Frage, so könnten darüber die Kirchenvorstände einseitig keine Bestimmung treffen, vielmehr sei dabei die Mitwirkung der städtischen Behörden erforderlich, da jene Angelegenheiten als wesentlich communale anzusehen seien.

So viel aber die materielle oder reale Seite der Sache anlange, so frage es sich, ob in Zukunft Friedhöfe für die einzelnen Kirchspiele beizubehalten oder ein oder zwei Centralfriedhöfe anzulegen seien. Der Anlage nur eines Centralfriedhofes stehe entgegen, daß die Entfernung für einen großen Theil der Bewohner der Stadt zu beträchtlich sein würde, obschon auf der anderen Seite sich das Areal für einen Friedhof leichter finden lasse, als für zwei, auch nicht zu verkennen sei, daß die ganze Angelegenheit insbesondere in Betreff des Personals, des Leichenhauses, dessen Anlage sich als ein unabwendbares Bedürfnis herausgestellt habe, sich wesentlich vereinfache, wenn nur ein Centralfriedhof angelegt werde.

Nach kurzer Discussion, an welcher die Herren Oberbürgermeister Caspari, Flagge und Rimpau Theil nahmen, wird der Antrag der Statutencommission, welcher dahin geht:

dem Stadtmagistrate die Anträge der Herren Flagge und Reuter mit folgenden Erklärungen zur Berücksichtigung zu überweisen:

- 1) daß die Versammlung die Anlage neuer Friedhöfe ohne Genehmigung der städtischen Behörden nicht für zulässig erachten könne, den städtischen Behörden vielmehr in dieser für die gesammte Stadt höchst wichtigen, wesentlich communalen Angelegenheit alle deren Zuständigkeiten vorbehalten müsse;
- 2) daß die Versammlung die Anlage neuer Friedhöfe für jedes einzelne städtische Kirchspiel resp. die Erweiterung der alten jetzt bestehenden einzelnen Friedhöfe in keiner Weise für zweckmäßig halten könne, daß dieselbe sich vielmehr für die Anlegung eines höchstens zweier Centralfriedhöfe aussprechen müsse;
- 3) daß sie die Errichtung eines beziehungsweise zweier Leichenhäuser für ein nicht abzuweisendes Bedürfnis halte, und endlich
- 4) daß die Versammlung mit Rücksicht auf die durch die Ausdehnung der Stadt immer ungeeigneter werdende Lage der jetzigen Friedhöfe und auf den beschränkten Raum eines Theils derselben den Stadtmagistrat ersuche, die Frage, wegen Anlage eines oder zweier Centralfriedhöfe mit Leichenhäuser in Erwägung zu ziehen, darüber — insoweit erforderlich — mit den Kirchenbehörden in Verhandlung zu treten und der Versammlung demnächst weitere Mittheilung zu machen.

von der Versammlung angenommen.

Da der letzte Gegenstand der Tagesordnung, Antrag des Stadtmagistrats, die Entschädigungen für die mit den städtischen Weinkellern verbundenen Verbie- tungsrechte betreffend, wegen Abwesenheit des Herrn Referenten nicht zur Ver- handlung gelangt, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

1871.

(Fortsetzung der Beilage zum 190. Stücke de 1871
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 7.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 28. September 1871.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Leo, Kimpau, von Seckendorf, Bieweg.

Nachdem die Sitzung eröffnet und das Protokoll vom 1. August genehmigt ist, zeigt der Herr Vorsitzende an, daß nach einer Mittheilung des Magistrats am 17. t. M. das neue Schulgebäude an der Friesenstraße bei Einzug der in Bildung begriffenen dritten mittlern Bürgerschule mit einer Feierlichkeit eröffnet werden soll, und die Versammlung eingeladen ist derselben beizuwohnen.

Vor Beginn der Tagesordnung

berichtet sodann der Herr Oberbürgermeister Caspary über einen Antrag auf Canalisirung der Kaffeetwete, welcher von deren Anwohnern sowie von mehreren Hausbesitzern an der Gördelingerstraße unter Anerbietung eines entsprechenden Beitrags zu den Kosten gestellt worden ist. Um den Zusammenhang mit dem bis jetzt vorhandenen Canalsystem herzustellen, würde es erforderlich sein, die Anlage zugleich auf der Strecke zwischen den Einmündungen der Kaffeetwete und des Jungfernstieges über die Gördelingerstraße fortzuführen; die Kosten sind zu insgesammt 700 \mathfrak{M} veranschlagt. In Erwägung, daß jener vielbenutzte Durchgang bei

Regengüssen und mehr noch bei Frost- und Thauwetter kaum zu passiren ist, hat der Magistrat die Ausführung des Projectes ins Auge gefaßt und zu dem Ende bereits Verhandlungen wegen eines Zuschusses aus dem allgemeinen Pflasterungsfond angeknüpft. Nach den hierauf erfolgten Eröffnungen aber ist dieser durch die zur Verhütung der Cholera angeordneten und an vielen Stellen bereits durchgeführten Verbesserungen der Canaleinslässe in diesem Jahre schon derart in Anspruch genommen worden, daß zur Canalisirung der Kaffeetwete nur etwa noch 200 \mathfrak{R} und diese wegen der zuvor zu erledigenden Abrechnungen erst in einigen Monaten disponibel sein werden. Da nun mehrere der in Aussicht gestellten Privatbeiträge unter der Voraussetzung zugesagt sind, daß die Canalisirung noch vor Beginn des nächsten Winters ins Werk gesetzt werde, so beantragt der Magistrat, indem er die Anlage selbst dringlichst empfiehlt, auf die Stadtcasse vorschussweise die Gesamtkosten von 700 \mathfrak{R} , definitiv demnächst aber denjenigen Betrag zu übernehmen, welcher durch die Zuschüsse des allgemeinen Pflasterungsfond und der Privatinteressenten nicht gedeckt sein wird.

Die Beschlusfassung über diesen Antrag wird nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden bis nach Erledigung einiger verwandter Gegenstände der Tagesordnung ausgesetzt.

Der Tagesordnung gemäß folgt

I. die Wahl von vier Vertretern der Versammlung bei der Ortscommission zur Einschätzung der Gewerbesteuer für das Jahr von October 1871 bis October 1872. Den Herren Flagg e, Kloss und Solmiz wird ihr Mandat erneuert, an Stelle des verstorbenen Herrn Overlach Herr Götte gewählt.

II. Von der Verwaltungsdeputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke ist beantragt, den Maximalgehalt für diejenigen Beamten jener Anstalten, welche von ihr auf Vorschlag des Directors selbstständig engagirt werden können, von den statutenmäßigen 500 auf 600 \mathfrak{R} zu erhöhen, wie dies in dem Entwurfe des Regulativs bereits in Vorschlag gebracht war. Es wird hierfür geltend gemacht, daß bei der allgemeinen Steigerung der Gehalte und Tagelöhne der Sach von 500 \mathfrak{R} auch für die unteren Stellen nicht mehr ausreichend sei, eine Verständigung mit den städtischen Behörden über jeden einzelnen Fall aber zu weitläufig sein würde. Der Magistrat anerkennt diese Gründe als richtig und empfiehlt daher den Antrag zur Genehmigung. Auch die Statutencommission, für welche Herr Graf Görg-Weisberg Bericht erstattet, hält eine solche Abänderung des

Statuts für unbedenklich, und wird dieselbe demnach von der Versammlung beschloffen.

III. Unterm 11. August sind der Versammlung eine Reihe von Vorschlägen des Magistrats in Bezug auf den Etat des dem hiesigen Kreiscommunalverbande nach dem Gesetze vom 5. Juni d. J. zugewiesenen Dotationsfond zugelassen. Infolge der Kreisordnung von demselben Tage wird die Versammlung hierüber nicht als städtische, sondern als Kreisbehörde zu beschließen haben; da dies Gesetz indessen erst mit kommendem 1. November in Kraft treten wird, so scheint nicht angemessen, schon jetzt diese Function auszuüben. Auf Anregung des Herrn Graf Görz-Wrisberg als Referenten der Statutencommission wird daher beschloffen, jene Anträge des Magistrats von der heutigen Tagesordnung noch abzusehen.

Ferner

IV. berichtet namens der Finanzcommission auf Grund eines Magistratschreibens vom 30. Juli Herr Graf Görz-Wrisberg über die finanzielle Lage der Stadt und die dadurch veranlaßten Vorschläge des Magistrats Folgendes:

Am Schlusse des Jahres 1869 hatte sich der Bestand der Stadtkasse auf 119,390 fl 15 gr 4 A belaufen, also den vereinbarten Betriebsfond von 30,000 fl sehr beträchtlich überstiegen, was bei den bezüglichlichen Verhandlungen deswegen gutgeheißen wurde, weil zum Bau einer dritten mittlern Bürgerschule, sowie eines Pferdestalles und einer Reithahn für das Herzogl. Husarenregiment außerordentliche Geldmittel erforderlich waren. Obgleich nun hiervon im Laufe des Jahres 1870 nur 24,983 fl 23 gr 6 A für den Schulbau verausgabt waren, fand sich doch am Ende v. J. jener Bestand bereits auf 46,453 fl 4 A vermindert, und zwar theils durch Ankauf und Instandsetzung des Hauses *M* 10 am Wilhelmöplage, theils und insbesondere dadurch, daß an Quartierentschädigungen die Summe von 53,500 fl , an Unterstützungen für die Familien einberufener Reservisten und Landwehroleute 6500 fl zu leisten gewesen waren. Eine Revision zu Ende des Juni hat dann den Bestand der Stadtkasse zu überhaupt 53,192 fl 29 gr ergeben, wovon indessen bereits 41,447 fl 26 gr vorstufweise zur Zahlung gekommen sind, sodas in Wirklichkeit nur noch über einen Rest von 11,745 fl 3 gr 1 A zu verfügen ist, welcher zur Bestreitung der laufenden Ausgaben in den Monaten August und September wird verwandt werden müssen, da erst nach Ablauf des letztgedachten Monats wieder auf erheblichere Eingänge an Communal-

steuer zu rechnen ist. Dazu kommt nun aber noch, daß im Laufe des gegenwärtigen und des folgenden Jahres folgende außeretatmäßige Zahlungen zu leisten sein werden.

I. Bereits verwilligt sind

- 1) 15,830 ₰, welche nach Abzug der schon gemachten Abträge für Bau und Einrichtung der dritten untern Bürgerschule zu berichtigen bleiben,
- 2) 14,700 ₰ für die angekauften Grundstücke der Gärtner Schelz und Küster, ebenfalls nach Abzug der Anzahlungen und des stehen bleibenden Restes,
- 3) 57,000 ₰ für den Bau der Husarenställe,
- 4) 9000 ₰ für den Bau einer bedeckten Reitbahn,
- 5) 1325 ₰ für Instandsetzung der Parkstraße,
- 6) 5000 ₰ für Pflasterung der Münzstraße,
- 7) 4800 ₰ für Herstellung des Weges durch den Anatomiegarten,
- 8) 3325 ₰ für den Bau einer Waschküche im Pflegehause,
- 9) 1690 ₰ für Reparaturen an der Catharinenkirche, und
- 10) 12,175 ₰ zur Rückzahlung der bei der Stadtcasse belegten Gelder der Kirchenstiftungscasse,

in Summa also 124,845 ₰.

II. Noch nicht bewilligt, aber ebenfalls demnächst erforderlich sind

- 1) 56,000 ₰ für den Bau einer dritten mittlern Bürgerschule, nach Abzug des Kaufgeldes für die Grundstücke,
- 2) 8000 ₰ für die Instandsetzung des Gießmaroder Fußweges,
- 3) 6000 ₰ für Instandsetzung des Weges in der Kastanienallee,
- 4) 9000 ₰ für den Brunnen auf dem Hagenmarkte,
- 5) 1000 ₰ für Herstellung einer Straße vom Ruhfäutchenplatz nach der Stecherstraße,

zusammen 80,000 ₰.

Von diesen Posten werden die unter I 1, 2, 5, 8 und 9, zum Betrage von 36,870 ₰, noch in diesem Jahre oder doch zu Anfang des nächstfolgenden zu zahlen sein, da die bezüglichen Baulichkeiten bis dahin vollendet sein werden; ebenso werden auf die Posten unter I 3, 4 und 10 noch in diesem Jahre nicht unerhebliche Verwendungen für Materialien zu den demnächst in Angriff zu nehmenden Neubauten zu machen sein. Von den übrigen Posten werden im nächsten Jahre die unter I 3, 4 und 10 bestimmt, die unter I 6 und 7 muthmaßlich ganz, und auch von den Posten unter II, falls deren Verwilligung erfolgt, was zu erwarten steht, ein großer Theil zu berichtigen sein.

Die in diesem Jahre noch zu leistenden Zahlungen können nun aber von den laufenden Einnahmen der Stadtcasse nicht bestritten werden, um so weniger, als von den ausgeschriebenen Communalsteuern, welche nach Abfaß der bereits niedergeschlagenen 6120 ₰ überhaupt 96,064 ₰ betragen, bereits 50,555 ₰ eingezahlt und verausgabt sind, von den rückständigen 45,509 ₰ aber erfahrungsmäßig ebenfalls noch ein Theil abgesetzt werden muß, ein anderer Theil erst im nächsten Jahre entrichtet werden wird, und das wirklich Eingehende zu den laufenden Ausgaben erforderlich ist. Auch im nächsten Jahre wird die ausgeschriebene Communalsteuer im Betrage von 87,000 ₰ nicht ausreichen, um alle außerordentlichen Ausgaben zu bestritten, da von jenem Betrage nach dem diesjährigen Etat nur 10,000 ₰ zum Bau der neuen Schule und 11,726 ₰ für unvorhergesehene Ausgaben haben in Ansatz gebracht werden können — eine Summe, welche nach den bisherigen Erfahrungen wahrscheinlich nicht ausreichen wird. Allerdings ist darauf zu rechnen; daß durch richtigere Veranlagung und Heranziehung der Actiengesellschaften der Ertrag der Communalsteuer sich auch ohne Erhöhung des Procentsatzes erheblich steigern wird; auch ist Aussicht, einen Theil der aufgewandten Quartierentschädigungen aus Staatsmitteln erstattet zu erhalten. Beides aber würde nicht ausreichen, um finanziellen Verlegenheiten vorzubeugen, zumal da nothwendig auch auf Ersatz des in diesem Jahre mit zur Verwendung kommenden Betriebsfond von 30,000 ₰ Bedacht zu nehmen ist, und keinesfalls könnten mit diesen Mitteln allein die bevorstehenden außerordentlichen Verbindlichkeiten erfüllt werden.

Hiernach erscheint es nothwendig, für Herbeischaffung außerordentlicher Geldmittel Sorge zu tragen. Es könnte dies entweder durch Ausschreibung einer außerordentlichen Communalsteuer für dieses Jahr und durch Erhöhung des Steuersatzes für das folgende Jahr, oder durch Kündigung der der Stadt zustehenden Hypothekforderungen und durch Verkauf ihrer Werthpapiere, oder endlich durch eine Anleihe geschehen. Den ersten dieser Wege hält der Magistrat nicht für gerathen, da es unbillig sein würde, außerordentliche Aufwendungen, welche nicht bloß der Gegenwart, sondern auch einer langen Zukunft zu gut kommen werden, von der lebenden Generation allein tragen zu lassen, und demnach eine Erhöhung der Communalsteuer, wenn schon diese hier im Vergleich zu anderen Städten von ähnlicher Bedeutung keineswegs hoch ist, nur in dem Falle angezeigt wäre, wenn ihr Ertrag zur Bezahlung der laufenden Ausgaben und zur Verzinsung und Amortisation der zu außerordentlichen Verwendungen aufgeliehenen Gelder nicht mehr ausreichte. Auch der zweite Weg empfiehlt sich nicht, da die ausstehenden Hypotheken nicht erheblich sind, ihre Eingiehung also der Stadt keine große Erleichterung schaffen, wohl aber

in manchem Falle den betroffenen Debitoren sehr unbequem sein würde, während andererseits die Erhaltung dieser Hypotheken, welche sämmtlich zu 5 % ausstehen, nicht nur ohne pecuniären Nachtheil ist, sondern auf andere Weise selbst noch billiger Geld zu haben sein wird. An Werthpapieren besitzt die Stadt nur Landesschuldverschreibungen, deren Cours jetzt so niedrig ist, daß ihr Verkauf, wenn überhaupt möglich, jedenfalls nur mit erheblichen Verlusten zu effectuiren sein würde. Hiernach bleibt also nur der Weg einer Anleihe übrig. Eine solche, wie beim Ankaufe der Gasanstalt und beim Bau des Wasserwerks durch allmähliche Ausgabe von Obligationen au porteur zu contrahiren, scheint unthunlich, weil nach der jetzigen Lage des Geldmarktes 4 % Obligationen nicht ebenso al pari auszugeben wären, ein höherer Zinsfuß aber den schon niedrigen Cours jener älteren Obligationen noch weiter drücken und außerdem eine Kündigung aller der Stadtkasse zu 4 % geliehenen Gelder nach sich ziehen müßte. Somit hält denn der Magistrat für das Zweckmäßigste, die erforderlichen Gelder gegen Verpfändung der städtischen Grundstücke und Renten oder gegen Deponirung der vorhandenen Werthpapiere bei Herzogl. Leihhause zu negociiren. Allerdings werden dort Darlehen nur in 4½ % Landesschuldverschreibungen zum Nennwerthe gewährt; allein ein Verlust entsteht hierdurch nur scheinbar, da für je 91 \mathfrak{R} , welche zurückgezahlt werden, 100 \mathfrak{R} der Schuld schwinden. Andererseits gewährt eine Anleihe beim Leihhause den Vortheil, daß das Geld nach und nach, je nach Bedarf, entnommen werden kann, zu jeder Zeit beliebige Abträge möglich sind, und eine Kündigung nicht zu befürchten steht.

Die Größe der anzuleihenden Summe vermag der Magistrat mit Bestimmtheit nicht anzugeben. Um aber wiederholte Verhandlungen zu vermeiden, scheint es wünschenswerth, über den ganzen Betrag, welcher möglicherweise erforderlich sein wird, in eins zu contrahiren, wobei eine Vereinbarung zur Verhütung unnöthiger Aufnahmen anheimgegeben wird. In Erwägung der vorhin entwickelten Verhältnisse beantragt daher der Magistrat:

zu genehmigen, daß er mit Herzogl. Finanzcollegium wegen eines Darlehens von 150,000 \mathfrak{R} auf Grund des Gesetzes vom 20. August 1867 in Unterhandlung trete, zur Sicherheit die städtischen Grundstücke oder die der Stadt aus der Staatskasse zukommenden jährlichen Renten verpfände oder die Werthpapiere der Stadt als Faustpfand deponire, und zugleich von dem Zeitpunkte der völligen Zahlung des allmählich nach Bedarf zu erhebenden Darlehens eine jährliche Amortisation von mindestens 5 % zu sichern.

Eventuell erklärt der Magistrat sich einverstanden, wenn die Versammlung beschließen sollte,

daß kein höherer Betrag als 20,000 ₰ auf einmal dürfe erhoben, und eine neue Zahlung erst dann angefordert werden, wenn deren Nothwendigkeit der Finanzcommission nachgewiesen und von dieser anerkannt ist.

Die Finanzcommission hat geglaubt, diesen Anträgen beitreten zu sollen. Die Hauptursache der veränderten finanziellen Lage der Stadt beruhe auf den außerordentlichen Ausgaben, welche der Krieg veranlaßt hat; zu diesen kommen nun solche, die zum großen Theile bereits von der Versammlung genehmigt sind und im Uebrigen muthmaßlich ebenfalls die Genehmigung der Versammlung erlangen werden, und endlich handele es sich darum, der Stadtkasse wieder ihren normalen Betriebsfond zur Verfügung zu stellen. Daß also außerordentliche Mittel flüssig zu machen sind, könne in keiner Weise überraschen und noch weniger Bedenken erregen. Hinsichtlich des Wie ist die Commission gleichfalls mit dem Magistrate der Ansicht, daß die Communalsteuer schon zu einem Betrage erhoben werde, dessen Steigerung ohne dringenden Anlaß nicht rathsam erscheine, zumal da die bevorstehenden Verwendungen auch für künftige Geschlechter gemacht werden, daß eine Kündigung der städtischen Hypotheken keinen erheblichen Ertrag und diesen erst nach der üblichen Kündigungsfrist liefern werde, ein Verkauf der vorhandenen Werthpapiere mit zu großen Verlusten verknüpft sein würde, und demnach nur eine Anleihe übrig bleibe, für welche sich dann allerdings keine Form besser empfehle als diejenige, welche der Magistrat in Vorschlag gebracht habe. Das Maximum von 150,000 ₰ erscheine nach dem was in der Vorlage ausgeführt worden, keinesfalls zu hoch, doch sei andrerseits zu erwarten, daß damit auszukommen sein werde.

Herr Schöttler stimmt dem allen nur insoweit nicht ohne Bedenken bei, als er fürchten muß, daß die Anforderung des Magistrats zu bescheiden sei. Unter den Ansätzen der Vorlage vermisse er u. a. die Gründung einer Realschule zweiter Klasse; auch hiervon abgesehen aber und an sich selbst scheinen ihm dieselben etwas niedrig gegriffen, und möchte er daher anheimggeben, ob es nicht besser, gleich auf ein höheres Anlehen Bedacht zu nehmen, was um so unbedenklicher sein würde, als Niemand dem gegenwärtigen Magistrate einen schlechten oder luxuriösen Haushalt vorwerfen könne, und die Communalsteuer ohne jede Erhöhung auch zur Verzinsung und Amortisation einer größern Summe ausreichen werde.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß bei Erlass des Magistratschreibens das Project einer Realschule noch nicht soweit gediehen war, um schon in Erwägung gezogen zu werden. Wenn übrigens der Magistrat nur die Summe von 150,000 ₰ anfordere, so liege der Grund darin, daß bei dem mit ziemlicher Sicherheit vorauszufehenden Anwachsen des Communalsteuerertrages noch manche Ueberschüsse zu Verwendungen außerhalb des Tausenden übrig bleiben wer-

den, da nicht alles was derart bevorstehe in einem Jahre aufzubringen, und überdies für Schulhausbauten ein Zuschuß von mehr als 8000 ₰ aus den Zinsen des der Stadt überwiesenen Kreisdotationsfond disponibel sei. Zugleich aber dürfe man sich nicht verhehlen, daß bei der fortwährenden Zunahme der Stadt die Nothwendigkeit außerordentlicher Ausgaben noch öfter eintreten werde. Nach dem allen scheine es gerathen, vorläufig über den angeforderten Credit nicht hinauszugehen. Schließlich macht der Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung, daß auf eine vorläufige Anfrage bei Herzogl. Finanzcollegium die Gewährung der beabsichtigten Anleihe in Aussicht gestellt ist, und zwar bei Verpfändung von Grundstücken oder Werthpapieren zu $4\frac{1}{8}\%$, ohne solche Sicherheit zu 5% .

Die Versammlung beschließt hierauf nach Maßgabe der ergangenen Anträge.

Ferner

V. berichtet Namens der Finanzcommission Herr Graf Görz-Wrisberg über einen Antrag des Magistrates auf Herstellung eines neuen Verbindungsweges zwischen dem Ruhfäutchenplatze und der Stecherstraße.

Da nämlich der bisherige Durchgang über das Grundstück des vormaligen Katharineums nach Ueberlassung desselben an das Collegium Carolinum demnächst aufzuheben sein wird, ist auf Anregung des Herzogl. Staatsministeriums das Project in's Auge gefaßt, zum Ersatz einen Weg auf dem verfüllten Theile des benachbarten Ockerkanals einzurichten. Die Kosten sind für einen Fußweg auf 850 ₰ , für eine Fahrstraße zu 8000 ₰ veranschlagt. Wenngleich nun zu hoffen, daß letztere zu einem nicht unerheblichen Theile von Herzogl. Landesregierung würde übernommen werden, so glaubt der Magistrat von der Anlage einer Fahrstraße doch absehen zu müssen, da solche wegen der ungünstigen Ausfahrt am Nordende für den allgemeinen Verkehr wenig nuzbar und nur den Anliegern, welche jeden Beitrag zu den Kosten abgelehnt haben, einen Vortheil gewähren würde. Die Möglichkeit einer Fahrstraße wird zu wahren sein, indem an Herzogl. Staatsministerium der Antrag ergeht, das Terrain an der Westseite des Ockerkanals zu reserviren und entweder der Stadt oder unter Verpflichtung zu event. unentgeltlicher Rückgabe vorläufig den Anliegern zu überlassen. Einstweilen scheint dem Bedürfnis ein Fußweg zu genügen, für dessen Herrichtung daher die Zustimmung der Versammlung erbeten wird.

Die Statutencommission, im wesentlichen einverstanden, hält für angemessener, das gedachte Terrain von vornherein für die Stadt sicher zu stellen, und empfiehlt demnach, bei Genehmigung des Antrages ein dahin gehendes Ersuchen auszusprechen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari knüpft daran die Bitte, daß die Ver-

sammlung zugleich dann auch die erforderlichen Mittel zu einer angemessenen Instandsetzung dieses Terrains verwilligen wolle;

was namens der Commission Herr Graf Görz-Wrisberg ebenfalls empfiehlt.

Herr Reuter hebt hervor, daß die Anlage einer Fahrstraße an dieser Stelle doch wohl in näherer Zukunft bevorstehe als man glaube, da der Wagenverkehr zwischen den nördl. und den südl. Theilen der Stadt sich zusehends hebe, während die Zahl der zu Gebote stehenden Wege äußerst beschränkt sei, ein Mangel, der sich demnächst nach Eröffnung der Münzstraße nur um so empfindlicher fühlbar machen werde.

Die Herstellung des projectirten Fußweges wird hierauf von der Versammlung genehmigt, indem dieselbe zugleich den Magistrat zu ersuchen beschließt, bei Herzogl. Staatsministerium auf Ueberlassung des Terrains an der Westseite des Okerkanals zu behuf der Stadt anzutragen und dessen angemessene Instandsetzung zu verfügen, für welche die erforderlichen Geldmittel zur Disposition gestellt werden.

VI. Durch Beschluß vom 17. Juni 1869 hatte die Versammlung 300 \mathfrak{R} zur Legung eines einfüßigen Röhrenzuges verwilligt, welcher das Tagewasser von der Goslarschen Straße in einen zur Oker führenden Graben ableiten sollte. In Erwägung nun, daß bei der in Aussicht genommenen Verbreiterung der Goslarschen Straße und des Verbindungsweges zwischen dieser und der Frankfurter Straße und mit Rücksicht auf die Vermehrung der dortigen Wohngebäude ohnehin in nicht zu ferner Zeit für eine ordnungsmäßige Abführung des Himmels- und Schmutzwassers Sorge getragen werden muß, wird nunmehr für zweckmäßig erkannt, von jenem frühern Projecte abzugehen und einen Plattencanal von der tiefsten Stelle der Goslarschen Straße, beim Felsenkeller, unter der gedachten Verbindungsstraße entlang nach dem von Herzogl. Baudirection in der Frankfurter Straße vorgerichteten Canal hin zu legen. Die Länge des neuen Canals würde c 72 Ruthen betragen; die Kosten sind bei einer Weite von 12" im Lichten einschließlich der Anlage von Einfallschächten zu 1150 \mathfrak{R} veranschlagt.

Unter Berufung auf § 10 des Stadterweiterungsstatuts, nach welchem die innerhalb des Planes belegenen Heerstraßen und Communalwege thunlichst mit genügenden Wasserabzügen versehen werden sollen, empfiehlt namens der Finanzcommission Herr Graf Görz-Wrisberg dringend, den Anträgen des Magistrates gemäß das entwickelte Project zu genehmigen und den Kostenbetrag zu verwilligen,

was seitens der Versammlung dann ohne Discussion geschieht.

VII. Im weitem Verlaufe der Verhandlungen wegen Uebernahme und Instandsetzung der Parkstraße haben sich die am 23. Februar d. J. in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlüsse der Versammlung in mehreren Stücken als unausführbar oder unthunlich herausgestellt. Einmal nämlich hat der Rittmeister Brauns die Verpflichtung, bei Verkauf des Terrains an der Westseite jener Straße einen Streifen von 1 Ruthe Breite für die Stadt zu reserviren oder dessen event. Abtretung zum Kaufpreise auszubedingen, abgelehnt, dagegen aber sich bereit erklärt, den fraglichen Terrainstreifen sogleich gegen Baarzahlung von 1000 \mathfrak{R} zur Straße abzutreten. Da nun die Herstellung derselben bei soviel größerer Breite nicht weniger als 4250 \mathfrak{R} kosten würde, während noch mehrere andere und ungleich frequentere Straßen vor den Thoren, z. B. der Gliedmaroder Fußweg und die Kasanienallee, einer Instandsetzung dringend bedürfen, so glaubt der Magistrat auf jene Offerte nicht eingehen, sondern lieber auf eine formelle Zusicherung des Rittmeister Brauns verzichten zu sollen, zumal auch ohne dies eine später etwa erwünschte Verbreiterung der Parkstraße nach dem Statute vom 1. Juli 1870 immer noch möglich sein wird, inzwischen auch das fragl. Terrain nicht bebaut werden darf. Auf den Wunsch des Rittmeister Brauns ist ferner von dem unentgeltlich an die Stadt abzutretenden Straßenterrain ein kleiner Theil beim Austritt der Parkstraße in die Kasernenstraße ausgeschlossen worden, was deswegen unbedenklich schien, weil derselbe bei Regulirung der Straße doch nicht benutzt werden wird. Endlich sind im Interesse des Verkehrs und aus ästhetischen Rücksichten auch in Betreff der Straßenanlage verschiedene Modificationen des ursprünglichen Plans und in Folge dessen eine Ueberschreitung des Kostenanschlages um 1375 \mathfrak{R} unvermeidlich geworden sodas derselbe sich nunmehr auf 2700 \mathfrak{R} beläuft. — Der Antrag des Magistrats, diese Abweichungen von den ursprünglichen Beschlüssen zu genehmigen, wird namens der Statutencommission durch Herrn Graf Görz-Wrisberg dringend befürwortet,

und von der Versammlung genehmigt.

VIII. Nach Feststellung der Tagesordnung

ist ein Antrag des Magistrats auf Canalisirung der Pflegehausstraße eingegangen, über welchen für die Finanzcommission ebenfalls Herr Graf Görz-Wrisberg Bericht erstattet.

Bei Chaussirung dieser Straße ist kein Bedacht auf Ableitung des von der Geller und der Gaslarschen Straße zufließenden Regenwassers in die Oker genommen, vielmehr nur ein $1\frac{1}{2}'$ tief in der Erde liegender Canal vorgerichtet, welcher dasselbe in einen Graben auf der Westseite der Pflegehausstraße leitet, wo es ver-

siegen soll, häufig aber stagnirt oder die benachbarten tiefer liegenden Grundstücke überschwemmt — Uebelstände, welche durch Hinzutritt des Regenwassers aus den nahen Fabriken noch erheblich vermehrt werden. Durch ein an die Fabrikinhaber erlassenes Verbot ist letzteres nunmehr abgestellt worden; um aber den gerechten Beschwerden der Anlieger vollends abzuhelpen, beantragt der Magistrat die Anlage eines durch den Pflegehausgarten zur Oker führenden 12zölligen Plattendcanals und zweier gepflasterter Gassen, welche das Straßenwasser in diesen einführen, zu genehmigen und die zu 745 \mathfrak{R} veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Statutencommission beschließt die Versammlung diesen Anträgen gemäß.

Hierauf

IX. genehmigt die Versammlung dann auch den bei Beginn der Sitzung mündlich durch Herrn Oberbürgermeister Caspari eingebrachten Antrag auf Canalisirung der Kaffeetwete und des anschließenden südlichen Theils der Gördelingerstraße,

nachdem Herr Duenstedt Anlaß genommen, die baldige Ausdehnung dieser Anlage auch über den andern Theil der Gördelingerstraße dringend zu befürworten.

Schließlich

X. folgt, durch Herrn Dr. Peters erstattet, der Bericht der Statutencommission über einen vom Magistrate vorgeschlagenen Vergleich mit Herzoglicher Landesregierung wegen Entschädigung der Stadt für die aufgehobene Weinhandels-gerechtfame.

Nachdem durch das Gewerbegesetz vom 3. August 1864 \mathfrak{N} 40 die Verbiethungsrechte aufgehoben, und durch das Gesetz \mathfrak{N} 41 von demselben Tage die Voraussetzungen und Grundsätze der Entschädigungen für aufgehobene Verbiethungsrechte festgestellt waren, hat der Magistrat unter eingehender Darlegung der diesen Anspruch begründenden Rechts- und Sachverhältnisse wiederholte Versuche gemacht, bei Herzogl. Landesregierung für die ausschließliche Weinhandels-gerechtfame der vor-maligen Rathsfeller in Altstadt, Hagen und Neustadt eine Ablösungssumme erst von 15000 \mathfrak{R} , dann von 7500 \mathfrak{R} zu erlangen. Herzogliches Staatsministerium hat beide Forderungen abgelehnt und sich schließlich nur zu einer Entschädigung von 5000 \mathfrak{R} bereit finden lassen, welche nach Maßgabe des bezüglichlichen Gesetzes in 4% = Landeschulbverschreibungen zum Nennwerthe zu leisten sein würden. Somit vor die Frage gestellt, ob dieses Gebot für annehmbar zu halten, oder ob die Durchführung des höhern Anspruches der Stadt im Rechtswege zu versuchen sei,

glaubt der Magistrat sich für ersteres entscheiden zu müssen, und zwar aus folgenden Gründen. Nach § 1 des angezogenen Gesetzes soll eine Entschädigung für aufgehobene Verbiethungsrechte und gewerbliche Berechtigungen nur dann gezahlt werden, wenn dieselben ihren Inhabern oder deren Rechtsvorfahren ohne Vorbehalt einer Einschränkung oder willkürlichen Aufhebung, durch ein gültiges und noch wirksames Privileg verliehen ist, oder durch richterliche Entscheidung oder vermittels ausdrücklicher Anerkennung der Regierung zugesprochen ist oder zugesprochen werden wird. Da nun Herzogl. Landesregierung sowohl ein Privilegium der Stadt auf den ausschließlichen Weinhandel als auch eine Anerkennung des Verbiethungsrechtes in Abrede stellt, so handelt es sich darum, ob es der Stadt gelingen würde, für die eine oder andre gesetzliche Voraussetzung den gerichtlichen Nachweis zu liefern und so eine günstige richterliche Entscheidung zu erwirken. Zwar glaubt der Magistrat den Beweis geführt zu haben, daß der Stadt vor ihrer Unterwerfung die mit einem Verbiethungsrechte verbundene Weinhandelsgerichtsbarkeit in dem altstädter, dem hägeren und dem neustädter Keller, und zwar in letzterem durch ausdrückliche Verleihung der Herzöge Albrecht und Heinrich im J. 1299, ohne Unterbrechung zugestanden habe, daß dieselbe ihr durch die in dem Vertrage vom 10. und dem Huldebrieфе vom 16. Juni 1671 enthaltenen allgemeinen Zusagen Herzog Rudolph Augustus aufs neue gewährleistet ist, und daß wenn während der Verwaltung des städtischen Aeraars durch Herzogl. Landesregierung von dieser Concessionen zum Weinhandel an einzelne Private ertheilt sind, durch solche ausnahmsweise und zum Theil gegen eine Geldvergütung erfolgte Concessionen der Charakter dieser Gerichtsbarkeit als einer ausschließlichen sich genugsam documentirt und bei derartigen Verleihungen die Landesregierung nicht aus eigener Machtvollkommenheit, sondern eben in Vertretung der Stadt aufgetreten sei, was insbesondere daraus erhellt, daß die von den so Concessionirten gezahlten Gelder in mehreren Fällen zwischen Stadt und Regierung getheilt worden sind. — So sehr nun aber diese Thatfachen und Argumente geeignet sein mögen, eine moralische Ueberzeugung zu begründen, so zweifelhaft muß es scheinen, ob sie auch dem Richter einen juristischen Beweis erbringen, und namentlich ob die Gültigkeit und Wirksamkeit jener Urkunde über die Weinschankgerichtsbarkeit im Neustädter Keller anerkannt, bzw. die ausdrückliche Anerkennung des Rechts in Ansehung der übrigen Keller gerichtseitig werde angenommen werden. Unter diesen Umständen scheint dem Magistrate eine Erledigung der Streitfrage durch Vergleich dem jedenfalls langwierigen, kostspieligen und in seinem Auswege ungewissen Rechtswege vorzuziehen. — In Betreff der Vergleichssumme war bei den mündlichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Landesregierung und der Stadt verabredet worden, daß beide Theile ihren Mandanten die Hälfte der ersten Forderung der Stadt

zur Verwilligung, resp. zur Annahme empfehlen sollte. Wenn nun auf Seiten der Regierung nur 5000 $\text{\$}$ in Vorschlag gebracht sind, während die Stadt die Summe von 7500 $\text{\$}$ forderte, so erklärt diese Differenz sich daraus, daß dort in Gemäßheit von § 12 des Entschädigungsgesetzes zwei Drittel der diesseits ursprünglich berechneten Summe, also 10,000 $\text{\$}$, als der der Stadt im Falle ihres gerichtlichen Obstiegens gebührende Betrag angenommen wurde, der Vertreter des Magistrats hingegen, da in diesem Falle die Bestimmungen unter E des Entschädigungsgesetzes überhaupt nicht zur Anwendung kommen, auch von jenem Paragraph glaubte Abstand nehmen zu können. Obwohl nun die in Aussicht gestellte Entschädigungssumme von 5000 $\text{\$}$, namentlich in vierprocentigen und zum Nennwerthe berechneten Landesschuldverschreibungen sehr gering scheinen muß, empfiehlt der Magistrat doch, aus den vorgetragenen Gründen den Abschluß des Vergleiches auf diese Summe zu genehmigen.

Ausführlicher entwickelt die Sachlage der Referent der Finanzcommission, Herr Peters, indem er namentlich im Anschluß an die sehr eingehende und sorgfältige Darlegung des Herrn Stadtrath Rittmeyer, welche vom Magistrate bei Herzogl. Landesregierung eingereicht ist, die Ueberzeugung begründet, daß eine unbefangene Würdigung der in Betracht kommenden Thatsachen einen Zweifel an der vollen Berechtigung des Anspruches der Stadt nicht zulasse. Bei alledem hat auch die Commission sich den vom Magistrate gegen Verschreitung des Rechtsweges geltend gemachten Erwägungen nicht entziehen können, und dies um so weniger, als mehrfache in letzterer Zeit bei ähnlichen Anlässen ergangene Erkenntnisse des Obergerichts gezeigt haben, daß dieses sich auf einen rein formellen juristischen Standpunkt stellt und zu einer eingehenden und zuvorkommenden Erörterung historischer Verhältnisse wenig geneigt ist. Demnach kann auch die Commission nur die Genehmigung des proponirten Vergleichs anheimgeben.

Herr Lucius betont ebenfalls, daß nach Inhalt der Acten das gute Recht der diesseitigen Forderungen sonnenklar sei. Es sei ihm als Mitglied der Commission daher sehr schwer geworden, jenem Votum beizutreten, und nur im Hinblick auf die angedeutete Tendenz des Obergerichts habe er sich dazu entschließen können,

eine Tendenz, welche der Herr Vorsitzende aus seinen Erfahrungen als Rechtsbeistand von Parteien mit ähnlichen Ansprüchen bestätigt.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari fügt hinzu, daß die nämliche Schwierigkeit den Magistrat bewogen habe, sich mit der Landesregierung über die seit Unterwerfung der Stadt schwebenden Ansprüche derselben in Güte auf das Defini-

tivum vom J. 1858 zu vereinbaren, dessen verhältnißmäßig günstigen Ergebnisse man allerdings vorzugsweise den historischen Ermittlungen verdanke, mit denen der verstorbene Stadtdirector Bode, in der Absicht das Recht der Stadt nöthigenfalls im Wege eines Processus zur Geltung zu bringen, diesem Abschluß vorgearbeitet.

Die Versammlung beschließt hierauf den Anträgen des Magistrats und der Commission gemäß.

Nachdem somit die Tagesordnung erledigt ist,

ladet Herr Schöttler die Versammlung ein, an einem der nächsten Tage unter seiner Führung die nunmehr fertig gestellten und zum Theil bereits bezogenen Arbeiterwohnungen vor dem Wilhelmithore in Augenschein zu nehmen. Gegen die Bedeutung dieses Unternehmens werde sich nur Derjenige verschließen können, welcher die Pflichten des Arbeitgebers gegen seine Arbeiter lediglich in der Lohnzahlung erkenne. Freilich aber begegne die hiesige Gesellschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen in den betreffenden Kreisen einer Laune, welche nichts besser kenne als die Thatsache, daß für diesen Zweck von der gesamten übrigen Großindustrie Braunschweigs nur einhundert Thaler mehr gezeichnet seien, als vom Redner allein. Um so mehr müsse unter diesen Umständen daran liegen, daß sich die städtischen Behörden durch eigene Anschauung ein Urtheil darüber bilden, ob die Gesellschaft bisher in zweckdienlicher Weise vorgegangen sei.

Die Versammlung verabredet, sich zu der vorgeschlagenen Besichtigung in den Mittagsstunden des nächsten Sonnabends einzufinden,
worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden einige Wohnortsrechtsgesuche sowie mehrere Steuerangelegenheiten erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 19. October 1871.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angenommen die Herren Faillard und Steinmann.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt der Herr Vorsitzende zunächst den Eingang mehrerer neuen Vorlagen an.

Die Anwohner des Bültenweges haben, unter Darlegung der großen Mißstände, welche die gegenwärtige Beschaffenheit dieser Straße mit sich bringt, ein dringliches Gesuch um deren Canalisirung an die Versammlung gerichtet. Die Versammlung ist mit dem Herrn Vorsitzenden dahin einverstanden, daß über diese Angelegenheit zuvörderst die Meinung des Magistrates zu hören und zu dem Ende das Gesuch an diesen abzugeben.

Von Seiten Herzoglichen Staatsministerii ist an den Magistrat die Aufforderung ergangen, sich gutachtlich darüber zu äußern, ob nicht jetzt der geschlich vorgesehene Zeitpunkt gekommen sei, in hiesiger Stadt an Stelle der bestehenden indirecten Abgaben die Grundsteuer einzuführen. In einem Schreiben vom 13. d. M. spricht der Magistrat nun den Wunsch aus, diese Frage durch eine gemein-

schaftliche Commission berathen und dazu vier Mitglieder der Versammlung deputirt zu sehen.

Nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden beschließt die Versammlung deren Wahl nach Erledigung der Tagesordnung vorzunehmen.

Einen fernerer Antrag des Magistrats stellt der Herr Vorsitzende wegen der Dringlichkeit des Gegenstandes sofort zur Berathung. Obgleich nämlich Extraordinarien für städtische Beamte nach der letzten Erhöhung der Gehalte und Remunerationen grundsätzlich nicht mehr verwilligt sind, glaubt der Magistrat doch zur vorläufigen Abhilfe des wirklichen Nothstandes, welchen die gegenwärtige Theuerung aller Lebensbedürfnisse über die niedriger besoldeten Beamten hereingeführt hat, für diejenigen, deren Gehalte oder Remunerationen den Betrag von 500 \mathfrak{M} nicht übersteigen, die Gewährung einer außerordentlichen Beihilfe, und zwar je von 20 \mathfrak{M} für die verheiratheten, von 10 \mathfrak{M} für die unverheiratheten, dringend empfehlen zu sollen. Durch den Herrn Vorsitzenden warm befürwortet, wird diese Verwilligung ohne Discussion von der Versammlung ausgesprochen.

Zwei Schreiben des Magistrates, die Heranziehung der in hiesiger Stadt ansässigen oder durch Agenturen vertretenen Actiengesellschaften u. zur Communalsteuer und die von solchen bis jetzt eingegangenen Declarationen betr., werden zur Vorberathung der in Betracht kommenden Principienfragen und der demnächst vorzunehmenden Veranlagungen dem Vorsitzenden der Einschätzungs-Commissionen überwiesen.

Der Tagesordnung gemäß folgen, durch Herrn v. Seckendorf erstattet, die Berichte der Finanzcommission

I. über den Voranschlag der städtischen Gasanstalt auf das Betriebsjahr 1870/71, welcher von der Commission wie von der Verwaltungsdeputation in allen seinen Theilen als wohlbegründet anerkannt,

und demgemäß auch von der Versammlung genehmigt wird;

II. über den Rechnungsabschluß der Stadtwasserkunst vom Jahre 1870, welcher der Versammlung in autographischen Vervielfältigungen vorliegt.

Der Magistrat giebt anheim, unter der Voraussetzung, daß die Richtigkeit der einzelnen Ansätze durch die Rechnungsbücher erwiesen werde, der Direction Discharge zu ertheilen und zu genehmigen, daß den Anträgen derselben gemäß, von dem zu 6639 \mathfrak{M} 7 \mathfrak{A} sich herausstellenden Reingewinne

1500 \mathfrak{M} zur Einlösung der ausgelooften fünfzehn Obligationen verwandt,

1581 *§ 19 § 6 A* für Erweiterung des Röhrennetzes dem Privateinrichtungsconto erstattet,

2414 *§ 13 §* zur Verichtigung der Kosten des dritten Dampfessels verwandt und ebenso wie der vorige Posten dem Bauconto zur Last geschrieben,

101 *§ 26 §* für beschaffte Bureauutensilien verausgabt, und

1040 *§ 22 § 1 A* dem Betriebsfond überwiesen

werden dürfen. — Die Direction hat ferner beantragt, einen Beschluß darüber zu fassen, ob künftig auch da Ersatz geleistet werden soll, wo durch elementare Ereignisse herbeigeführte Röhrenbrüche Beschädigungen an Privateigenthum verursachen. In Erwägung, daß eine allgemeine Bestimmung dieser Art theils wegen der großen Verschiedenheit der möglichen Fälle sehr schwierig, ja unmöglich, theils aber auch von geringem Nutzen sein würde, da jedem Beschädigten freisteht, etwaige Ansprüche im Wege Rechts geltend zu machen, sind Magistrat und Verwaltungsdeputation der Ansicht, es werde am zweckmäßigsten bei dem bisherigen Verfahren zu belassen sein, wonach begründete und billige Entschädigungsforderungen durch die Direction im Einverständniß mit der Verwaltungsdeputation zugestanden werden können, in anderen Fällen aber die Rechtsverfolgung abgewartet wird.

Erläuternd fügt Herr Reuter hinzu, daß jener Antrag sich nicht sowohl auf eigentliche Röhrenbrüche, bei denen allerdings Ersatz für etwa eintretende Beschädigungen geleistet werden müsse, als vielmehr auf Hydrantbrüche beziehe, wie solche zuweilen in Folge starken Frostes vorkommen. Indem nämlich das ausströmende Wasser durch die gefrorene Erdschicht nach oben nicht hervorbrechen könne, suche es seinen Weg in der Tiefe und ergieße sich dann wohl in Keller und Souterrains. Für solche Fälle halte man beim Wasserwerke stets Arbeiter zu augenblicklichem Eingreifen in Bereitschaft; wenn gleichwohl ab und zu ein nennenswerther Schaden entstehe, so liege dies meistens daran, daß die Betroffenen unterlassen, rechtzeitig zu melden, wo das Wasser eingedröhen, was vom Bureau aus, wo der Hydrantbruch selbst allerdings sofort signalisirt werde, sich natürlich nicht ebenso bald ermitteln lasse. Unter diesen Umständen sei die vom Magistrate vorgeschlagene Entscheidung durchaus im Sinne der Direction.

Nachdem Herr Götte namens der Verwaltungsdeputation mitgetheilt hat, daß der Rechnungsabschluß in allen Stücken mit den überaus sorgsam geführten Büchern in Uebereinstimmung befunden ist,

wird von der Versammlung die beantragte Decharge ausgesprochen und werden weiter dann die Vorschläge des Magistrats in Betreff der Verwendung des Uberschusses, sowie des Verfahrens bei Entschädigung Privater genehmigt.

III. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 2. d. M. mittheilt, ist es bei den Verhandlungen der nach Ausbruch der Cholera in Königsberg und anderen deutschen Städten von Herzogl. Polizeidirection angeordneten Sanitätscommission, bei welcher auch Mitglieder der städtischen Behörden zugezogen waren, zur Sprache gekommen, daß für den Fall einer gleichen Heimsuchung unserer Stadt die vorhandenen herzoglichen und städtischen Lazarethlocalitäten nicht ausreichen würden. Demzufolge hat sich der Magistrat in der Lage gesehen, die Errichtung von zwei Lazarethbaracken zu 30 Betten auf dem Grundstücke des Pflegehauses zu beschließen, und da die Umstände eine möglichste Beschleunigung des Baues geboten, nach Uebereinkunft mit der Finanzcommission sofort ins Werk zu setzen. Bei dem auch sonst fühlbaren Raumangel im städtischen Krankenhause sind diese Baracken für die Dauer hergestellt; die somit auf 1900 fl sich belaufenden Kosten beantragt der Magistrat nachträglich aus der Stadtkasse zu verwilligen,

wozu auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Haacke berichtet, die Versammlung sich bereit finden läßt, nachdem

der Herr Vorsitzende die rege Fürsorge des Magistrats und der Polizeibehörden, der man es an ihrem Theile sicherlich auch zu verdanken habe, wenn Braunschweig von der drohenden Seuche befreit geblieben, dankend hervorgehoben, und

Herr Kellner mitgetheilt hat, daß die neuen Baracken gegenwärtig mit Pockenkranken belegt und somit dem städtischen Krankenhause bereits sehr zu gut gekommen sind.

Hierauf

IV. berichtet namens der Finanzcommission Herr Reidemeister, daß der zu Pfingsten d. J. in Lübeck gegründete Hanfische Geschichtsverein wie bei allen vormals zum Hansebunde gezählten Städten so auch hier, mit der Bitte um einen fünfjährigen Beitrag zu den Kosten der beabsichtigten Urkundenpublikationen eingekommen ist. Im Hinblick auf die historische Bedeutung Braunschweigs hält der Magistrat die Gewährung dieser Bitte für eine Ehrenpflicht, und da Lübeck 200, Bremen 400 fl jährlich verwilligt hat, den hiesigen Verhältnissen einen Jahresbeitrag von 50 fl für angemessen, dessen Verwilligung aus der Stadtkasse demnach anheimgegeben

und auf Empfehlung der Finanzcommission von der Versammlung ausgesprochen wird.

V. Die durch Herzogliches Staatsministerium unterm 5. April 1869 ver-

öffentliche Umrechnung der bisherigen Landesmaße und Gewichte nach dem neuen Systeme, welches mit dem 1. Januar k. J. in Kraft treten wird, läßt sich nicht ohne weiteres auf die Maßbestimmungen der städtischen Statute anwenden, indem man dadurch in manchen Fällen zu Maßen gelangen würde, die sich für den praktischen Gebrauch nicht eignen. Der Magistrat hat deshalb die revidirte Feuerordnung, das Straßenpflasterungsstatut, die Bauordnung, die Feld- und Gartenordnung, die Bekanntmachung wegen Umwandlung von Feld- und Gartenland in Baugrund, das Stadterweiterungsstatut und das Statut die Aufbewahrung von Petroleum betreffend, nach dieser Seite hin einer Prüfung durch den Stadtbaumeister unterziehen und die darin vorkommenden Maßbestimmungen derart feststellen lassen, daß sie ohne den Zweck zu beeinträchtigen, möglichst bequem zu handhaben sind. Für die dabei unvermeidlich gewesenen Abänderungen der bisherigen Vorschriften sucht der Magistrat zunächst die Zustimmung der Versammlung nach.

Die Statutencommission, für welche Herr Schöttler berichtet, ist ebenfalls der Ansicht, daß es nicht genüge, die bisherigen Zahlen einfach umzurechnen, sondern daß an deren Stelle zugleich solche Ausdrücke gewählt werden müssen, welche sich dem Decimalsystem möglichst einfügen und leicht zu gebrauchen sind. Dieser Forderung aber scheinen auch die durch den Stadtbaumeister gefundenen Ausdrücke immer noch nicht in vollem Maße zu entsprechen, und zwar in Folge des allzu gewissenhaften Bemühens nach möglichster Annäherung an die alten Maße. Bei ihrem Versuche nun, diesem Mangel vollends abzuhelpen, ist die Commission in der Weise verfahren, daß sie da, wo es wünschenswerth schien die bisherigen Maße etwas höher zu setzen, die neuen Zahlenausdrücke nach oben hin abgerundet, andernfalls aber solche Abrundungen vorgenommen hat, welche den bisherigen Maßen möglichst nahe kommen.

Eine Anzahl der so gefundenen Ausdrücke wird von dem Herrn Referenten im einzelnen vorgetragen und motivirt.

Dann aber weist Herr Reuter darauf hin, daß eine Nachprüfung derselben an diesem Orte nicht wohl möglich sei, auch die Umsicht und Gewissenhaftigkeit mit der die Commission ihre Aufgabe gelöst, aus dem bisher Vorgetragenen zur Genüge hervorgehe,

und stellt demgemäß Herr Vock den Antrag, die Vorschläge der Commission in Vausch und Bogen zu genehmigen.

Einigen Anstand verursacht indeß die Feststellung der in § 27 des Stadterweiterungsstatuts vorgeschriebenen Maßstäbe für Situations- und Nivellementszeichnungen. Als passendstes Verhältniß für solche hat sich der Commission das von

1 : 500, bzw. 1 : 100 darzubieten geschienen. In Erwägung jedoch, daß es für wünschenswerth zu halten sein dürfte, in diesem Punkte eine Uebereinstimmung mit den seitens der Herzogl. Baudirection und der Landesökonomiecommission zu treffenden Bestimmungen zu erzielen, schlägt der Herr Referent vor, eine Beschlusfassung hierüber einstweilen noch auszusetzen und den Magistrat zu ersuchen, sich zuvor der Ansicht dieser Behörden zu vergewissern.

Herr Graf Görz-Wrisberg theilt mit, daß wenigstens die Baudirection einen bestimmten Maßstab weder bislang vorgeschrieben, noch auch, gutem Vernehmen nach, inskünftige vorschreiben werde, da sie von dem Grundsatz ausgehe, daß die Größe einer Zeichnung je nach Zweck und Bedürfnis verschieden sein müsse.

Da jedoch Herr Reuter auch das Bedenken geltend macht, ob der Maßstab nach dem Verhältniß von 1 : 500 nicht bei allen irgend bedeutenderen Bauten zu groß sein würde,

so schlägt Herr Götte den Ausweg vor, dem Magistrat anzuzeigen: die Versammlung erachte die angegebenen Verhältniszahlen für die zweckdienlichsten, wünsche aber in dieser Hinsicht Hand in Hand mit den zuständigen Landesbehörden vorzugehen und ersuche demnach den Magistrat sich mit diesen ins Vernehmen zu setzen.

Mit dieser Einschränkung werden sodann die von der Commission vorgeschlagenen Zahlenausdrücke genehmigt.

Schließlich bringt Herr Schöttler zur Sprache, daß der in Folge dieses Beschlusses nöthig werdende Neudruck der in Betracht kommenden Statute eine geeignete Gelegenheit biete, denselben noch eine Reihe anderweitiger Aenderungen einzufügen, welche sich ebenfalls als wünschenswerth darstellen. Es werde sich daher empfehlen, dem Magistrat anheimzugeben, ob nicht zuvor eine allgemeine Ueberarbeitung dieser Statute werde vorzunehmen sein.

Der Herr Vorsitzende unterstützt diese Anregung mit dem Hinweis auf die Thatfachen, daß eine Umgestaltung der Bauordnung bereits in dem hiesigen Bürgerverein zur Erörterung gelangt ist, und die Geltung mehrerer anderer Statute in ihrer jetzigen Fassung ferner auch dadurch in Frage gestellt wird, daß eine Entscheidung des Cassationshofes alle diejenigen Bestimmungen städtischer Statuten, welche Abweichungen von dem bestehenden Privatrechte enthalten, für unverbindlich erklärt hat. Der Herr Vorsitzende formulirt seinen Antrag dahin:

daß der Magistrat ersucht werde, die in Betracht kommenden Statute vor Veranstaltung eines Neudrucks mit Bezug auf jenes juristische und andere etwa sonst noch auftauchende Bedenken einer Revision zu unter-

ziehen, und inzwischen die neuen Maßbestimmungen darin durch ein Gesamtstatut zur öffentlichen Kenntniß zu bringen,
ein Antrag, welchem die Versammlung beitrith,

nachdem Herr Reuter die Mittheilung hinzugefügt hat, daß die Umarbeitung der Bauordnung bereits beschlossene Sache sei.

Nach Feststellung der Tagesordnung

VI. ist ein Magistratschreiben vom 15. d. M. eingegangen, in welchem beantragt wird, zu den Fonds der Gesellschaft für den Bau von Arbeiterwohnungen in derselben Weise wie schon einmal wiederum ein Capital von 2000 M aus den Ueberschüssen der Hundesteuer einzuschießen. Der Magistrat hält es für sehr wünschenswerth, daß Häuser solcher Art, wie deren einige nunmehr bereits, dem Zwecke durchaus entsprechend, im Wolfskampe fertig gestellt und zu Michaelis bezogen sind, in größerer Anzahl errichtet werden, wozu denn auch die Gesellschaft bereit ist und durch Ankauf eines geeigneten Grundstücks Vorkehrung getroffen hat. Bei der lauen Theilnahme des wohlhabenden Publicums aber, und da jene fertigen Häuser nicht sofort zu verkaufen sind, würden die vorhandenen Mittel zur Fortsetzung des Unternehmens nicht ausreichen, und glaubt demnach der Magistrat in der beantragten Weise eintreten zu sollen, was übrigens auch durchaus unbedenklich, da der Ertrag der Hundesteuer für Verwendungen zum Besten der arbeitenden Klasse bestimmt ist, der Capitalbestand dieser Klasse sich zur Zeit auf 4250 M beläuft und die eingeschossenen Capitalien zu 4% verzinst werden.

Die Finanzcommission, für welche Herr Reidemeister berichtet, schließt sich diesen Erwägungen an und empfiehlt die Genehmigung des Antrags,

welche seitens der Versammlung ohne Discussion ausgesprochen wird.

Endlich

VII. berichtet namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende über ein Magistratschreiben vom 13. d. M., welches das Ersuchen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, ihm die Annahme der Stelle eines unbefoldeten Directors der Braunschweigischen Creditanstalt zu gestatten, bei der Versammlung befürwortet.

Der Magistrat geht dabei von der Erwartung aus, daß von dem beabsichtigten Zusammenwirken der Bank und der Creditanstalt mit Recht eine Förderung des gewerblichen Aufschwunges in hiesiger Stadt erwartet werden dürfe, dieses Zusammenwirken aber durch Vereinigung der Verwaltungen beider Institute in denselben Händen nur gewinnen könne. Daß der Herr Oberbürgermeister sein städtisches Amt neben jenen

Directorialfunctionen wie bisher nach allen Richtungen und vollständig wahrzunehmen im Stande sein werde, steht außer Frage. Die Gefahr, demselben durch ungünstige Chancen des Unternehmens ernste Unannehmlichkeiten erwachsen zu sehen, wird nicht verkannt; doch überwiegt die Zuversicht, daß es seiner Vorsorge und Thätigkeit gelingen werde, diese Gefahr fern zu halten. Der Magistrat ertheilt demnach dem Antrage des Herrn Oberbürgermeisters seine Zustimmung, und giebt eine gleiche Beschlusnahme der Versammlung anheim.

Die Statutencommission hat geglaubt, diese Angelegenheit lediglich aus dem Gesichtspunkte einer Consequenz betrachten zu müssen. Indem nämlich beabsichtigt werde, die Verwaltungen beider Institute in denselben Personen zu vereinigen, werde die dem Herrn Oberbürgermeister übertragene neue Function nur als eine Erweiterung seines schon genehmigten Amtes als Bankdirector anzusehen sein, der man folgerichtig daher die Genehmigung ebensowenig versagen könne. Und eben dieser Consequenz gegenüber, zugleich aber auch im Hinblick auf die Persönlichkeit des Herrn Oberbürgermeisters habe die Commission sich für berechtigt und verpflichtet gehalten, die etwa geltend zu machenden principiellen Bedenken unterzuordnen. Auch die Commission beantrage demnach die Genehmigung des vorliegenden Gesuches.

Herr Lucius hingegen, obwohl er mit dieser Ansicht schon bei früherem Anlaß allein gestanden habe, kann gleichwohl nicht umhin, es nochmals auszusprechen, daß seiner principiellen Ueberzeugung nach derartige Nebenämter dem ersten Vertreter einer großen Commune nicht wohl anstehen. Verufe man sich aber auf die anerkannte Arbeitskraft des Herrn Oberbürgermeisters, der es sicherlich gelingen werde, eine doppelte und dreifache Aufgabe zu bewältigen, so sei zu erwidern, daß diese seltene Kraft voll und uneingeschränkt der Stadt zu gönnen, nicht aber zu einem, wenn auch verhältnismäßig geringen Theile an industrielle Privatunternehmungen abzulassen sei, und daß es Pflicht der anderen Vertreter der Stadt, zu sorgen, daß diese Kraft sich nicht vorzeitig erschöpfe. In dem Worte, daß Niemand zween Herren dienen könne, liege ein tiefer moralischer Sinn, und da nun vollends in diesem Falle nicht einmal die Sache so stehe, daß etwa keine zweite Persönlichkeit zu finden sei, von der sich erwarten lasse, daß sie die Directorialgeschäfte der neuen Creditanstalt, wenn nicht ganz, doch fast so gut wie der Herr Oberbürgermeister versehen werde, so müsse er diesmal nur um so nachdrücklicher dem vorliegenden Antrage widersprechen. Der beliebten Auffassung gegenüber, welche in einem Votum dieser Art gern einen Act der Mißgunst suche, wolle er übrigens nicht unterlassen die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß er zu jeder Verbesserung der in der That keineswegs übertrieben reich bemessenen Gehalte der Magistratsmitglieder

lieber die Hand bieten werde, als zu einer Ausstattung derselben mit Nebenämtern. Schließlich trägt Redner auf namentliche Abstimmung an.

Herr Schöttler. Er sei weder Actionär der Bank noch der Creditanstalt, stehe auch mit keinem dieser Institute in Geschäftsverbindung und werde solche vor- ausichtlich auch in Zukunft nicht eingehen. Dessenungeachtet hege er den lebhaften Wunsch, daß beide mit bestem Erfolge arbeiten, weil seiner Ueberzeugung nach ihre Interessen mit denen der Stadt eng verknüpft seien. Wenn nun hiernach aber der Herr Oberbürgermeister als Director dieser Institute zugleich zum Besten der Stadt wirken werde, so fühle Redner sich vollkommen berechtigt, dem seine Zustimmung zu geben, welche er andernfalls ebenso gewiß versagen und also auch für die Folge zurückziehen würde, wenn etwa die Creditanstalt Wege einschlagen sollte, auf denen das Interesse der Stadt hintangesezt erschiene. Daß auch der Herr Oberbürgermeister selbst seine Aufgabe so erfasse, verbürge u. a. die Entschiedenheit, mit welcher er die ebenfalls auf ihn gefallene Wahl in den Aufsichtsrath der Eisenbahn- gesellschaft, welche den städtischen Interessen fern stehe, abgelehnt habe. Endlich sei noch zu erwägen, daß bei der engen Verbindung zwischen Bank und Credit- gesellschaft der Herr Oberbürgermeister als Director der erstern gar nicht werde um- hin können, auch für das andere Institut thätig zu sein, daß also ein ablehnender Beschluß der Versammlung praktisch ohne alle Bedeutung sein würde.

Bei der hierauf eintretenden namentlichen Abstimmung stimmen
mit Ja die Herren Vock, Bräse, Ehrenhard, Flagge, v. Görz-Wrisberg, Götte,
Haacke, Jasper, Kellner, Kloss, Krone, Leo, Meyer, Peters, Quenstedt, Reuter,
Rimpau, Schöttler, v. Seckendorf, Solmitz, Struck, Wieweg,
mit Nein die Herren Lucius und Reidemeister,
und wird somit dem Herrn Oberbürgermeister die nachgesuchte Erlaubniß
gewährt.

In die gemischte Commission zur Vorberathung der Frage wegen Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer und Einführung der Grundsteuer werden seitens der Versammlung die Herren Vock, von Görz-Wrisberg, Reidemeister, Schöttler gewählt.

Nachdem somit die Tagesordnung erledigt ist,
ergeht an den Herrn Vorsitzenden von mehreren Seiten die Anfrage, ob dem frühern Beschlusse der Versammlung gemäß ein Proceß wegen Aufhebung der Serviceabgabe gegen Herzogliche Landesregierung angestellt sei.

Der Herr Vorsitzende giebt hierauf die Erklärung ab, daß er dazu aller- dings durch den Magistrat beauftragt worden, im Einverständniß mit diesem aber

aus gewissen Zweckmäßigkeitsrücksichten bisher keine Schritte in dieser Sache gethan, wozu nunmehr jedoch die Zeit gekommen zu sein scheint.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung erledigte die Versammlung mehrere Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts sowie verschiedene Besteuerungsfragen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 9. November 1871.

Abwesend war und galt als entschuldigt Herr Peters.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet. Nachdem zunächst die Protocolle vom 29. September und 19. October genehmigt sind, erklärt in Uebereinstimmung mit einem Antrage des Magistrats auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden die Versammlung sich einverstanden, daß der Abfindungsplan des Hauses s. No. 896 am Alten Petrithore, welcher der Stadt zur Sicherung ihres Rückkaufsrechtes an einem dem Besitzer überlassenen Straßenterrain mit verpfändet war, aus dieser Hypothek entlassen werde.

Ferner macht der Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung, daß gemäß dem Beschlusse vom 22. Juni d. J. der Magistrat bei Herzogl. Landesregierung die Ablösung der aus der Staatskasse an die Stadtkasse zu leistenden Prästationen angeregt und gleichzeitig vorgeschlagen hat, diese Frage ähnlich wie den Ausgleich vom Jahre 1858 durch eine beiderseitige Commission vorberathen zu lassen. Da Herzogl. Staatsministerium diesen Vorschlag genehmigt, so ersucht der Herr Oberbürgermeister die Versammlung, ihren Herrn Vorsitzenden und ihn zur Verhandlung mit den designirten Regierungsbevollmächtigten zu autorisiren. Die Versammlung ertheilt diese Vollmacht unter dankbarer Anerkennung der raschen Initiative, mit welcher der Magistrat ihr Anliegen gefördert hat.

Der Tagesordnung gemäß

I. erstattet Herr Jasper für die Finanzcommission Bericht über einen Antrag des Magistrats auf Erwerbung einer Capitalforderung des Herzogl. Leihhauses an

die Turnhallengesellschaft im Betrage von 6000 fl , welche die letztere 1866 unter Bürgschaft der Stadt für Verzinsung, Amortisation und Rückzahlung zum Zweck einer Regulirung ihrer Verhältnisse angeliehen hat. Nachdem darauf inzwischen 360 fl abgetragen sind, hält es der Magistrat, theils einer möglichen Zinsersparniß halber, theils und insbesondere zur Vereinfachung der zwischen der Stadt und dem Leihhause schwebenden Rechnungen für geboten, den Rest gegen Cession der Forderung in Eins zu tilgen. Die Finanzcommission billigt diese Maßregel vollkommen und ersucht die Versammlung, ihr Einverständnis auszusprechen, was ohne Anstand geschieht.

Wie ferner

II. namens der Statutencommission Herr Schöttler vorträgt, ist der Commerzienrath v. Voigtländer mit den durch Beschluß der Versammlung vom 31. Mai für seine Straßenanlage vor dem Steinhore festgesetzten Bedingungen im übrigen einverstanden und nur gegen die eine Forderung vorstellig geworden, auch der Straße, welche von ihm zu $2\frac{1}{2}$ Ruthen projectirt ist, die statutenmäßige Breite von 3 Ruthen zu geben. Wie von vornherein hält der Magistrat auch nach einer nochmaligen Prüfung den Nachlaß dieser Forderung in der That für unbedenklich, da einmal die fragliche Straße für den allgemeinen Verkehr nie von großer Bedeutung und zudem an ihren Endpunkten, wo schon Häuser vorhanden sind, nicht wohl auf 3 Ruthen zu verbreitern sein wird, da ferner die ganze Anlage nicht einer Speculation dient, sondern durch eine Nothwendigkeit geboten war und zugleich im öffentlichen Interesse sehr wünschenswerth ist, und da endlich das Project noch vor Erlass des Stadterweiterungsstatuts entworfen und zur Ausführung vorbereitet war. Die Commission bedauert, daß die lesterwähnte Thatsache nicht schon bei der ersten Berathung gehörig ins Licht getreten, da das ablehnende Votum, zu welchem die Commission sich damals veranlaßt gefunden, wesentlich aus einem gerechten Bedenken hervorgegangen sei, statutarische Bestimmungen zu Gunsten eines Einzelfalles außer Kraft zu setzen. Wenn nunmehr die Sachlage sich dahin herausstelle, daß Herr v. Voigtländer seine Vereinbarungen mit den Anliegern zu einer Zeit getroffen, als die jetzigen Normen noch nicht bestanden, Vereinbarungen überdies, welche nicht mehr abgeändert werden können, so könne die Commission jetzt jenes Bedenken schwinden lassen, und dies um so eher, nachdem die städtischen Behörden selbst für soviel wichtigere Wege, z. B. für die Parkstraße, die geringere Breite lediglich deswegen zugelassen haben, weil die stricte Beobachtung des Statuts einen Mehraufwand nöthig machen würde. Die Commission empfiehlt deshalb die Genehmigung des Antrages,

welche dann ohne weiteres auch von der Versammlung erteilt wird, nachdem

Herr Flagge die Hoffnung ausgesprochen, die entgegenstehende Bestimmung des Statuts, welche sich mehr und mehr als undurchführbar herausstelle, wie in diesem und in anderen Fällen noch öfter durchbrochen und schließlich ganz beseitigt zu sehen.

III. Als sich bei den Verhandlungen über Instandsetzung des Hagenmarktes die Nothwendigkeit ergab, den vorhandenen Brunnen durch einen neuen zu ersetzen, begann eine Anzahl hiesiger Einwohner freiwillige Beiträge zu sammeln, um diesen neuen Brunnen mit einem künstlerisch bedeutenden Erzstandbilde Heinrichs des Löwen zieren zu können. Diese Bemühungen sind durch einen überaus günstigen Erfolg gekrönt worden: die von Breymann modellirte, von Howaldt in Bronze gegossene Statue geht ihrer Vollendung entgegen und wird ohne Zweifel ein neuer Schmuck unserer Stadt werden, welche demnächst nach Vollendung der Reiterstatuen Karl Wilhelm Ferdinands und Friedrich Wilhelms zu den an plastischen Kunstwerken reichsten in Deutschland zählen wird. Von den städtischen Behörden erwartet man nun die Gewährung der Mittel zur Herstellung eines der Statue würdigen Brunnens. Der Magistrat anerkennt die Berechtigung dieses Anspruchs und hat demnach durch den Stadtbaumeister unter Zuziehung Herrn Breymanns einen Entwurf anfertigen und ein Modell ausführen lassen, welches mit einigen Einschränkungen den Beifall der zur Begutachtung aufgeforderten anderen Sachverständigen gefunden hat und demzufolge zur definitiven Ausführung bestimmt ist, nachdem den eingebrachten Aenderungsvorschlägen gegenüber der Stadtbaumeister seinen Entwurf nochmals eingehend gerechtfertigt und Herr Breymann dem beigestimmt hat. Die Kosten der Ausführung sind auf 10560 ₹ veranschlagt, eine Summe, welche nur mäßig erscheinen kann, wenn man in Anschlag bringt, daß ein der Größe des Hagenmarktes angemessener gewöhnlicher Brunnen doch auch einen Aufwand von mindestens 8000 ₹ erfordern würde.

Die Finanzcommission, für welche Herr Götte berichtet, hat bei aller Anerkennung für das Bestreben, der Stadt ein bedeutendes Denkmal mehr zu gewinnen, dennoch das Bedenken nicht zu unterdrücken vermocht, ob es den pecuniären Verhältnissen der Stadt entspreche, dafür ein so bedeutendes Opfer zu bringen. Wenn sie gleichwohl den Antrag des Magistrats zu genehmigen anheimgibt, so geschehe dies nur in der Erwägung, daß der Plan durch die Commivenz, welche der Magistrat demselben von Anfang an entgegengebracht habe, bereits zu weit gediehen sei, um jetzt noch rückgängig gemacht werden zu können — eine Sachlage, angesichts deren die Commission zugleich beantragen müsse, daß der Magistrat ersucht werde, ein einseitiges Vorgehen, welches die freie Entschliesung der städtischen Behörden

solchermaßen im Voraus zu binden geeignet sei, für die Folge nach Möglichkeit zu vermeiden.

Herr Flagge. Nach der Art und Weise wie soeben der Herr Referent die Stellung der Commission zu dem vorliegenden Antrage charakterisirt habe, hätte man kaum etwas anderes erwarten dürfen, als dessen Ablehnung empfehlen zu hören. Redner würde dann allerdings den entgegengesetzten Beschluß auf das allerdringendste haben befürworten müssen, und auch so könne er nur lebhaft beklagen, daß die Commission dem wirklichen Sachverhalt so wenig Rechnung getragen habe. Denn bekanntlich sei der Plan in dem Sinne, wie ihn jetzt der Magistrat aufgegriffen, so lange und so allgemein ventilirt worden, daß über die Nothwendigkeit dieses Ausgangs schon längst Niemand mehr im Unklaren könne gewesen sein. Jetzt so nachdrücklich die etwa möglichen finanziellen Bedenken hervorgekehrt zu sehen, müsse um so mehr überraschen, als in anderen Fällen, bei denen es sich um Ehrenaussgaben handle, vor Allen der Herr Referent selbst immer mit vollen Händen zu gewähren geneigt sei.

Herr Götze. Allerdings liege nichts ihm ferner als irgend einem berechtigten Bedürfnis gegenüber ängstlich zu markten. Das aber sei eben zweifelhaft erschienen, ob ein Bedürfnis der Art hier wirklich vorliege. Er für seine Person wenigstens wisse sich der Meinung nicht zu entschlagen, daß es mancherlei anderes gebe — die Gründung von Schulen z. B. — was ungleich nothwendiger als die Aufstellung plastischer Kunstwerke und ein ebenso rühmliches Denkmal communalen Geistes sei.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Nach den Ausführungen des Herrn Referenten sollte die Versammlung fast zu der Ansicht kommen, als beantrage der Magistrat eine Aufwendung von 10000 \mathfrak{M} und mehr lediglich für ein Postament zu der Statue Heinrichs des Löwen. So aber liege die Sache doch keineswegs. Die Nothwendigkeit eines neuen Brunnens für den Hagenmarkt sei, wie gesagt, schon früher zur Sprache gekommen. Daß dort aber etwa, nur dem nothtesten Bedürfnis entsprechend, ein eisernes Ausflußrohr könne aufgestellt werden, werde doch auch der sparsamste schwerlich meinen. Erwäge man nun, daß die Restaurierung des Brunnens auf dem Kohlmarke auf 3000 \mathfrak{M} zu stehen gekommen, so werde es nicht überraschen, wenn für einen Brunnen wie er der Größe und den Umgebungen des Hagenmarkts würdig sei, 8000 \mathfrak{M} angefordert werden. Dann belaufe sich das Opfer, welches die Stadt zu bringen habe, um den Brunnen zum Postamente für die Statue Heinrichs des Löwen zu gestalten, nur etwa auf 2000 \mathfrak{M} . — Was sodann die formelle Behandlung der Angelegenheit betreffe, so möge man sich erinnern, daß das Committee für Beschaffung des Standbildes ohne alle Mitwirkung des Magistrates zusammengetreten sei, welcher seinerseits diese Angelegen-

heit ursprünglich nur privatim durch seine geringen Beiträge habe fördern können. Nachdem nun aber durch freiwillige Gaben die Summe von 3000 — 4000 \mathfrak{R} zusammengebracht worden sei, und somit das Publicum seine Theilnahme für das Project hinlänglich betheiligt habe, glaube der Magistrat sich der nunmehr an ihn herantretenden Zumuthung um so weniger entziehen zu dürfen, als damit die Gelegenheit geboten werde, um verhältnißmäßig geringen Preis ein Kunstwerk zu gewinnen, welches der Stadt für alle Zeit zur Ehre und Freude gereichen werde. Mit den städtischen Mitteln verschwenderisch umzugehen sei der Magistrat wahrlich nicht geneigt; indessen würde er einer seiner Aufgaben nicht zu genügen glauben, wenn er eine solche Gelegenheit sich entgehen ließe. In dem Commissionsberichte sei angedeutet, der Magistrat hätte die Versammlung von seinen Absichten schon früher verständigen sollen. Wie aber wäre alsdann der Verlauf gewesen? Die Versammlung würde den Magistrat beauftragt haben, die aus der Uebernahme des Standbildes erwachsenden Kosten ermitteln zu lassen; der Stadtbaumeister hätte Plan und Anschlag aufgestellt, und diese wären dann der Versammlung grade so wie jetzt vorgelegt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach würde doch auch dann sich keine Stimme dafür ausgesprochen haben, das dargebotene Geschenk zurückzuweisen, jede Betheiligung der Stadt abzulehnen. Halte aber die Versammlung dies für das Richtige — nun so könne man auch heute noch einen einfachen Brunnen zu errichten beschließen und das vorhandene Standbild als ein Denkmal kommunaler Sparsamkeit in irgend einen Winkel stellen. Auf alle Fälle aber müsse der Magistrat gegen die von Seiten der Commission beantragte Verwarnung Einspruch thun, da diese einen in keiner Weise begründeten Vorwurf enthalte. Denn wenn die Versammlung nicht etwa ein für alle Mal die Erklärung abgebe, mit Anforderungen wie die vorliegende verschont bleiben zu wollen, so werde vorkommenden Falls der Magistrat sich nicht anders zu benehmen wissen, als er es in dieser Angelegenheit gethan. Und nicht sowohl einen Tadel als vielmehr die Anerkennung der Versammlung scheine es zu verdienen, wenn der Magistrat sich bemüht zeige, damit in dem Wettstreit der deutschen Städte um den Ruhm wahrhaft künstlerischen Schmuckes Braunschweig nicht zurückbleibe.

Herr Schöttler. Mit der Entwicklungsgeschichte des Projectes, welche vor seinem Eintritt in die Versammlung liege, sei er nicht genau bekannt; nach dem was darüber soeben verlautet, scheine den Magistrat allerdings kein Vorwurf zu treffen, doch möge dies einmal dahin gestellt bleiben. Wenn aber seitens der Commission die Gründung von Schulen zu dem hier in Frage stehenden Interesse in einen scharfen Gegensatz gestellt werde, so müsse dem entgegen er sich zu der Ansicht bekennen, daß jedes bedeutsame Monument ebenfalls eine Bildungsstätte sei, und nicht für Braunschweig allein sondern für die ganze Welt, da im Anblicke des

Schönen Jedermann sich bilde. Und deswegen vor allem wolle er die Versammlung bitten, der Pflege des Schönen das angemessene Opfer zu bringen, zum Ruhme der Stadt und zum Ruhme ihrer Behörden.

Diese Ausführungen finden bei der Versammlung lauten Beifall.

Nachdem auch der Herr Vorsitzende sowie Herr Graf Görz-Wrisberg sich dahin ausgesprochen, daß in dem Vorgehen des Magistrates nichts zu finden, was ein so herbes Monitum, wie es von der Commission beantragt worden, zu begründen geeignet wäre,

und hierauf die Commission selbst diesen Theil ihres Antrags zurückgezogen hat,

werden die Kosten für Herrichtung des Hagenmarktbrunnens zu dem angeforderten Betrage rückhaltlos von der Versammlung genehmigt.

IV. Nachdem durch Anlage eines dritten Dampffessels der Betrieb des Wasserwerks bereits wesentlich an Sicherheit gewonnen hat, bleibt noch eine Reihe anderer Erweiterungen erforderlich, um auch die Leistungsfähigkeit des Werkes auf die wünschenswerthe Höhe zu bringen. Dahin gehört die Herstellung eines Hochreservoirs, eines großen Klärteichs und zweier neuen Filter sowie die Umwandlung des vorhandenen Filters in ein Reinwasserbassin. In Betreff dieser Anlagen jedoch können bestimmte Vorschläge erst nach Erledigung gewisser noch ausstehender Vorarbeiten gemacht werden, weswegen für jetzt der Magistrat nur Folgendes beantragt.

Um die handgreiflichen Nachteile abzuwenden, welche es mit sich bringt, wenn der Filtersand unter freiem Himmel gewaschen und gelagert werden muß, bedarf es einer überdachten Sandwäsche, deren Herstellungskosten auf 600 $\text{\$}$ veranschlagt werden. Um ferner die öftere Reparatur der Ventile zu verhüten und eine höhere Leistung der Maschine zu erzielen, müssen die Pumpenventile mit Lederklappen gegen vier Doppelsitzventile von Metall ausgetauscht werden, was ebenfalls 600 $\text{\$}$ kosten wird. Ein zweites Hauptleitungsröhr sodann, wie solches schon bei der ersten Anlage projectirt war, soll die Gefahr beseitigen, bei einem Bruche an dem vorhandenen Hauptrohre die Stadt auf längere Zeit aller Wasserzufuhr beraubt zu sehen, und wird demnächst zugleich zur Verbindung mit dem Hochreservoir benutzt werden können; die Kosten dieser Erweiterung werden sich auf 4000 $\text{\$}$ belaufen. Endlich ist eine Wohnung für den Maschinenmeister zu bauen, da theils die von diesem jetzt bewohnten Räume im Maschinenhause für andere Bedürfnisse des Werkes unentbehrlich sind, andernteils aber der Maschinenmeister und seine Familie bei einer immerhin doch möglichen Kesselerplosion Gefahren ausgesetzt sein würde, auf deren Beseitigung billiger Weise Bedacht zu nehmen ist. Die Ko-

ten für dieses Haus, welches in einfacher Weise an der Südseite des Wasserwerks erbaut werden soll, sind auf 3500 ₡ veranschlagt. Demnach wird bei der Versammlung beantragt,

die Ausführung gedachter Anlagen zu genehmigen und sich einverstanden zu erklären, daß die Kosten zu insgesamt 8700 ₡ zunächst von den Ueberschüssen der Stadtwasserkunst bestritten, erforderlichen Falls aber aus der Stadtkasse gegen Verzinsung mit $4\frac{1}{2}\%$ vorgeschossen und dem Baufond zur Last geschrieben werden,

wobei der Magistrat indes Schritte in Aussicht stellt, um von Herzogl. Landesregierung den vertragmäßigen Beitrag zu diesen Verwendungen zu erlangen.

Seitens der Finanzcommission, für welche Herr Haacke berichtet, zur Genehmigung empfohlen, werden diese Anträge von der Versammlung genehmigt,

nachdem Herr Schöttler die technische Bedeutung der vorgeschlagenen Ventiländerungen erläutert hat.

Hierauf

V. berichtet Herr Reuter über die Ergebnisse der Prüfung, welcher die am 23. Februar d. J. dazu bestellte Specialcommission den Entwurf einer Verkehrsordnung für die Wochenmärkte im Hagen unterzogen hat.

Während des Abbruchs des alten Theaters und der darauf folgenden Neupflasterung des Hagenmarktes hatte dieser Verkehr von dem eigentlichen Marktplatz auf den Raum an der Nord- und Ostseite der Katharinenkirche verlegt werden müssen. Nachdem dann aber der Hagenmarkt in seinen jetzigen Stand gesetzt war, haben im Jahre 1869 einige Anwohner, welche durch jene Verlegung ihr Geschäftsinteresse und damit den Nutzungswert ihrer Häuser gefährdet sahen, an den Magistrat das Gesuch gerichtet, zu bewirken, daß der Verkehr wieder auf dem eigentlichen Marktplatz concentrirt werde. Der Magistrat hat dies Gesuch an Herzogl. Polizeidirection befördert, von welcher darauf der Bescheid ergangen ist, daß es bei dem angeordneten Befehl bis zu der bevorstehenden endgültigen Regulirung bleiben müsse.

Eine solche bezweckt nun die Marktordnung, welche von Herzogl. Polizeidirection entworfen, vom Magistrate genehmigt und am 23. Februar d. J. bei der Versammlung zur Vorlage gekommen ist. Nach dieser würde es nun freilich im wesentlichen bei dem bestehenden Provisorium sein Bewenden haben, da auf Grund der polizeilicher Steits veranlaßten Ermittlungen der Raum des eigentlichen Hagenmarktes für ungenügend erachtet und demgemäß für gewisse Zweige des Markthandels auch fernerhin der freie Platz nördlich der Katharinenkirche in Anspruch genommen wird. Die Commission indessen, welche die Prüfung dieser Vorschläge bis in die Herbst-

monate auslegen zu müssen glaubte, weil der Marktverkehr erst um diese Zeit seinen bedeutendsten Umfang annimmt, ist zu dem Schlusse gelangt, daß jene Aushilfe keineswegs durch die Verhältnisse geboten ist. Zwischen den von dem beauftragten Polizeicontrolleur angegebenen Zahlen der im Hagen zu Markte geführten Wagen, Karren, Kleben u. s. w. und denen, welche durch wiederholte möglichst genaue Beobachtungen die Commission festgestellt hat, ist ein so bedeutender Abstand, daß selbst wenn man den geringern Ausfall der diesjährigen Ernte in Anschlag bringt, sich doch unabwieslich die Meinung aufdrängt, daß erstere viel zu hoch gegriffen seien. Nach Ueberzeugung der Commission wird die Marktfrequenz über zweihundert und einige Wagen und sechshundert mit kleineren Behelfen auftretende Händler auch an den belebtesten Tagen nicht leicht hinausgehen, und diese Zufuhr sich ohne erhebliche Schwierigkeit auf dem Marktplatz selbst unterbringen lassen. Sollte wider Erwarten dann ja einmal das Bedürfnis eintreten, so würde der Raum bei der Kirche und am Eingange des Bohlweges allenfalls zur Aushilfe heranzuziehen, nicht aber eine solche doch nur ausnahmsweise eintretende Eventualität bei der alltäglichen Ordnung dieser Dinge als maßgebend anzusehen sein. Hiergegen spricht denn auch noch eine andere Erwägung. In einem inzwischen eingegangenen Schreiben des Stadtbaumeisters wird darauf hingewiesen, daß, abgesehen von Gründen ästhetischer Natur, die Fernhaltung des Marktverkehrs von dem Raume nördlich der Kirche schon deshalb sehr wünschenswerth erscheinen müsse, weil das Pflaster dort nur auf die bei der Kirche vorfahrenden Kutschen berechnet, einer so starken Abnutzung aber, wie sie der Marktverkehr mit sich bringe, nicht gewachsen sei. Nach dem allen kann die Commission eine Concentrirung des Marktverkehrs auf dem eigentlichen Marktplatz nur empfehlen; ihr nächster Antrag geht demnach dahin, daß auch die Versammlung sich in diesem Sinne ausspreche. Weiter deutet der Herr Referent in allgemeinen Zügen an, wie etwa nach Ansicht der Commission die gewünschte Concentrirung sich wird ins Werk setzen lassen. Detaillierte Vorschläge für die nächste Zeit in Aussicht stellend, wünscht die Commission für jetzt nur noch die Entscheidung über eine Vorfrage zu veranlassen, von welcher die fernere Behandlung der Sache abhängt. Um nämlich über den vorhandenen Raum zweckmäßig disponiren und namentlich eine angemessene Aufstellung der Wagen ermöglichen zu können, wird es erforderlich sein, den durchpassirenden Wagen, welche jetzt auf den kürzesten Linien von der Hagenbrücke zum Bohlwege und zur Wendensstraße gehen, für die Markstunden eine etwas veränderte Fahrbahn vorzuschreiben, in der Weise etwa, daß sie von der Hagenbrücke ab ihre Richtung auf das Hauptportal der Kirche zu zu nehmen und von da nach dem Bohlwege und der Wendensstraße zu wenden haben: ein geringer Umweg, welcher kaum als Beschwerde dürfte empfunden werden, während eine solche Einrichtung die Sicherheit und Be-

quemlichkeit des mit den Marktwagen verkehrenden Publicums jedenfalls ganz erheblich fördern wird. Auf den Fall, daß die Versammlung auch hiermit im Ganzen einverstanden, giebt die Commission anheim, die geeignetste Linie für diese Fahrbahn in Gemeinschaft mit dem Stadtbauamte feststellen zu dürfen.

Die Concentrirung des Marktverkehrs wird von der Versammlung einstimmig für wünschenswerth erklärt.

Gegen den zweiten Antrag wendet der Herr Oberbürgermeister Caspari ein, daß der ins Auge gefaßten Aenderung der Fahrbahn wahrscheinlich der neue Brunnen und möglicherweise auch ein Widerspruch Herzogl. Polizeidirection in den Weg treten dürfte; daß überdies aber auch gar keine Veranlassung vorliege, so bestimmte Verfügungen zu treffen, da dieser Gegenstand doch wohl auch unter die Punkte falle, deren Feststellung der Commission im Verein mit dem Stadtbauamte überlassen bleiben solle.

Der Herr Vorsitzende hält dem entgegen, daß es sich zunächst wesentlich bloß darum handle, ob die Versammlung einverstanden sei, daß die bisher divergirenden Fahrbahnen in einer einzigen Linie zusammengelegt werden. Ueber die Richtung dieser Linie habe auch die Commission sich noch keine feste Ansicht gebildet: das Kirchenportal sei nicht als mathematisch bestimmter, sondern nur als ungefährrer Richtungspunct aufzufassen.

Gegen die von Herrn Struck ausgesprochene Besorgniß: eine einzige Fahrbahn werde dem Verkehrsbedürfniß nicht genügen — eine Besorgniß, welche aus der Auffassung entspringt, als solle diese Fahrbahn zugleich den einzigen Zugang zu den aufgefahrenen Marktwagen bilden,

führt Herr Reuter aus, wie die Absicht der Commission dahin gehe, innerhalb des den Wagen zuzumessenden Raumes auch Querstraßen offen zu erhalten, auf denen die Wagen selbst und das bei diesen beschäftigte Publicum sich bequem ab und zu bewegen könne. Uebrigens sei der Wagenverkehr auf dem Hagenmarke gar nicht so bedeutend wie man meine. Ein einziges Mal — und dies sei die höchste Frequenz gewesen, die man beobachtet — habe die Commission sechzig Wagen gezählt, welche damals freilich den ganzen Markt gefüllt haben, bei zweckmäßigerer Aufstellung aber auf einem viel kleineren Raume Platz finden würden. — Die Befürchtung des Herrn Oberbürgermeisters, daß ein Beschluß dieser Art auf Widerstand bei Herzoglicher Polizeidirection stoßen könne, vermag Herr Reuter nicht zu theilen; jedenfalls aber müsse die Commission zu Behuf ihrer ferneren Arbeiten Werth darauf legen, daß die Versammlung sich für die Vereinigung der beiden Fahrbahnen ausspreche.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari findet gegen diese Anordnung an sich nichts einzunwenden; was er vermieden zu sehen wünsche sei, daß man sich durch

principielle Wünsche hinaus, welche sich hinterher bei definitiver Regelung möglicher Weise als unausführbar herausstellen könnten. Die Beobachtungen der Commission hinsichtlich der Marktfrequenz könne und werde die Polizeidirection keinesfalls ohne weiteres als zutreffend anerkennen.

Auch Herr Graf Götz-Brissberg vermag es nicht für zweckmäßig zu halten, daß sich die Commission für ihre Verhandlungen mit Magistrat und Polizeidirection gewissermaßen eine Instruction wolle ertheilen lassen. Für den beabsichtigten Zweck werde es genügen, wenn die Versammlung sich für die Concentration des Marktverkehrs ausspreche und der Commission etwa aufgabe, ihr besonders Augenmerk auf eine sachdienliche Umlegung der Fahrstraße über den Hagenmarkt zu richten.

Herr Lucius giebt anheim, heute überall keinen Beschluß zu fassen, vielmehr den Gegenstand an die Commission zurück zu verweisen mit dem Auftrage, zuvor erst noch in weitere Verhandlungen mit Magistrat und Polizeidirection einzutreten und von deren Resultaten die Versammlung demnächst in Kenntniß zu setzen.

Nachdem jedoch der Herr Vorsitzende erläuternd ausgeführt hat, daß die Commission nicht sowohl eine Vorschrift auszubringen beabsichtige, als eine Ermächtigung, in dem gedachten Sinne weiter zu verhandeln, und daß eine solche Vergewisserung über das Einverständnis der Versammlung ihr in hohem Grade wünschenswerth sein müsse,

wird auch der zweite Commissionsantrag genehmigt,

worauf der Herr Vorsitzende an die Commission das Ersuchen richtet, sich den weiteren Verhandlungen widmen und seiner Zeit Bericht darüber erstatten zu wollen.

Schließlich

VI. berichtet Herr Lucius namens der Statutencommission über einen Antrag des Magistrats auf Abänderung des Statuts, die Zusammensetzung des Stadtmagistrats betreffend.

Nachdem auf dem letzten Landtage die Normaltats über die Besoldung der Staatsdiener erhöht worden sind, hat der Magistrat auch den städtischen Beamten eine Gehaltsverbesserung nicht versagen zu können geglaubt, da die für jenen Landtagsbeschluß maßgebenden Verhältnisse auch hier obwalten, und falls denselben keine Rechnung getragen würde, zu befürchten stände, daß die tüchtigen Beamten in den Staatsdienst überzutreten versuchen würden. Der Magistrat beantragt daher, das Statut vom 21. November 1864 folgendermaßen abzuändern.

1. Bei den früheren Berathungen ist anerkannt, daß die Gehalte der städtischen Beamten so gestellt sein müssen, daß man darauf rechnen könne, immer die

tätigsten Kräfte für den städtischen Dienst zu gewinnen, und ist deshalb der Gehalt der beiden besoldeten Magistratsmitglieder in minimo zwar geringer als der der Mitglieder der Landescollegien, in maximo aber den höchsten Gehaltsätzen zweiter Klasse derselben gleichgestellt. Da nun diese jetzt um 200 ₰ erhöht sind, so giebt der Magistrat anheim, am Schlusse von § 3 des Statuts statt „von 1000—1500 ₰“ zu setzen:

„von 1200—1700 ₰“,

und dabei die schon früher beschlossene aber bei der Redaction übersehene Bestimmung aufzunehmen:

„Die beiden besoldeten Magistratsmitglieder erhalten nach Ablauf von je 4 Jahren, die Zustimmung der städtischen Behörden vorausgesetzt, regelmäßig eine Gehaltsverbesserung von 100 ₰ bis zum Maximum.“

2. In Folge der Erhöhung der Gehalte für die Hilfsbeamten bei den Finanzbehörden trägt der Magistrat darauf an, die § 5 des Statuts aufgeführten Gehalte

des Revisors auf die Beträge von 500 bis 900 ₰,
des Registrators und
des Revisors bei der Armenkasse) auf die Beträge von 400 bis 800 ₰,

sowie § 6 die Gehalte

des Stadtbaumeisters auf die Beträge von 900 bis 1300 ₰,
des Kammerers auf die Beträge von 800 bis 1200 ₰,
des ersten Stadtkassencontroleurs auf die Beträge von 500 bis 800 ₰,
des zweiten Stadtkassencontroleurs auf die Beträge von 400 bis 600 ₰

festzusetzen, dem Stadtbaumeister auch

eine Entschädigung von 100 ₰ jährlich für die Unterhaltung eines Bureaulocals und Erstattung seiner sonstigen Bureaukosten auf Liquidation

zuzusprechen, und unter den § 6 aufgeführten Hilfsbeamten des Magistrats mit aufzunehmen

den Stadtarchivar mit einem Gehalte von 600 bis 1000 ₰.

3. Im Anschluß an § 6 beantragt der Magistrat folgende neue Bestimmung einzufügen:

„Zur Beforgung des städtischen Bauwesens unter der Oberaufsicht und Oberleitung des Stadtbaumeisters werden angestellt:

- 1) ein wissenschaftlich gebildeter Beamter (Vauconducteur) für den Hochbau mit einem Gehalte von 500 bis 900 ₰,
- 2) ein solcher für den Begebau mit gleichem Gehalte,

3) zwei technische Hilfsbeamte zu den Bureauarbeiten und zur Aufsichtsführung an den Baustellen mit einem Gehalte von je 300 bis 500 ₧."

4. Weiter schlägt der Magistrat vor, dem § 7 des Statuts folgende Fassung zu geben:

"Als Gemeinbediener werden angestellt:

- 1) die erforderliche Anzahl von Marktmeistern und Executoren mit einem festen Gehalte von 200 bis 300 ₧,
- 2) die erforderliche Anzahl von Magistratsbedienern, welche einen jährlichen Gehalt von 250 bis 350 ₧ erhalten, und von denen der eine außerdem freie Wohnung im Stadthause, freie Heizung und freie Beleuchtung erhält."

5. Ferner beantragt der Magistrat einzuschalten im § 9 des Statuts, welcher die lebenslängliche Anstellung der besoldeten Mitglieder der Hilfsbeamten des Stadtmagistrats ausspricht, hinter dem Worte mit „Ausschluß des Oberarmenarzts“:

„und der beiden wissenschaftlich gebildeten Gehilfen des Stadtbau-meisters“,

im § 11, wo die bei Auflösung des Dienstverbandes der auf Lebenszeit angestellten Beamten in Anwendung kommenden Bestimmungen aufgeführt sind, hinter „Städteordnung“:

„und den durch §§ 13 — 17 incl. des Gesetzes vom 22. December 1870 *N* 113 angeordneten Modificationen.“

§ 17 des Statuts würde in Folge der vorhin sub 3 beantragten Zusätze wegfallen müssen.

Auf den Fall ihrer Genehmigung durch die Versammlung und Herzogl. Staatsministerium, ersucht der Magistrat schließlich,

ihn zu ermächtigen, die alsdann erforderlich werdende neue Redaction des Statuts vom 21. November 1865 vorzunehmen und nach Prüfung und Genehmigung derselben durch den Vorsitzenden der Stadtverordneten mit der Publication zu verfahren.

Die Commission ist mit der Erwägung, daß die Gehalte der städtischen Beamten einer Aufbesserung durchweg dringend bedürfen, vollkommen einverstanden, kann auch den einzelnen Propositionen des Magistrats sich größtentheils anschließen und hat nur einige derselben zur Modification zu stellen.

Zunächst ist der Betrag von 1700 ₧ als Maximalgehalt der besoldeten Magistratsmitglieder den Verhältnissen hiesiger Stadt nicht angemessen erschienen, weswegen die Commission anheim giebt denselben auf 1800 ₧ zu erhöhen.

Bei der sofort eintretenden Discussion über diesen Punct beantragt Herr Flagge, indem er dem Antrage der Commission lebhaft beistimmt, die Magistratsvorlage zugleich auch dahin zu amendiren, daß für jede Stufe zwischen dem Minimum und dem Maximum der Stadtrathsgehälter ein Zeitraum von nur zwei Jahren angenommen werde.

Mit der Erhöhung des Maximums ebenfalls völlig einverstanden, glaubt Herr Graf Görg-Wrisberg doch eine so starke Verkürzung der Steigerungsfristen bekämpfen zu müssen, weil es in mehr als einem Betracht nicht gut sei, wenn ein Beamter allzufrüh in den Genuß des erreichbar höchsten Gehalts eintrete und dann gerade für seine späteren Lebensjahre auf keine Verbesserung mehr zu rechnen habe. Unbedenklich hingegen werde es sein, wenn die Versammlung etwa statt des vierjährigen Zeitraums einen dreijährigen anordnen wolle, was er damit anheimgebe.

Den Ergänzungen des Vorredners stimmt auch Herr Schöttler bei, indem er davor warnt, bei der Feststellung allgemeiner, statutarischer Bestimmungen sich etwa durch eine immerhin gerechtfertigte Rücksicht auf die zur Zeit in Betracht kommenden Personen leiten zu lassen. Glaube man, daß die gegenwärtigen Herren Stadträthe nach dem vorgeschlagenen Zeitmaße von vier oder drei Jahren zu spät zum höchsten Gehaltsstape aufrücken würden, so werde ein Ausgleich ohne Schwierigkeit zu finden sein, indem man sie sofort in die ihrem Lebensalter nach der neuen Normirung entsprechende Gehaltsklasse eintreten lasse.

Die Versammlung entscheidet sich bei Annahme des Maximums von 1800 \mathfrak{f} für die Steigerung nach je drei Jahren.

Ohne Debatte werden auf Empfehlung der Commission die Erhöhungen der in § 5 des Statuts aufgeführten Normalgehälter, wie dieselben vom Magistrate beantragt sind, durch die Versammlung genehmigt.

Zu § 6 übergehend empfiehlt die Commission, bei unveränderter Annahme der übrigen darin enthaltenen Normen gemäß den Vorschlägen des Magistrats, den Gehalt des Stadtbaumeisters auf die Beträge von 1000 bis 1500 \mathfrak{f} festzustellen.

Herr Flagge hält diese Erhöhung des Maximalbetrags noch nicht für ausreichend, da das Amt des Stadtbaumeisters eine nicht gewöhnliche wissenschaftliche Thätigkeit erfordere, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Arbeitslast mit sich bringe, wie sie größer nicht wohl gedacht werden könne. Demnach beantragt Herr Flagge, den Maximalgehalt des Stadtbaumeisters ebenso wie den der Stadträthe auf 1800 \mathfrak{f} zu normiren.

Herr Schöttler. Es sei einmal nicht zu ändern, daß wie alle Leistungen so auch die jedes städtischen Beamten gleichsam ihren Courswerth haben, und dem entspreche der in diesem Falle festgehaltene Abstand zwischen den Gehältern der Stadträthe und des Stadtbaumeisters. Die allgemeine Nothwendigkeit aber im Hinblick

auf die hervorragenden Leistungen einer bestimmten Persönlichkeit außer Acht zu lassen und um dieser gerecht zu werden den städtischen Etat in einer seiner Positionen unverhältnißmäßig zu belasten, würde nur zu den allergrößten Unzuträglichkeiten führen können.

Herr Flagge begegnet diesem Bedenken mit der Ueberzeugung, daß die Normalgehälter, wie sie diesmal festgestellt werden, überhaupt nicht auf lange hinaus den Verhältnissen entsprechen, bald vielmehr neue Erhöhungen sich als nöthig herausstellen würden.

Der Herr Oberbürgermeister betont, daß es unter allen Umständen unpassend sein würde, den Stadtbaumeister im Gehalte den Stadträthen gleichzustellen. Uebers dies dürfe man nicht vergessen, daß dem Stadtbaumeister in Anerkennung seiner allerdings ungewöhnlichen Arbeitslast zwei wissenschaftlich und zwei technisch gebildete Hilfsarbeiter beigegeben sind. Jedenfalls aber werde der Magistrat lieber die ganze Vorlage zurückziehen, als auf den Antrag des Herrn Flagge eingehen. Denn wenn auch ohne die Zustimmung des Magistrats factisch kein Maximumsatz in Wirksamkeit treten könne, so sei es doch unangenehm, in dem Statute eine derartige illusorische Bestimmung zu haben, welche dem Vertheiligten ein scheinbares Recht geben könnte, sich gelegentlich über ungerechte Behandlung seitens des Magistrats zu beklagen. Und dieser unangenehmen Eventualität den Magistrat auszusetzen, scheine vollends kein Grund vorzuliegen, wenn doch, wie Herr Flagge überzeugt sei, neue Gehaltssteigerungen so bald schon bevorstehen.

Herr Flagge würde es lebhaft bedauern, wenn einer seiner Vorschläge dem Magistrate irgendwie Verlegenheiten bereite. Von der Berechtigung der in Frage stehenden Anträge aber werde er gleichwohl fest überzeugt bleiben.

Dem Antrage der Commission gemäß wird der Gehalt des Stadtbaumeisters auf die Beträge von 1000 bis 1500 M normirt.

Alle übrigen Vorschläge des Magistrats werden von der Commission zu unveränderter Annahme empfohlen und

ebenso ohne Discussion von der Versammlung genehmigt.

Die Berathung des Stadtkassenetats für 1872 beschließt die Versammlung wegen vorgerückter Tageszeit auf die nächste Tagesordnung auszusetzen.

Nachdem hierauf

die im Namen der Finanzcommission durch Herrn v. Sackendorf gestellte Anfrage: ob der Magistrat bereits Maßregeln zur Abstellung der starken Uebersüllung der höhern Töcherschule ins Auge gefaßt habe?

von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari dahin beantwortet ist, daß der angeordnete Nothstand bis jetzt nur für einzelnen Klassen fühlbar gemacht habe, vor

läufig also sich noch durch die üblichen partiellen Maßregeln abstellen lasse, und demnach erst die weitere Entwicklung abzuwarten sein werde, um so mehr, als es nicht gerathen erscheinen könne, in dem Augenblicke, wo ein Schulneubau kaum fertig gestellt, abermals einen solchen in Angriff zu nehmen, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurden einige Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 30. November 1871.

Abwesend war und wurde als entschuldigt angenommen Herr Bieweg.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er den Eingang der Stadtkassenrechnungen vom J. 1870, der Uebersicht über die städtischen Verwaltungsergebnisse desselben Jahres und der Entwürfe einer Straßenpolizeiordnung sowie eines Reglements zur Ueberwachung der Prostitution nach Aufhebung der Bordelle anzeigt, Vorlagen, welche zunächst den competenten Commissionen zur Begutachtung überwiesen sind.

Der erste Punkt der Tagesordnung, die Verathung der Etats auf das J. 1872, wird bis nach Erledigung der kleineren Vorlagen ausgesetzt,

und berichtet demnach zunächst

I. namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über ein Magistrats-Schreiben vom 4. d. M., laut welchem die vier Spritzenabtheilungen des freiwilligen Rettungsvereins schon seit längerer Zeit um neue Spritzen gebeten haben, da die bisher ihnen überwiesenen theilweis abgängig geworden, insbesondere aber zu schwer zu handhaben sind. Die Kurz'sche Fabrik in Stuttgart würde vier Spritzen neuester Construction für den Preis von 3500 fl liefern, zu dessen Deckung zunächst der Erlös für die 1867 verkauften Löschgeräthschaften sowie Ersparnisse an dem diesjäh-

rigen Etat, insgesamt 1300 \mathfrak{F} , zur Verfügung stehen; außerdem schlägt das Löschdirectorium vor, vier der alten Sprizen und die beiden durch die Stadtwasser-
kunst überflüssig gewordenen Zubringer zu verkaufen, woraus man 1000 bis 1200 \mathfrak{F}
zu lösen hofft, und wären sonach aus der Stadtkasse höchstens 1200 \mathfrak{F} zuzuschie-
ßen. In Erwägung, daß durch die unentgeltlichen Dienstleistungen des Rettungs-
vereins nicht unerhebliche Ausgaben anderweit erspart werden, die Verbesserung der
Löschanstalten aber an sich schon im öffentlichen Interesse zu wünschen ist, geben
Magistrat und Commission anheim zu genehmigen, daß die gewünschten vier Sprizen
und zwar aus der Kurz'schen Fabrik in Stuttgart angeschafft und die Kosten in der
angedeuteten Weise aufgebracht werden, jedoch unter Vorbehalt der Wiedereinzahlung
des aus der Staatskasse beizutragenden Ahtels.

Herr Ehrenhard ist der Ansicht, daß bei gleichen Leistungen die einheimische
Industrie vor der auswärtigen begünstigt zu werden verdiene. Da nun zuverlässigen
Informationen nach in neuerer Zeit auch aus hiesigen Fabriken Sprizenwerke her-
vorgegangen seien, welche allen Anforderungen genügen, so wolle er den Antrag
stellen, den gegenwärtigen Bedarf von hier zu entnehmen.

Herr Reuter. Wenn er die vermeintlichen Thatfachen, auf welche sich der Herr
Vorredner berufe, eingehend beleuchten wollte, so würde gerade das Gegentheil von
dem eintreten was derselbe beabsichtige. Eine von Tag zu Tag erfolgreicher an-
gewandte Tendenz der heutigen Maschinenfabrikation sei, sich möglichst auf eine ein-
zige Specialität zu beschränken; die Kurz'sche Fabrik in Stuttgart habe dadurch er-
reicht, daß sie unter ihresgleichen in Deutschland unbestreitbar den ersten Platz ein-
nehme. Auf der hiesigen Ausstellung von Löschgeräthschaften seien ihre Erzeugnisse
durch eine Belobung ausgezeichnet und sämtliche hiehergeschickte Sprizen verkauft
worden; in Linz habe sie den ersten Preis davon getragen. Unter diesen Umstän-
den habe das Löschdirectorium keinen Grund gehabt, dem seitens des Rettungsver-
eins ausdrücklich ausgesprochenen Wunsche, daß die erforderlichen vier Sprizen aus
der Kurz'schen Fabrik bezogen werden möchten, entgegen zu sein.

Herr Schöttler kann aus eigener Anschauung ebenfalls bezeugen, daß nicht
leicht sinnreichere und besser ausgeführte Constructionen als die der Kurz'schen Sprizen
denkbar, und daß alle Concurrenten damit gründlich überflügelt seien. Daher könne
auch er, obwohl im allgemeinen den Standpunct Herrn Ehrenhards theilend, in
diesem Falle doch nur anheimgeben, die Bestellung bei Kurz zu machen. Auch den
hiesigen Fabrikanten werde dies zum Gewinn ausschlagen, wenn sie die demnächst
gebotene Gelegenheit benutzen, um die Kurz'schen Werke gründlich zu studiren und
ihre eigene Fabrikation daran fortzubilden.

Herr Ehrenhard zieht seinen Antrag zurück,
worauf die Vorschläge des Magistrats von der Versammlung genehmigt
werden

Es folgt

II. durch Herrn Solmiz erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen unterm 18. d. M. ergangenen Magistratsantrag auf Verkauf der sogenannten Rathöbleiche auf der Wendenmash.

Unter Berufung auf die Thatsache, daß die auf dem Grundstücke befindlichen Gebäude in Folge der Ueberschwemmungen dieses Frühjahr's einer Reparatur bedürfen, welche über seine contractmäßige Verpflichtung hinausgeht, hat der Bleichenpächter beantragt, ihm zum Entgelt für solche außergewöhnliche Aufwendung seinen Contract über die laufende Pachtzeit hinaus auf zwölf weitere Jahre zu verlängern. Nach dem Gutachten des Stadtbaumeisters jedoch haben die Gebäude nicht allein durch die Ueberschwemmungen, sondern auch durch den Betrieb einer Waschanstalt und unpflegsame Behandlung gelitten, und zwar in dem Grade, daß sie nahezu als reif für den Abbruch zu betrachten sind. Da hiernach zu befürchten stände, daß sie, selbst wenn man jetzt eine gründliche Reparatur daranwenden wollte, sich nach Ablauf eines neuen Pachtcontract's wieder in dem nämlichen Zustande des Verfalles befinden würden, und überdies der gegenwärtige Pachtzins von 130 $\text{\$}$, welcher auch künftig kaum zu erhöhen sein dürfte, im Vergleich zu dem muthmaßlichen Kaufwerthe von 5000 $\text{\$}$ zu gering erscheint, so glaubt der Magistrat von einer fernerweiten Verpachtung ganz absehen und die Veräußerung des Grundstückes ins Auge fassen zu müssen. Angesichts der Alternative aber, entweder beträchtliche Aufwendungen zur Erhaltung der Gebäude zu machen oder diese am Ende der gegenwärtigen Pachtperiode völlig entwerthet zu finden, hält der Magistrat für gerathen, den Verkauf möglichst bald eintreten zu lassen, und zwar an den meistbietenden und unter Vorbehalt der contractlichen Rechte des Pächters. Dem hieraus folgenden Antrage des Magistrats und der Commission entsprechend,

erklärt die Versammlung sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Wie ferner

III. ein Magistratschreiben vom 23. d. M. darlegt, wird dem auf Oftern f. J. vorauszufehenden Raummangel in der höhern Töcherschule nur durch eine Paralellklasse der 2. Kl. abzuhelpen sein, für welche das jetzige Empfangszimmer eingerichtet werden soll, während dieses seinen Ersatz in einem vom Zeichensale abzutrennenden Raume finden wird. Die Ausführung dieses Planes erfordert die

Anstellung einer neuen Lehrerin, vorläufig mit einem Gehalte von 200 ₰ , die Remunerirung der gehörigen Sing-, Zeichnens-, Schreib- und Handarbeitsstunden, die Ziehung einer Bretterwand im Zeichensaal und die Anschaffung der erforderlichen Subjekten u. Unter Vorbehalt weiterer, auf eine dauernde Abhilfe jenes Nothstandes gerichteter Vorschläge, beantragt der Magistrat, zunächst die gedachten Aufwendungen zu genehmigen,

was die Schuldeputation durch Herrn Leo als Referenten ebenfalls anheimgeben läßt,

und demgemäß die Versammlung beschließt.

IV. Ähnliche Bedürfnisse haben sich zufolge eines andern Magistratschreibens vom 23. d. M. bei den hiesigen Bürgerschulen herausgestellt.

In der dritten mittlern Bürgerschule muß eine vierte Mädchenklasse gegründet werden. Einen schon eingerichteten Raum wird dieselbe in dem dieser Schule vorläufig eingeräumten Hause an der Friesenstraße finden, und hat der Magistrat demnach nur noch die Anschaffung einiger Lehrmittel, sowie die Anstellung einer geprüften Lehrerin mit einem Gehalte von 200 ₰ jährlich zu beantragen.

Schwieriger ist die Lage bei der dritten untern Bürgerschule. Diese besteht jetzt aus einer 3., 4. und 5. Klasse, welche — je Knaben und Mädchen zusammen — theils in der vormaligen Katharinen Schreibschule, theils in der Schule auf der Reichenstraße untergebracht sind. Da nun für die künftige Ostern aus der dritten Klasse zu versetzenden Schüler und Schülerinnen in den übrigen Bürgerschulen kein Platz sein wird, so muß anderweitig Rath geschafft werden, und zwar, um diese schon heranwachsenden Kinder nach den Geschlechtern trennen zu können, durch Bildung einer neuen Knaben- und einer neuen Mädchenklasse, für welche dann ein Lehrer und eine Lehrerin mit bzw. 300 und 200 ₰ Minimalgehalt angestellt werden müssen. Um aber zugleich den sehr überfüllten Unterklassen der anderen beiden untern Bürgerschulen eine Erleichterung zu verschaffen, wird ferner beantragt, auch eine neue dritte und vierte Klasse einzurichten, und auch für diese einen Lehrer und eine Lehrerin mit dem angegebenen Gehalte anzustellen, wodurch dann für diese jüngeren Altersstufen ebenfalls eine Sonderung der Knaben und Mädchen ermöglicht sein würde. In den vorhandenen städtischen Schulgebäuden ist nun aber für diese vier neuen Klassen nirgend Raum, und so bleibt denn nichts übrig, als für die Zeit bis zur Vollendung des neuen Schulhauses im Prinzenwinkel ein hinlänglich geräumiges Haus zu mieten. Der Magistrat sucht demnach um die Ermächtigung nach, bei passender Gelegenheit einen bindenden Miethvertrag abzuschließen und das so für Schulzwecke erworbene Haus mit den nöthigen Utensilien versehen

zu lassen, welche alsdann derart angefertigt werden sollen, daß sie demnächst in der neu zu erbauenden Schule verwandt werden können.

Seitens der Schuldeputation, für welche wiederum Herr Leo berichtet, werden auch diese Vorschläge insgesammt zur Genehmigung empfohlen, worauf die Versammlung sich ohne Anstand gleichfalls mit denselben einverstanden erklärt.

Nachdem weiter dann

V. in Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 24. d. M. auf den durch Herrn Leo erstatteten Bericht der Schuldeputation die Versammlung genehmigt hat, daß der Eisenbahnarbeiter Delfstör, welcher die Geschäfte eines Bedienen an der dritten mittlern Bürgerschule seit Michaelis 1869 provisorisch versehen, in dieser Eigenschaft vom 1. October dieses Jahres ab definitiv jedoch auf Kündigung mit einem Gehalte von 170 \mathfrak{M} jährlich bei freier Wohnung und Heizung angestellt werde,

VI. erstattet namens der Finanzcommission Herr Götte Bericht über einen Magistratsantrag vom 24. d. M., eine Erhöhung der Nachwächtergehälter betreffend. Von den Nachwächtern unter Berufung auf die herrschende Theuerung und die bei dem anstrengenden Nachtdienste unfehlbar eintretende Verkürzung ihres Tageserwerbes erbeten, wird dieselbe seitens der Polizeidirection dringend befürwortet und zwar zu dem Betrage von je 15 \mathfrak{M} jährlich. Der Magistrat hält jedoch eine Zulage von je 10 \mathfrak{M} für ausreichend, da der $2\frac{1}{2}$ — $3\frac{1}{2}$ stündige Nachtdienst die sonstige Arbeitsfähigkeit der Wächter nicht wesentlich zu beeinträchtigen scheint, für eine sichere Jahreseinnahme von 80 \mathfrak{M} zu jeder Zeit taugliche Personen genug zur Verfügung stehen und überdies immerhin noch beträchtliche Nebeneinnahmen mit dem Nachtwächterposten verbunden sind. Durch die so bemessene Gehaltserhöhung wird eine Mehrausgabe von 320 \mathfrak{M} entstehen, deren Aufnahme in den Etat von künftigen Jahre ab der Magistrat um so unbedenklicher glaubt empfehlen zu dürfen, als die Gesamtausgabe für das Nachtwachenwesen auch dann, mit dem Betrage von 2740 \mathfrak{M} , immer noch erheblich hinter den in anderen Städten gleichen Ranges für den Sicherheitsdienst verausgabten Summen zurückbleibt. Die Commission schließt sich dem lediglich an.

Herr Lucius hingegen glaubt in Anbetracht sowohl der Wichtigkeit als auch der Beschwerlichkeit des Nachtwächterdienstes den Antrag der Polizeidirection wieder aufnehmen und eine Gehaltserhöhung von 15 \mathfrak{M} empfehlen zu sollen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß der Magistrat zwar

nicht gerade principiell dagegen sei, doch aber die Zulage von 10 fl namentlich aus dem Grunde für zureichend erachte, weil die Wächter trotz des in ihrer Instruction ausgesprochenen Verbotes sich bei jedem Jahreswechsel auf die bekannte Weise eine Nebeneinnahme zu verschaffen wissen, deren Betrag, wie mit Leichtigkeit nachzurechnen, keineswegs unerheblich sei.

Der Antrag des Herrn Lucius wird hiernach von der Versammlung abgelehnt, der Magistratsantrag genehmigt.

Weiter

VII. berichtet namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorf über den Stadtkassenetat auf das Jahr 1872, nebst den dazu gehörigen Specialstats.

Zunächst kommen zur Berathung die Stats

der Armenverwaltung,

der Gemeindeschulen,

der Höhern Töcherschule, und

des Lehrerinnenseminars,

welche mit den darin enthaltenen theils reglementmäßigen theils außerordentlichen Gehaltsverbesserungen der betr. Beamten ohne Discussion von der Versammlung genehmigt worden.

Anknüpfend an die Beschlüsse über die verschiedenen Schuletats beantragt Herr Schöttler, daß seitens der Versammlung an den Stadt-Magistrat das Ersuchen gerichtet werde,

derselbe wolle in Erwägung ziehen, ob es nicht nothwendig, gleichzeitig mit der Schule im Prinzenwinkel wenigstens noch zwei Schulen in Angriff zu nehmen und zu dem Ende eine Anleihe zu contrahiren, wegen deren Verzinsung und rascher Amortisirung etwa aus den Zinserträgen des der Stadt überwiesenen Kreisfonds man den Vorschlägen des Magistrats entgegensehe.

Zur Begründung dieses Antrags möchte Herr Schöttler am liebsten gar nichts hinzufügen dürfen, weil die Calamität, auf deren Abhilfe er hinarbeite, so allgemein bekannt und so peinlich empfunden sei, daß es seiner Ueberzeugung nach nur einer leisen Anregung bedürfen werde, um den Magistrat zu einem muthigen Entschlusse zu treiben, welcher sich, wie die Dinge einmal liegen, ohne allen Zweifel in jedem Betracht reich belohnen müsse. Ohne einen solchen Entschluß aber werde dem herrschenden, in Wahrheit ganz unerhörten Zustande, daß in manchen Klassen der städtischen Schulen 80 bis 100 Schüler zum Schaden für Gesundheit und Unterricht zusammengepfercht sitzen, kein Ende zu machen sein. Die neue Bürger-

schule im Prinzenwinkel solle bis zum Jahre 1874 fertig gestellt werden. Bis dahin aber — das lasse sich mit absoluter Gewissheit voraussagen — werde es, grade wie man dies auch bei Eröffnung der höhern Töcherschule erlebt habe, längst dahin gekommen sein, daß das kaum fertige Local sich als weitaus zu klein für das Bedürfnis herausstelle. So sei es denn gewiß nur ein gerechter Wunsch, daß endlich Vorsehrung getroffen werde, damit womöglich auch die jetzt Lebenden ihre Kinder noch so wie es den Zeitanforderungen entspreche in den Schulen untergebracht sehen.

Herr Graf Görg-Brissberg, in der Anerkennung des herrschenden Nothstandes und demnach auch hinsichtlich des Ziels mit Herrn Schöttler im Einverständnis, giebt nur anheim den angedeuteten Vorschlag in Betreff der Verzinsung und Amortisation fallen zu lassen, da die Schulgründungen, welche der vorliegende Antrag in Aussicht nehme, eine Summe von mindestens 150,000 fl , deren Verzinsung zu 5 % also allein schon fast die Hälfte aller Revenüen des Kreisfonds erfordern, ein Verfahren aber, vermöge dessen man sich in Betreff eines so erheblichen Theils dieser Einnahme die Hände binde, nicht rationell sein würde. Principiell freilich sei durch diese Auffassung auch ein Verfahren wie es Herr Schöttler im Auge habe, keineswegs ausgeschlossen.

Herr Schöttler erklärt, daß er den in Rede stehenden Weg nicht sowohl positiv beantragt, als vielmehr lediglich zur Erwägung gestellt haben wolle, in der Meinung allerdings, daß mit Ueberweisung des Kreisfonds eine Gelegenheit geboten sei, leichter als dies vorhin jemals zu erwarten gewesen wäre, zum Ziele zu gelangen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari hat gegen den Antrag um so weniger etwas zu erinnern, als der Gegenstand schon vielfach im Magistrate selbst zur Erwägung gebracht worden. In Betreff der finanziellen Möglichkeiten werde es vielleicht zum Ausgleich der lautgewordenen Meinungsverschiedenheiten dienen, wenn die Versammlung den Magistrat ersuche, falls der beantragte Schulbau beschloffen würde, Vorschläge zu machen, wie die nöthigen Geldmittel beschafft werden könnten.

Der Herr Vorsitzende. In der Sache selbst werde Herrn Schöttlers Antrag auf keiner Seite einem Widerspruch begegnen, da er in der That den einzig möglichen Weg bezeichne, der kaum noch erträglichen Schulcalamität endlich zu enttrinnen. Zu dem Ende, selbst in dem großen Umfange wie dies nöthig sein werde, den Credit der Stadt in der einen oder andern Weise in Anspruch zu nehmen, müsse ganz unbedenklich erscheinen und werde verhältnißmäßig leicht sein; nicht ebenso leicht leider was neben dem Geldpuncte in erster Linie in Betracht komme: die Organisation der neuen Schulen und namentlich die Gewinnung der erforderlichen Lehrkräfte.

Der Antrag des Herrn Schöttler wird hiernach in dem durch Herrn Oberbürgermeister Caspari angedeuteten Sinne einstimmig angenommen.

Die Etats der Wegebaukasse sowie der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde ergeben keinerlei Anstände und werden demnach ohne Discussion genehmigt.

Unter den Einnahmen des Stadtkassenetats sind vom Service- und Proviantsgelde der Betrag von 8400 M in Ansatz gebracht.

In Erwägung, daß von dieser Einnahme, welche seit einer Reihe von Jahren effectiv noch höher, 1870 bis auf 9622 M , ausgebracht worden, an die Staatskasse nur etwa 6971 $\frac{1}{2}$ M abgeführt werden, stellt Herr Vock den Antrag, daß inkünftige auch nur dieser Betrag von den Grundbesitzern erhoben werde.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari constatirt, daß hierüber bereits mehrfach verhandelt worden, der gegenwärtige Ansatz indessen einstweilen vornehmlich deswegen noch festgehalten sei, weil eine völlige Neuordnung dieser Angelegenheit sich von selbst ergeben werde, sobald die zwischen Staat und Stadt schwebende Rechtsfrage wegen der Serviceabgabe zur Entscheidung gekommen. Demnach giebt der Herr Oberbürgermeister Herrn Vock anheim für das Mal von seinem Antrage abzustehen.

Erläuternd fügt der Herr Vorsitzende hinzu, daß der gegenwärtige Betrag der Serviceforderung Herzogl. Landesregierung auf der Normirung von 1815 beruht, und daß zu dessen Repartition auf die einzelnen Häuser bestimmte Serviceklassen und Sätze für diese eingeführt sind. Wenn seitdem der Bestand der steuerpflichtigen Grundstücke sich wesentlich verändert hat, so würden, wenn man immer nur die an die Staatskasse abzuführenden Beträge erheben wollte, von Jahr zu Jahr neue Repartitionen erforderlich geworden sein. Demgemäß habe man die feststehenden Sätze beibehalten, und so habe denn wie durch ein gewissermaßen geheiligtes Herkommen das Servicegeld die Natur einer städtischen Steuer angenommen. Komme nun noch die Erwägung hinzu, welche soeben der Herr Oberbürgermeister geltend mache, so werde man vollends gut thun an das bestehende Verhältniß nicht zu rühren.

Mit Rücksicht auf die vom Herrn Oberbürgermeister hervorgehobene in Aussicht stehende Neuordnung zieht Herr Vock seinen Antrag einstweilen zurück, worauf die fragliche Einnahmeposition genehmigt wird.

Unter den Ausgaben sind die Gehalte der beiden besoldeten Magistratsmitglieder sowie des Stadtbaumeisters mit einer Zulage von je 100 M angesetzt. In Gemäßheit der bei Verathung der Normalgehälter geltend gemachten Billigkeitsrücksichten wird seitens der Finanzcommission beantragt, diese Gehaltsätze gleich jezt um 200 M zu erhöhen.

Desgleichen beantragt die Finanzcommission, auch den Gehalt des Stadtbarchivars, für welchen der Magistrat mit Rücksicht auf die für diesen erst vor einem Jahre bewilligte Zulage diesmal keine Aufbesserung in Vorschlag gebracht hat, gleichwohl um 100 ₧ zu erhöhen.

Zu dem Ausgabe-capitel Kosten für Unterhaltung des Straßenpflasters stellt nachträglich der Herr Oberbürgermeister Caspari den Antrag, als Miete für ein Büreaulocal des Begebaumeisters 30 ₧ aus der Begebaufasse zu bewilligen.

Ferner beantragt der Herr Oberbürgermeister bei der Position für Feuerlöschanstalten die Bewilligung einer Summe von 150 ₧ zur Remunerirung der Feuerwache im Neustadt-Rathhause, da dieselbe von der freiwilligen Feuerwehr fernhin nicht mehr geleistet werden kann.

Die Versammlung spricht diese Bewilligungen aus, genehmigt mit diesen Modificationen den gesammten Stadtkassenetat, welcher bei einer Einnahme von 65,384 ₧ 2 ½ 2 mit einer Ausgabe von 161,384 ₧ 2 ½ 2 abschließt, und ermächtigt den Magistrat, das Deficit von 96,000 ₧ durch eine nach den bisherigen Grundsätzen aufzubringende Communalsteuer zu decken.

Schließlich

VIII. berichtet namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission Herr Graf Görz-Wrisberg über den Etat des der Stadt zufolge des Gesetzes vom 5. Juni als Grundvermögen für den hiesigen Kreiscommunalverband überwiesenen Fond von 375,500 ₧, worüber die Anträge des Magistrats unterm 11. August d. J. in einer gedruckten Vorlage ergangen sind.

Nach § 4 der Kreisordnung sind die Functionen der Kreisversammlung und des Kreisausschusses hier von den städtischen Behörden nach Maßgabe der für die Stadtverwaltung bestehenden Normen wahrzunehmen, und demnach auch besondere Verwaltungsorgane für den hiesigen Kreisfond nicht erst zu schaffen. Hinsichtlich der Aufbewahrung seiner Substanz hatte der Magistrat in dem erwähnten Schreiben vorgeschlagen, dieselbe neben den übrigen Werthpapieren der Stadt in dem Depositum des Magistrats verwahrlich niederzulegen und mit der Beaufsichtigung dieses Depositions Herrn Stadtrath Carstens speciell zu beauftragen. Dieser Vorschlag ist inzwischen dahin modificirt worden, daß die Werthpapiere in den feuerfesten Räumen der hiesigen Bank deponirt, die Coupons dagegen entweder bei der Stadtkasse oder beim Magistrate selbst aufbewahrt werden sollen. Da ferner nach der Kreisordnung die Einnahme von dem Kreisfond nicht unmittelbar in die Gemeindefasse fließen, sondern besonders verwaltet und verrechnet werden muß, so war beantrag, diese Kosten- und Rechnungsführung den Beamten der Stadtkasse gegen eine jähr-

liche Remuneration von 100 fl für den Kämmerer und von je 50 fl für die beiden Controleure zu übertragen, die Rechnung über den Kreisfond aber der Stadtkassenrechnung als Anhang hinzuzufügen. Auch dieser Antrag ist abgeändert, indem mit Rücksicht darauf, daß für die Stadtkassenbeamten zum nächstjährigen Etat bereits ordentliche Zulagen verwilligt sind, auch der Umfang der ihnen aus dieser neuen Rechnungsführung erwachsenden Arbeiten sich noch nicht übersehen läßt, der Magistrat die Frage, ob und welche Remunerationen dafür zu gewähren seien, bis zum Abschluß der ersten Jahresrechnungen auszusetzen anheim giebt. Beide Modificationen werden auch seitens der Commission zur Annahme empfohlen.

In Gemäßheit der Kreisordnung hat der Magistrat dann einen Etat des Kreisfonds aufgestellt, und zwar, da bei Einbringung der Vorlage das Jahr 1871 schon über die Hälfte verstrichen war, zugleich für dieses und das folgende Jahr. Als Einnahme ist der 5 % Zinsertrag des Dotationscapitals mit 18,775 fl für jedes Jahr in Ansatz gebracht, und über deren Verwendung dann, ebenfalls nach den Bestimmungen der Kreisordnung, folgende Vorschläge eingebracht worden. Von Verwendungen zur Unterstützung Auswandernder und zur Unterbringung Kranker, Blinder, Taubstummer, Idioten und Irren glaubt der Magistrat absehen zu können, da auf dergleichen Bedürfnisse der Stadt- und Armenkassenetat schon genügend Rücksicht nimmt und kein Grund vorzuliegen scheint, hierin eine Aenderung eintreten zu lassen, zumal wenn die Mittel des Kreisfond so verwandt werden, daß sie mittelbar auch der Stadtkasse zu gut kommen. Demnach figurirt als erste Ausgabe- position der Betrag von 300 fl jährlich zur Remuneration der Stadtkassenbeamten und für sonstige Verwaltungskosten. Nach der erwähnten Aenderung der bezüglichen Disposition wird nur die letztere Bezeichnung beizubehalten sein; zugleich aber ist dafür, in Folge einiger Aenderungen, welche die Commission rücksichtlich der übrigen Ausgaben anheim giebt, nur der Betrag von 225 fl jährlich disponibel geblieben. In der zweiten Ausgabe- position hat der Magistrat, den Intentionen des Dotationsgesetzes durchaus entsprechend, einen Zuschuß an die städtische Begebaukasse zum Betrage von 2000 fl in Vorschlag gebracht, da deren regelmäßige Einnahmen für das Bedürfniß bei weitem nicht ausreichen, weswegen denn auch bereits das jährliche Deficit einfach auf die Stadtkasse hat übernommen werden müssen. Diese Beiträge der Stadtkasse wird jener Zuschuß von 2000 fl fortan überflüssig machen; außerdem aber wird derselbe den Nutzen gewähren, daß nunmehr auch ein ordentlicher Etat der Begebaukasse aufgestellt werden kann. Als dritte Ausgabe- position figurirt die Summe von 4000 fl „für Straßenpflasterungen und Canalisirungen zu besonderer Berechnung.“ Allerdings würde diese außerordentliche Verwendung im Widerspruch mit dem Vertrage vom 1./10. August 1858, laut dessen

zu dem allgemeinen Pflasterungsfond der Staat fünf, die Stadt nur ein Sechstel beizutragen hat, von letzterer wahrscheinlich allein getragen werden, da eine entsprechende Erhöhung des Staatsbeitrags nicht zu erwarten steht. Da indessen die disponibeln Mittel des Pflasterungsfonds bei der schlechten Beschaffenheit der meisten unserer Straßen und der Kostspieligkeit der Pflasterungen weitaus unzulänglich, für den Verkehr aber ein gutes Pflaster von höchster Wichtigkeit ist, so glaubt der Magistrat gleichwohl von dieser Auswendung nicht absehen zu sollen, um so weniger, als voraussichtlich der Staat den bisherigen Zuschuß auch hiernach noch eine lange Reihe von Jahren wird leisten müssen, eine materielle Erleichterung also dadurch nicht hat. Selbst eine noch größere Summe würde der Magistrat für diesen Zweck in Ansatz bringen, wenn nicht einmal grade jetzt auch andere sehr bedeutende Ausgaben bevorständen, sodann aber auch zuvor eine Vereinbarung mit Herzogl. Landesregierung wegen Uebernahme der ganzen Pflasterungsangelegenheit seitens der Stadt wünschenswerth erschiene, da das einstweilen zur Anwendung kommende Regulativ vom 12. August 1857 der Stadt zu wenig Einfluß auf die Ausführungsweise dieser Arbeiten zugesteht. Die Commission schließt sich diesen Erwägungen lediglich an und giebt demnach die Genehmigung sowohl dieser dritten als auch der zweiten Ausgabeposition anheim. — Dagegen unterliegt die nächste Ausgabeposition: 4000 \mathfrak{M} Zuschuß zu der Gemeindefirchenkasse, einer Beanstandung. Wie zur Motivirung derselben in dem Magistratschreiben ausgeführt wird, steht nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen die Verwaltung des Vermögens der sieben Stadtkirchen unter der Aufsicht des Kirchencassencollegiums, welches jährlich den Etat jeder einzelnen Kirche feststellt, die aus den Ueberschüssen der wohlhabenden Kirchen gebildete Kirchencasse verwaltet und daraus den weniger bemittelten die erforderlichen Zuschüsse bewilligt. Leider indeß sind nur die Kirchen zu St. Katharinen und zu St. Martini in der Lage Ueberschüsse zu haben; die übrigen bedürfen zur Bestreitung ihrer laufenden Ausgaben einschließlich der regelmäßigen Unterhaltung ihrer Baulichkeiten fort und fort einer Beihilfe, und so hat denn die Gemeindefirchenkasse ein Capitalvermögen nicht anzusammeln vermocht. Dazu kommt nun, daß die Kirchen und kirchlichen Gebäude in hiesiger Stadt in Folge langjähriger Vernachlässigung sich zum größten Theile in einem äußerst mangelhaften baulichen Zustande befinden. Aus den Mitteln der Gemeindefirchenkasse haben die auf Anforderung des Stadtbaumeisters alljährlich in die Kirchenetats aufgenommenen Posten nur zum geringsten Theile bestritten werden können; wo größere Ausgaben sofort gemacht werden mußten, sind die Gelder aus dem Capitalvermögen der betreffenden Kirchen vorgeschossen, was indeß von Herzogl. Landesregierung nur unter der Bedingung einer allmählichen Wiederansammlung der verminderten Capitalbestände gestattet ist, wodurch denn die jähr-

lichen Einnahmen der Gemeindefirchenkasse noch weiter abnehmen, bezw. die daraus zu leistenden Zuschüsse sich erhöhen. Das bisherige Verfahren kann nun aber ohne großen Nachtheil nicht fortbauern, da durch Zurückweisung nothwendiger Bauten der Zustand der Kirchen und kirchlichen Gebäude sich von Jahr zu Jahr verschlechtern, durch Verwendung des Stammvermögens der Kirchen aber deren pecuniäre Verhältnisse immer ungünstiger werden und mit der Zeit nicht einmal zur Bestreitung der laufenden Ausgaben hinreichen würden. Bei dieser Sachlage hat das Kirchencassencollegium auf Grund von § 6 des Gesetzes vom 9. April 1864 schon wiederholt auf Verwilligung von Zuschüssen zu der Gemeindefirchenkasse angetragen. Der Magistrat hat diesen Anträgen bisher noch keine weitere Folge gegeben, in der Absicht, zuvor erst eine sichere Anschauung der Verhältnisse und eine klare Meinung darüber zu gewinnen, auf welche Weise dabei vermieden werden könnte, einerseits die Stadtkasse zu sehr zu belasten, andererseits eine Unzufriedenheit bei der Bürgerschaft hervorzurufen. Zu dem Ende ist der Stadtbaumeister zu einer Untersuchung der Stadtkirchen und zur Beantwortung der Frage aufgefordert, welcherlei Bauten, bezw. welche Mittel zu deren gründlicher Instandsetzung nöthig sein würden. Das Resultat dieser Untersuchung geht dahin, daß zu dem gedachten Zwecke insgesammt die Summe von 106080 fl erforderlich sind, die unerläßlichen Baulichkeiten binnen höchstens 25 Jahren beschafft werden müssen, jährlich also der Betrag von $4243\frac{1}{3}$ fl zu verausgaben ist, und somit, da die Kirchenkasse jährlich günstigsten Falls 1500 fl hergeben kann, 2743 fl zuzuschießen wären. Diese Annahmen treffen im Ganzen noch jetzt zu, da zwar einige der ins Auge gefassten Arbeiten inzwischen vorgenommen, andere Bedürfnisse aber, wie der Neubau des Predigerhauses zu St. Petri und die Anlage eines zweiten Predigerhauses bei St. Andreas, hinzugekommen sind. Mit Rücksicht auf letztere glaubt der Magistrat die ganze erforderliche Summe mit 120,000 fl nicht zu hoch zu veranschlagen. Diese Verwendungen nun hinauszuschieben, bis sie aus den Mitteln der Kirchenkasse erfolgen könnten, dürfte im Hinblick auf unsere schönen Kirchen unverantwortlich, zugleich aber auch gesetzlich unzulässig sein, da gar nicht abzusehen ist, wann dieser Zeitpunkt eintreten würde. Die Forderungen des Kirchencassencollegiums müssen hiernach für begründet gehalten werden, und nach § 38 des Gesetzes vom 30. November 1857 haben sich die städtischen Behörden nunmehr darüber zu entscheiden, ob der Zuschuß aus der Stadtkasse gezahlt oder durch eine besonders zu veranlagende Steuer aufgebracht werden soll. Weder eins noch das andere aber kann der Magistrat für wünschenswerth und zweckmäßig halten. Was zunächst die Ausschreibung einer Kirchensteuer betrifft, so dürfte jedenfalls ein Streit darüber entstehen, ob zu der Ausgabe, für welche die politische Gemeinde haftet, alle Gemeindegossen, also auch die

Mitglieder anderer Religionsgesellschaften, heranzuziehen seien; auch hiervon abgesehen aber würde schon die Heranziehung der Mitglieder aller sieben Gemeinden eine Unzufriedenheit zur Folge haben, im Allgemeinen, weil dergleichen Abgaben bisher nicht erhoben sind, bei den Angehörigen der beiden reicheren Kirchen aber, weil sie sich nie klar machen würden, warum sie neben den aus ihrer Kirchenkasse gelieferten Ueberschüssen noch besondere Abgaben für andere Kirchen bezahlen sollen, während doch wegen des bestehenden Kirchenkassenverbandes eine verschiedene Behandlung der einzelnen Gemeinden nicht möglich ist. Durch Entnahme des Zuschusses aus der Stadtkasse sodann würde zwar dieser letztere Uebelstand vermieden, nicht aber der erste beseitigt werden, da auch zu der Stadtkasse alle Gemeindengenossen durch die Communalsteuer beitragen. Unter diesen Umständen hat der Magistrat einen Zuschuß für die Gemeindefirchenkasse in den Etat des Dotationsfonds geglaubt aufnehmen zu sollen, so lange darüber nicht nothwendiger zu anderen Gemeindezwecken verfügt werden muß. Die Zulässigkeit dieser Verwendung dürfte nach den Bestimmungen des Dotationsgesetzes nicht zu bestreiten sein, da die Kirchen ohne Zweifel auch zu den gemeinnützigen Einrichtungen gehören; der Einwand aber, daß dadurch die Mitglieder anderer Religionsgenossenschaften beeinträchtigt würden, trifft deswegen nicht zu, weil auf den Dotationsfond nicht die einzelnen Gemeindemitglieder ein Anrecht haben, dieser vielmehr der Stadtgemeinde als solcher überwiesen ist, die gesetzlichen Verwalter der Stadt also darüber verfügen können, wobei allerdings anerkannt wird, daß die städtischen Behörden auch anderen anerkannten Religionsgesellschaften zu ähnlichen Zwecken Zuschüsse bewilligen können. Am richtigsten nun würde es sein, wenn das Kirchenkassencollegium über die vorzunehmenden Bauten und den dazu erforderlichen Zuschuß alljährlich einen Etat aufstellte. Vorausichtlich aber würde es darüber leicht zu Differenzen kommen können, weil sehr schwer zu entscheiden ist, welche Bauten augenblicklich nothwendig sind; zugleich auch würde, wenn der Zuschuß unbeschränkt bliebe, zu befürchten sein, daß das Kirchencollegium, um binnen kurzem möglichst viel leisten zu können, seine Ansprüche steigerte. Aus diesem Grunde hat der Magistrat vorgezogen, für die in Rede stehenden Zwecke die runde Summe von 4000 fl im Etat aufzunehmen, deren Verwendung dem Kirchenkassencollegium überlassen bleiben soll — etwas mehr als in dem Gutachten des Stadtbaumeisters angefordert worden, weil die dort gesetzte Baufrist in der Absicht, die Zuschüsse aus der Stadtkasse möglichst einzuschränken, den berechtigten Wünschen auf Erhaltung unserer schönen Kirchen gegenüber etwas sehr weit gesteckt ist.

Die Commissionen haben diesen Posten einer reiflichen Erwägung unterzogen. Sie verkennen nicht, wie sehr es zu beklagen wäre, wenn nicht in der einen oder

andern Weise die Mittel flüssig gemacht würden, um unsere Kirchen vor dem Ruin bewahren und in ihrer alten Schönheit möglichst wieder herstellen zu können; auch die Schwierigkeiten auf welche man stoßen würde, wenn man diese Mittel entweder der Stadtcasse entnehmen oder durch eine Kirchensteuer aufbringen wollte, werden von ihnen nicht unterschätzt, und so müssen es denn die Commissionen nicht weniger als der Magistrat für eine erfreuliche Wendung halten, daß mit Hülfe des Dotationsfonds ein anderer Ausweg ermöglicht wird. Gleichwohl erscheint es den Commissionen nicht unbedenklich, so zu verfahren wie der Magistrat vorgeschlagen hat. Einmal nämlich erscheint der Betrag von jährlich 4000 \mathfrak{R} zu hoch gegriffen, und glauben demnach die Commissionen eine Absezung desselben auf 3000 \mathfrak{R} anheim geben zu sollen. Sodann aber bleibt auch ein formales Bedenken zu erheben. Ausdrücklich weist der Magistrat darauf hin, daß der Zuschuß von 4000 \mathfrak{R} jährlich auf eine lange Reihe von Jahren erforderlich sein wird, und mit dieser Voraussicht gewährt würde die Verwilligung die städtischen Behörden auf eine unbestimmte Zukunft hinaus gewissermaßen binden. Die Commissionen müssen daher empfehlen, den Ansaß zwar für diesmal, in dem Etat auf die Jahre 1871 und 1872, aufzunehmen, dabei aber den Magistrat zu ersuchen,

1. bei Ueberweisung der somit verwilligten 6000 \mathfrak{R} dem Kirchenkassen collegium zu eröffnen, daß dadurch fernere Verwilligungen keineswegs in Aussicht gestellt werden;
2. die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht als zweckmäßig und ausführbar empfehle, die zur nothwendigen Instandsetzung der hiesigen Kirchen erforderlichen Mittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, in welchem Falle die städtischen Behörden nicht abgeneigt sein würden, der Gemeindefirchencasse bei Bestreitung der Zinsen und der Capitalabträge in angemessener Weise zu Hilfe zu kommen —

eine Maßregel, welche die Commission schon deswegen für angezeigt hält, weil die an den hiesigen Kirchen erforderlichen Bauten, auf einen Zeitraum von 25 Jahren hinausgezogen, statt 120000 \mathfrak{R} leicht noch 50 oder 60000 \mathfrak{R} mehr kosten könnten.

Schließlich hat der Magistrat die Summe von 8475 \mathfrak{R} jährlich als Zuschuß zur Stadtcasse für Schulhausbauten angesetzt, da dies bei den großen Ausgaben, welche hierfür in nächster Zeit zu machen sein werden, so lange nicht noch bringendere Bedürfnisse vorliegen, den Intentionen des Dotationsgesetzes durchaus zu entsprechen scheint. Die Commissionen können dem nur beipflichten und beantragen demnach, für die Jahre 1871 und 72 zu Schulhausbauten die Summe von insgesamt 19000 \mathfrak{R} in Ansaß zu bringen, zu welchem Betrage in Folge der Ab-

setzungen an der ersten und der fünften Ausgabeposition der disponible Rest der zweijährigen Revenüen des Kreisfonds sich erhöht.

Unter diesen Modificationen, mit denen sich der Herr Oberbürgermeister Caspari bereits einverstanden erklärt hat, wird der Kreisfondsetat auf die Jahre 1871 und 1872 seitens der Commissionen zur Genehmigung gestellt.

Die ersten drei Positionen des Etats: für Verwaltungskosten, für die städtische Wegebaukasse und für Straßenpflasterungen und Canalisirungen insbesondere, werden ohne alle Discussion von der Versammlung genehmigt.

Zu der vierten Position: Zuschuß an die Gemeindefirchenkasse, bemerkt der Herr Oberbürgermeister Caspari in Verichtigung eines laut gewordenen Mißverständnisses der bezüglichlichen Ausführungen des Schreibens vom 11. August, daß nach der Ansicht des Magistrates auch die anderen in hiesiger Stadt anerkannten Religionsgesellschaften bei eintretendem Bedürfnis denselben Anspruch auf Unterstützung aus den Revenüen des Kreisfonds haben würden wie die lutherischen Gemeinden. Gegen die von der Commission beantragte Herabminderung dieser Position habe der Magistrat nichts einzutenden, weil das Jahr 1871 bereits ziemlich verlaufen; noch besser vielleicht wäre es gewesen, überhaupt nur das Jahr 1872 in Betracht zu ziehen. Die vorgeschlagene Erklärung gegenüber dem Kirchencassencollegium anlangend, so habe auch dem Magistrate nichts ferner gelegen, als etwa einen Zwang auf die künftigen Entschliessungen der Versammlung auszuüben, wie ja denn auch immer nur von den Jahren 1871 und 1872 die Rede sei und ebenso für jedes folgende Jahr der Etat aufs neue gemacht, berathen und verwilligt werden müsse. Wenn nun aber nach dem Antrage der Commission diese Erklärung in einer Weise formulirt werden solle, daß es den Anschein gewinne, als seien damit ähnliche Verwilligungen fernerhin ein für alle Mal abgelehnt, so könne der Magistrat in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse sich nicht einverstanden erklären, und müsse er daher etwa die Fassung empfehlen, daß sich die städtischen Behörden durch die gegenwärtige Verwilligung nicht gebunden haben wollten. Eine Anleihe endlich auf Rechnung der Gemeindefirchenkasse werde unausführbar sein, da diese an und für sich kein Vermögen habe, also auch keine Sicherheit biete und keinen Credit beanspruchen könne, den einzelnen Mitgliedern des Kirchencassencollegiums die Uebernahme der Garantie natürlich nicht zugemuthet werden könne und ebensowenig etwa die wohlhabenden Gemeindeglieder dafür einzutreten geneigt sein würden. Somit bliebe denn wiederum nichts anderes übrig, als daß die Stadt selbst für Capital und Zinsen haftete. Wenn man aber zur Befriedigung aller dringenden Bedürfnisse Anleihen machen wollte, so würde es bald dahin kommen, daß die ge-

sammte Communalsteuer zur Verzinsung und Amortisirung der städtischen Schulb nicht mehr ausreichte.

Herr Bod stellt den Antrag, bei Verwilligung der angeforderten 6000 \mathfrak{R} zugleich Bestimmung dahin zu treffen, daß an diesem Betrage auch der reformirten, der katholischen und der jüdischen Gemeinde ein Antheil zugestanden werde.

Dem hält der Herr Oberbürgermeister Caspari entgegen, daß eine solche Bestimmung dem Kirchenfassencollegium jede Disposition unmöglich machen würde, da namentlich so lange von Seiten der übrigen Religionsgesellschaften überall noch keine Bedürfnisse angemeldet worden, deren Antheil sich in keiner Weise fixiren ließe. Richtiger würde es sein, auf den Fall, daß im Laufe des Jahres 1872, um das es sich gegenwärtig allein handle, dergleichen Anliegen vorgebracht würden, dieselben auf die als Zuschuß der Stadtkasse für Schulbauten angesetzten 19000 \mathfrak{R} anzuweisen.

Auch Herr Graf Görz-Wrisberg, mit dem Antrage Herrn Bod's im Principe einverstanden, hält es doch nicht für zulässig im Augenblicke eine generelle Bestimmung der Art in den Etat aufzunehmen, da dies nur den Sinn haben könnte, daß die ausgeworfenen 6000 \mathfrak{R} nach Kopffzahl unter sämtliche Religionsgenossenschaften vertheilt werden sollten, wobei natürlich dann auf jede einzelne nur ein ganz unerhebliches Minimum entfallen würde. Eine Unterstützung der anderen Religionsgesellschaften ins Auge zu fassen werde erst dann an der Zeit sein, wenn sich eine bestimmte Nothwendigkeit herausgestellt habe. Mit der von dem Herrn Oberbürgermeister empfohlenen Fassung der Erklärung gegenüber dem Kirchenfassencollegium erklärt namens der Commission Herr Graf Görz-Wrisberg sich einverstanden.

Herr Schöttler glaubt nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters vertrauen zu dürfen, daß wenn sich demnächst auch bei anderen Religionsgenossenschaften ein Bedürfniß auf Unterstützung geltend mache und glaubhaft nachgewiesen werde, der Versammlung sachdienliche Vorlagen zugehen werden, womit sich denn jedes von der Gleichberechtigung aller Stadtangehörigen hergenommene Bedenken von selbst erledige —

eine Auffassung, welcher auch Herr Solmiz beistimmt.

Der Herr Vorsitzende bekennt, daß die Bedenken, welche er von Anfang an gegen die in Rede stehende Position gehegt habe, durch die zu Gunsten der anderen Religionsgenossenschaften geltend gemachten Consequenzen, die man natürlich in der Folge auch von Altkatholiken und Dissidenten anrufen zu hören erwarten dürfe, sich nur noch steigern. Die allgemeine Tendenz der Gegenwart gehe auf eine fundamentale Trennung der Kirche vom Staate: daß der Dotationsfond so

für geistliche Zwecke in Anspruch genommen werde, könne man nimmermehr gutheissen. Nur um so mehr aber werde unter diesen Umständen an der beantragten Rechtsverwahrung festzuhalten sein.

Herr Kellner würde es als eine traurige Aussicht für die Erhaltung der hiesigen Kirchen nur tief beklagen können, wenn dieser Auffassung die Versammlung sich anschliesse, und bittet daher, die beantragte Erklärung wenigstens in der milderen Form zu beschließen wie sie der Herr Oberbürgermeister anheim gegeben.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Ohne den Verkauf der Eisenbahnen würden zu den jetzt verwilligten Zuschüssen keine Mittel flüssig sein. Daß ohnedies aber die hiesigen Kirchen dem Untergange geweiht gewesen wären, werde doch wohl Niemand im Ernste zu behaupten wagen. Dem Herrn Vorsitzenden aber könne er nur beistimmen, wenn derselbe der Meinung sei, daß man mit der in der gegenwärtigen Verwilligung enthaltenen Vermischung kirchlicher und kommunaler Zwecke sich auf einen schlüpfrigen Boden begeben, einen verhängnißvollen Präcedenzfall schaffe. Wenn daher auch fernere Verwilligungen dieser Art nicht principiell sollen ausgeschlossen werden: keinesfalls dürfe man sich in dieser Beziehung die Hände binden, und das sei es, was der Commissionsantrag bezwecke.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Er habe schon erklärt, daß er gegen diesen Antrag an sich keinen Einspruch erheben wolle. Ganz entschieden aber müsse er gegen die Meinung protestiren, als ob man mit der fraglichen Verwilligung ein neues Verhältniß zu den Kirchengemeinden eingehe. Dieselbe entspreche vielmehr durchaus nur dem Gesetze von 1851: ohne den Kreisfond wäre man in der Lage gewesen, zur Unterstützung der unzulänglichen Gemeindemittel die Stadtkasse in Anspruch zu nehmen, und nicht die Alternative liege vor, entweder zu verwilligen oder abzulehnen, sondern nur das könne noch in Frage kommen, ob die Revenüen des Kreisfonds oder die Stadtkasse herangezogen werden sollen.

Der Herr Vorsitzende. Daß die Stadtbehörden in diese Lage nicht durch eigenen Willen gerathen, vermöge seine Bedenken gegen den vorgeschlagenen Ausweg um so weniger zu beseitigen, als die Gesetzgebung auch den Weg einer Kirchensteuer, also einer Regulirung innerhalb des eigenen Gebietes der Kirchengemeinden, ermögliche. Der Untergang unserer Kirchen, wie ihn Herr Kellner befürchte, wäre allerdings aufs tiefste zu beklagen; zur Ehre der Gemeinden aber müsse er Einspruch erheben gegen den Zweifel, als sei in denselben so wenig kirchliches Leben vorhanden, daß im Nothfall nicht in ihnen selbst die Mittel aufgebracht werden könnten, um jenen Ausgang zu verhüten.

Es wird hierauf der von Herrn Bock beantragte Zusatz abgelehnt, die Position sammt dem ersten Zusatzantrage der Commission in der von dem Herrn Ober-

bürgermeister empfohlenen Fassung genehmigt, der zweite dagegen, die Erwägung einer Anleihe betreffend, ebenfalls abgelehnt.

Bei Berathung der letzten Position des Etats: 19,000 ₰ Zuschuß an die Stadtkasse für Schulhausbauten,

beantragt der Herr Oberbürgermeister Caspary, hierauf zu behuf eines bequemeren Abchlusses auch noch die eventuellen Ueberschüsse aus den übrigen Positionen zu schlagen.

Der Herr Vorsitzende hält dies für unstatthast, da der Etat den Zweck habe, bestimmte Summen für bestimmte Zwecke zu verwilligen, und eine Verfügung wie sie der Herr Oberbürgermeister wünsche, dem Magistrate die Möglichkeit geben würde, hie und da zu Gunsten der Verwendungen für die Schulen Ersparnisse zu machen. Falls dergleichen dennoch vorkommen sollten, würde man darüber bei Vorlage des Executionsetats zu verfügen haben.

Der Herr Oberbürgermeister Caspary läßt hierauf seinen Antrag fallen, worauf auch diese Position genehmigt und damit die Sitzung geschlossen wird.